Nr. 26. 30. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 31. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine entgegenkommende Antwort der Türkei.

Donnerstagnachmittag 3 Uhr hat der türkische Minister des Auswärtigen dem österreichischen Botschafter die Antwort der Pforte auf die Note der Mächte überreicht. „Lieber den Krieg als die Abtretung von Adrianopel und der Aegäischen Inseln", das war das Programm, mit dem die Jungtürken Kiamil Pascha gestürzt und den Friedensschluß vereitelt hatten. Wenige Tage haben genügt, um die Jungtürken zu überzeugen, daß ihr Beginnen fruchtlos gewesen ist, daß die verzweifelte Lage des Landes — und sie ist durch ihren Putsch noch verzweifelter geworden — ihnen die Durchführung ihres Programms unmöglich macht. Die Antwort der Türkei sucht nicht mehr Adrianopel zu retten. Die Jungtürken verzichten auf einen Teil der Stadt und sind bereit, die Befestigungen von Adrianopel zu schleifen. Ebenso fordern die Jungtürken nicht mehr die volle Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Aegäischen Inseln; nur noch für jene vier, die die Dardanelleneinfahrt beherrschen, verlangen sie die Souveränität der Türkei, für die andern sind sie bereit, Autonomie zuzugestehen.

In der Inselfrage würden so die Forderungen der Mächte beinahe vollständig erfüllt sein. Die Mächte wollten bekanntlich sich die Entscheidung über die Inseln vorbehalten. Die Jungtürken wollen zuerst sich darüber vergewissern, wie diese Entscheidung ausfallen wird. Erfüllen sie auch nicht bedingungslos das Verlangen der Mächte, so sind ihre Bedingungen doch solche, daß sie kein Hindernis für den Friedensschluß abzugeben brauchten.

Nur wenig anders steht es um Adrianopel. Hier war den Türken auch in der Note der Mächte die Souveränität über die heiligen Orte der Stadt zugesagt. Sehr weit geht die Forderung der Jungtürken über diese Zusage nicht hinaus. Adrianopel hört auf jeden Fall auf, ein Punkt von strategischer Bedeutung für die Türkei zu sein. Die Jungtürken sind nur noch darauf bedacht, ein wenig ihr Prestige zu retten, ihren Putsch noch halbwegs nachträglich zu rechtfertigen. Daß der Zustand, wie ihn eine Teilung über Adrianopel schaffen würde, aller Voraussicht nach nur ein provisorischer wäre, daß in wahrscheinlich nicht zu langer Zeit die Bulgaren Herren der ganzen Stadt würden, daß dieses Provisorium, so lange es besteht, nur ein Hindernis für die Anbahnung guter Beziehungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten bildete, sehen wohl die Jungtürken selbst ein. Es ist ein Vorschlag der Verzweiflung, geboren aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit, den Krieg nochmals mit Aussicht auf Sieg aufnehmen zu können, und der Unmöglichkeit, dasselbe zu tun, was die alte Regierung tat, nämlich ganze Arbeit zu machen, den europäischen Besitz zu liquidieren und so noch die einzige schwache Möglichkeit zu schaffen, in Kleinasien die Regenerierung des Reiches zu versuchen. Die jungtürkische Antwort ist eine Halbheit und in der Politik führen Halbheiten zu Mißerfolgen.

Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß die türkische Note das äußerste an Entgegenkommen leistet, was unter den gegebenen Umständen dieser Regierung noch möglich war und eine solche Antwort hätte vor 48 Stunden sicher als Basis für weitere Verhandlungen dienen können. Kommt sie jetzt zu spät? Die verbündeten Balkandelegierten haben den Waffenstillstand gekündigt und Herr Dr. Danew erklärt die Wiederaufnahme der Verhandlungen ohne die Abtretung Adrianopels und der Inseln für unmöglich. Trotzdem wird man sich schwer entschließen können, an dieses Unmöglich wirklich zu glauben. Nach dieser Antwort der Pforte müßte es denn doch nicht allzu schwer sein, den Friedensschluß auf dem Balkan durch diplomatische Mittel zu erreichen.

Die türkische Note.

Konstantinopel, 30. Januar. (Meldung der „Agence Havas".) Heute nachmittag um 3 Uhr hat der Großwesir dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Antwortnote der Türkei überreicht. Die Note ist in einem gemäßigten Tone gehalten und füllt vier Bogenseiten. Ueber den Inhalt verlautet folgendes: Die Pforte besteht darauf, diejenigen Teile von Adrianopel zu behalten, in welchen die heiligen Orte der Mohammedaner liegen. Sie ist bereit, das rechte Ufer der Maritza abzutreten. Was die Inseln im Aegäischen Meere anbetrifft, so wünscht die Türkei aus strategischen Gesichtspunkten ihre Souveränität über diejenigen Inseln aufrechtzuerhalten, welche in der Nähe ihrer Küste liegen. Jedoch überläßt sie den Mächten die Bestimmung des Regimes, unter welches diese Inseln gestellt werden sollen. Sie nimmt Kenntnis von den Zusagen der Mächte, sie in der Entwickelung des Landes zu unterstützen. Zum Schluß kommt sie noch einmal auf die religiösen und historischen Gründe zurück, welche die Türkei zwingen, den Teil von Adrianopel zu behalten, welcher die den Muselmanen heiligen Orte enthält. Jedoch erklärt sie sich bereit, die Befestigungen von Adrianopel zu schleifen.

Wien, 30. Januar. Ueber die Note verlautet, wie dem Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau aus Konstantinopel gemeldet wird, weiter, daß für Adrianopel die Tundscha als Grenze vorgeschlagen wird, wobei den Bulgaren ein Teil der Stadt überlassen wird. Bezüglich der Inseln heiße es in der Note, daß die 4 Inseln vor der Einfahrt in die Dardanellen der Türkei verbleiben müßten. Was die anderen Inseln betreffe, so sei die Pforte bereit, ihnen Autonomie nach Art der des Libanon oder der Insel Samos zu gewähren.

Eine Erklärung Danews.

London, 30. Januar. Dr. Danew erklärte einem Vertreter des Reuterschen Bureaus im Namen der Verbündeten, die Antwort der Türkei sei nicht geeignet, die Grundlage für neue Verhandlungen zu bilden. Die Verhandlungen würden ohne die Abtretung Adrianopels und der Inseln nicht wieder aufgenommen werden. Im übrigen müsse die Abtretung vor der Wiederaufnahme des Krieges stattfinden. Der erste Kanonenschuß werde die Bedingungen der Verbündeten ändern.

Dr. Danew gab diese Erklärung nach seiner Rückkehr von einem Besuch im Auswärtigen Amt ab.

Eine günstigere Auffassung.

Paris, 30. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Ein Balkandelegierter erklärte dem Londoner Korrespondenten des „Temps", daß die türkische Antwort unerwartet gemäßigt sei. Sie übernehme im wesentlichen das Adrianopeler Projekt Kiamil Paschas. Ein Aufschub der Abreise der Delegierten sei nur möglich, wenn Sir Edward Grey sie anriete. Der Korrespondent berichtet, daß in einer heutigen Unterredung mit einem Balkandelegierten der französische Botschafter in London, Cambon, geraten habe, zu warten. Die Serben, Montenegriner und einige Griechen seien dazu geneigt, während die Bulgaren und der griechische Ministerpräsident Venizelos kriegerisch gesinnt seien. Jedenfalls ist augenblicklich noch eine schwache Hoffnung auf Vermeidung der Feindseligkeiten gestattet.

Die Balkandelegierten.

London, 30. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden von den Mitgliedern der griechischen, serbischen und montenegrinischen Mission Skuludis, Wesnitsch und Popowitsch noch einige Zeit in London bleiben, um mit dem Auswärtigen Amt und den Botschaftern Fühlung zu behalten. Der bulgarische Delegierte Madjaroff wird über die bulgarischen Interessen wachen. Venizelos wird am Sonnabend nach Paris abreisen und von dort nach Wien, Belgrad und Saloniki fahren.

Die Kündigung des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 30. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Balkanverbündeten haben den Waffenstillstand von heute 7 Uhr abends abgekündigt.

Bulgarien und Rumänien.

London, 29. Januar. In dem von Mischu und Danew aufgesetzten Protokoll fordert Rumänien eine Grenzlinie, die sich von Turtukai, einem Punkt an der Donau, ungefähr zwanzig Meilen westlich von Silistria bis Baltschik am Schwarzen Meer erstreckt. Rumänien verlangt ferner Garantien für die Autonomie der Schulen und Kirchen der Kutzowalachen in dem Gebiet, das Bulgarien zufallen wird. Es wird erklärt, daß Rumänien diese Zugeständnisse verlange mit Rücksicht auf die großen durch den Krieg hervorgerufenen Aenderungen des politischen Gleichgewichts, die für die zukünftige Freundschaft zwischen Bulgarien und Rumänien weitere Garantien für Rumänien erforderlich machten. Das Protokoll gibt endlich an, was Bulgarien zuzugestehen willens ist.

Wenn diese Meldung zutrifft, so hätte Rumänien nach rechter Erpresserart die eingetretene Krise zu einer außerordentlichen Erhöhung seiner Forderungen ausgenützt.

Sofia, 29. Januar. Während die offiziöse Presse über die rumänischen Forderungen schweigt, verurteilen einzelne oppositionelle Blätter das Vorgehen Rumäniens in den schärfsten Ausdrücken. In der Oeffentlichkeit herrscht über das Vorgehen Rumäniens große Erbitterung.

Ein bulgarischer Armeebefehl.

Sofia, 29. Januar. General Sawoff hat folgenden Tagesbefehl an die Armee gerichtet: Aus dem Gange der Friedensverhandlungen geht klar hervor, daß der Feind nicht einen Zoll breit des Landes abtreten will, das von unseren siegreichen Armeen erobert worden ist. Sollen die Helden von Kirkkilisse, Bunar Hissar, Lüle Burgas und Tschataldscha diese Beleidigung der ruhmreichen bulgarischen Armee hinnehmen, ohne sie zu vergelten? Bereitet Euch deshalb für neue Siege vor, und beweiset mit Eurem unwiderstehlichem Vorwärtsstürmen dem Feinde und der ganzen Welt, daß das bulgarische Vaterland mehr Rücksicht verdient.

Die Konflikte in der türkischen Armee.

Paris, 30 Januar. Nach einer Konstantinopeler Meldung des „Matin" seien bei den Kämpfen im Lager von Tschataldscha zwischen den Anhängern des ermordeten Kriegsministers Nasim Pascha und den jungtürkischen Offizieren 42 Offiziere getötet oder verwundet worden. An dem Kampfe hätten sich namentlich die tscherkessischen Bataillone beteiligt, die die Ermordung ihres Landsmannes Nasim rächen wollten.

Der bulgarische Aktionsplan.

Paris, 30. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der hier angekommene türkische Finanzminister Theodoroff erklärte einem Korrespondenten des „Temps", er beabsichtige, mit der französischen Regierung und den Banken zwecks Vorbereitung eines Abschlusses einer Anleihe sofort nach dem Friedensschluß in Verbindung zu treten.

Die Verbündeten würden zunächst sicher das unhaltbare Adrianopel angreifen. Das nach dem Fall der Festung verfügbar werdende Belagerungsmaterial würde nach Tschataldscha transportiert werden, das dann erst angegriffen werden würde. Eine türkische Offensive sei ausgeschlossen. Bulgarien werde entschieden eine Kriegsentschädigung fordern. Da im Kriege 25 000 Mann gefallen seien, so seien für die Hinterbliebenen etwa 10 Millionen Frank auf die Dauer von 20 bis 30 Jahre notwendig. Das Kriegsmaterial sei größtenteils beschädigt und der halbe Viehbestand verloren gegangen. 550 000 Mann der Armee seien zu ernähren und zu besolden. Der Verlust der europäischen Provinzen, die der Türkei nur 18 Prozent Einnahmen brachten, aber 26 Prozent Ausgaben verursachten, verbessere ja die türkische Finanzlage. Die Balkanstaaten könnten 400 Millionen ottomanischer Schuld sowie die Kilometergarantien für die Eisenbahnen übernehmen. Das Finanzelend der Türkei sei eine Legende.

Das erste Mißtrauensvotum.

Der Beginn der gestrigen Reichstagssitzung brachte dem Kanzler das erste Mißtrauensvotum durch die deutsche Volksvertretung. In namentlicher Abstimmung erklärten sich 213 Abgeordnete gegen die Polenenteignungspolitik des Kanzlers. Nur 97 Stimmen traten schützend vor den Kanzler und 43 Allzuvorsichtige drückten sich um eine klare Stellungnahme durch den blauen Enthaltsamkeitszettel. Der Kanzler, der schon am Donnerstag der Kritik ausgewichen war, fehlte natürlich auch gestern. Er kann sich diese Nichtachtung der Volksvertretung leisten, da er seine Stütze außerhalb des Hauses hat. So wird das Mißtrauensvotum auch keine augenblicklichen politischen Folgen nach sich ziehen. Der Kanzler wird in seinem Amte bleiben und die ihm anbefohlene Polenpolitik weiter verfolgen. Aber nutzlos war die Abstimmung doch nicht. Der Reichstag konnte dokumentieren, daß er mit der Hakatistenpolitik der Regierung nichts zu tun haben will. Die Isolierung des Kanzlers bedeutet für ihn eine moralische Niederlage, die auf die Dauer doch nicht ohne Einfluß bleiben wird. Und auch das ist nicht ohne Wert, daß von dem deutschen Volke durch diese Abstimmung der schmähliche Verdacht genommen ist, es könnte mit der Polenpolitik einverstanden sein.

Die Abstimmung erhielt nicht dadurch ihr charakteristisches Bild, daß die Rechte — zu der ja, ohne daß man es besonders sagen müßte, auch die Nationalliberalen gehören — geschlossen für, das Zentrum und die Sozialdemokraten geschlossen gegen Bethmann stimmte, sondern dadurch, daß die Fortschrittler sich um ein deutliches Ja oder Nein herumdrückten. Ihre 43 Stimmen bedeuteten für den Ausfall der Abstimmung nichts. Aber wie soll man ihr ganzes Verhalten anders deuten, als daß sie vor den Beschlüssen des preußischen Junkerhauses kapitulieren? Ihr Techtelmechtel mit den Nationalliberalen macht die Fortschrittspartei immer reaktionärer.

Den Hauptinhalt der gestrigen Verhandlungen bildete der Gesetzentwurf für Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr, der den Reichstag in zweiter Lesung beschäftigte. Ueber die Fleischnot ist so oft und so viel gesagt und geschrieben worden, daß die Redner des Hauses selbst beim besten Willen nichts Neues hinzufügen können. Und doch muß das oft Gesagte immer wieder wiederholt werden, bis endlich das längst Notwendige geschieht.

Genosse Simon legte auf Grund von amtlichen Berichten und Statistiken den Umfang und die Ursachen der Teuerung dar. Herold vom Zentrum, Böttger von den Nationalliberalen, Arnstadt von den Konservativen setzten den beweisenden Tatsachen, die unser Genosse angeführt hatte, die alten agrarischen Phrasen entgegen. Der Fortschrittler Fischbeck begründete die fortschrittlichen Anträge. Er polemisierte zunächst gegen die agrarischen Parteien, und spottete mit Recht über eine Wirtschaftspolitik, die sich nur bei gut' Wetter bewährt, aber bei der geringsten Mißernte zu schwerer Belastung des Volkes führt. Aber daß auch die Fortschrittler nicht in erster Linie die Not der breiten Massen des Volkes leitet, zeigt Fischbecks Bekämpfung der sozialdemokratischen Anträge, die eine zeitliche Grenze für die Zollerleichterung überhaupt nicht gesetzt wissen wollen, und die für die Gewährung der Vergünstigung auch an Konsumgenossenschaften eintreten. Die

Furcht vor der kommunalen Lebensmittelversorgung steckt dem Fortschritt so in den Gliedern, daß seine Anträge die Einfuhrerleichterung bereits zum 1. April 1913 (statt 1914) beenden und von diesem Termin ab die Nichtanrechnung der Vieh-, Fleisch- und Futtermittelzölle dem freien Ermessen des — Bundesrats überlassen wollen. Auch die von den Sozialdemokraten geforderte Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes will die Volkspartei durchaus noch durch eine gesetzliche Bestimmung über Ort und Art der Untersuchung einschränken. Noch unklarer ist die Position der Fortschrittler durch die halbagrarischen Erklärungen einzelner ihrer Mitglieder, die außerhalb des Hauses sogar gegen die Erleichterungen gesprochen haben. Unter dem Gelächter der Rechten konnten einzelne agrarische Redner sich in der Debatte darauf berufen. Zum Schluß der Sitzung versuchte ein Unterstaatssekretär vergeblich, die Regierungsgründe durch Zitate aus Bethmann Hollwegschen Reden zu kräftigen.

Heute erfolgt die Fortsetzung der Debatte

Der holländische Imperialismus und Militarismus.

Man schreibt uns aus Rotterdam:

Zwei Jahre sind es nun schon, da wurde, wie vielen noch erinnerlich sein wird, der holländische Militarismus und im allgemeinen die internationale Lage der Niederlande plötzlich ein Hauptthema der Diskussion in der westeuropäischen Presse. Es handelte sich damals um die sogenannte Küstenverteidigungsvorlage der holländischen Regierung, den Plan, einen Millionenfonds zu gründen zum Ausbau der toten Wehrmittel des Landes, und zwar in der Hauptsache der Küstenverteidigungsmittel und der Marine. Es sollte zum Beispiel an dem nördlichen Scheldeufer zu Vlissingen ein modernes Panzerfort erbaut werden, das imstande wäre, die holländische Neutralität im Falle eines Krieges auch auf dem weiten Scheldefluß, dem Zugang nach Antwerpen, zu wahren. Die belgische Presse, unterstützt von der englischen und französischen, erhob damals einen großen Lärm, weil der Vorsatz der holländischen Regierung angeblich in Widerspruch sei mit den Verpflichtungen, die die niederländische Regierung 1839 bei der Unabhängigkeitserklärung Belgiens auf sich genommen hatte. Es wurde von belgisch-französisch-englischer Seite die Behauptung aufgestellt, die geplanten Befestigungen hätten unverkennbar den Zweck, die holländische und die belgische Neutralität bloß einem englisch-französischen Angriff gegenüber sicherzustellen, einem deutschen Coup gegenüber hätten sie keine Bedeutung, und folglich sei die Vorlage schließlich im Interesse des deutschen Militarismus, indem sie den Mächten der Tripel-Entente (England und Frankreich) im Kriegsfalle die Aufgabe erschweren würde, die belgische Neutralität zu wahren und die holländische Küste zu einem Vorwerk der deutschen Befestigungen gestalten würde.

Kurz: die Küstenverteidigungsvorlage, die zirka 42 Millionen Mark für die Küstenverteidigung und zirka 22 Millionen zum Ausbau der Marine vorschlug, war ein Symptom der Entwickelung, die auch die kleineren Staaten unwiderstehlich in den Strudel des imperialistischen Zeitalters mit seinen maßlosen Militärausgaben und der zunehmenden Gefahr eines Weltkrieges mitreißt.

Nun ist zwar die Küstenverteidigungsvorlage in der Form, wie sie damals vorgebracht wurde, allem Anschein nach fallen gelassen worden. Wenigstens ist sie noch nicht im Parlament behandelt worden und die Regierung hat sich auch dahin ausgesprochen, daß diese Form bedeutend geändert werden sollte. Aber diejenigen, die schon die Hoffnung hegten, die Opposition gegen den Entwurf habe die Regierung veranlaßt, ihre militärischen Forderungen niedriger zu stellen, sind gewiß durch die neulich stattgefundene Debatte in der Zweiten Kammer bei der Besprechung des Kriegsbudgets, ziemlich schroff aus diesem Traum aufgerüttelt worden.

Es hat sich da nämlich gezeigt, daß der holländische Militarismus eine gewaltige Erhöhung der Militärausgaben vor hat und daß der Widerstand gegen diese Erhöhung immer schwächer wird.

Während die Ausgaben für den Landmilitarismus im Jahre 1909 erst 28½ Millionen Gulden betrugen, beträgt das Kriegsbudget für 1913 bereits 33 Millionen und der Kriegsminister Colyn, ein ehemaliger Offizier des indischen Heeres, der von der ganzen kapitalistischen Presse, der liberalen besonders, über die Maßen gefeiert wird, hat mit großer Offenherzigkeit erklärt, das Kriegsbudget würde in ein paar Jahren die Höhe von 40 Millionen Gulden, ungefähr 67 Millionen Mark, erreichen! Unter den 33 Millionen, die jetzt schon bewilligt worden sind, kommt nun aber ein Betrag von fast 2 Millionen für Küstenverteidigung vor und man sieht daraus, daß die holländische Regierung die Küstenverteidigungspläne durchaus nicht hat fallen lassen, sondern daß diese bloß in einer anderen Form durchgeführt werden sollen. Denn man kann absolut sicher voraussagen, daß in jedem folgenden Budget eine größere Summe für den genannten Zweck aufgenommen werden soll.

Es kommt aber noch eins hinzu, das der Debatte über das Kriegsbudget dieses Mal eine größere Wichtigkeit, auch international betrachtet, verleiht.

Der heutige holländische Kriegsminister hat auch eine Reorganisierung der Armee durchgeführt, die einen vollständigen Bruch bedeutet mit den halbwegigen und lahmen Versuchen des letzten Jahrzehntes, die das Ziel hatten, die holländische Armee allmählich in ein Milizheer, nach dem Muster des schweizerischen, zu verwandeln. Wir sagen Versuche, die auf halbem Wege stehen blieben und im voraus lahm waren. Denn die besitzenden Klassen haben nie ernsthaft den Versuch gemacht, ein Volksheer zu bilden. Sie können dies auch ihrer ganzen Klasselage nach unmöglich wollen. Und bloß die Oberherrschaft der kleinbürgerlichen Klassen, die seit dem Wahlgesetz von 1896 einen maßgebenden Einfluß besitzen und die der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht widerstreben, hat andererseits die im voraus zum Scheitern verurteilten schwächlichen Volksheerversuche gezeitigt, die der Armee vom militaristischen Standpunkt sicher keinen Vorteil gebracht haben. Unter dem Einfluß des europäischen und des niederländischen Imperialismus hat sich nun definitiv ein Umschwung vorbereitet: die jetzige Neuorganisation bedeutet, im Anschluß an das neue Milizgesetz von 1912, wodurch die jährliche Aushebung der Rekruten auf 24 000 erhöht wurde, den ersten Schritt zur Herausbildung einer zwar noch nicht sehr zahlreichen, aber jedenfalls schlagfertigen Armee, die wirklich im Notfalle plötzlich mobilisiert werden kann und die die Volksmilizschalen gänzlich abgestreift hat.

Es sollen jetzt 24 Infanterieregimenter zu je drei Bataillonen gebildet werden und für diese 24 Regimenter, statt der früheren 12, sollen schon in der Friedenszeit alle Hilfsmittel sowie der Gesamtbestand der höheren und niedrigeren Führer anwesend sein. Also ein sehr bestimmter Schritt in der Richtung einer kräftigeren stehenden Armee.

Nun ist es zwar ausgeschlossen, daß sogar diese Armee im Ernstfalle imstande sein würde, die Neutralität der Niederlande wirklich zu wahren, das heißt für jede Großmacht das Ueberschreiten der Grenzen zu einer wirklichen Gefahr zu gestalten. Dies könnte erst der Fall sein bei einem wirklichen Volksheer, einer Miliz, die im Notfalle über eine halbe Million und mehr bewaffnete Männer verfügen würde. Aber die besitzenden Klassen werden jedenfalls die jetzt reorganisierte Armee noch weiter ausbauen und sind bereit, dem Militarismus noch bedeutend größere Summen in den Schlund zu werfen.

Die Ursache dieser Erhöhung der Ausgaben und der Kräftigung des holländischen Militarismus zu Lande liegt nun aber nicht allein und sogar nicht in der Hauptsache im Mutterlande und in der europäischen Gefahr.

Sie findet sich vielmehr auch in dem Bedürfnis der holländischen Bourgeoisie, ihr Kolonialreich, Niederländisch-Indien, mit seinen unermeßlichen Schätzen und seinen zirka 40 Millionen Einwohnern, sicherzustellen. Die holländische besitzende Klasse bezieht einen sehr großen Teil ihres wachsenden Reichtums aus den indischen Besitzungn. Indien ist für sie ein unermeßliches Terrain zur Investierung ihrer überflüssigen Kapitalien. Bei weitem der größte Teil des verfügbaren holländischen Kapitals wird nach Holländisch-Indien exportiert. Der Besitz des indischen Archipels erweckt nun in den besitzenden Klassen einerseits das Bestreben, die Unabhängigkeit Hollands in Europa sicherer zu stellen und andererseits zum Ausbau der Verteidigungsmittel des indischen Reiches.

Nun ist es ausgeschlossen, daß die Verteidigung des gewaltigen indischen Archipels je durch den holländischen Militarismus stattfinden könnte.

Die Bourgeoisie hat denn auch bereits die Lösung aufgestellt und zum Teil durchgeführt: Indien, das heißt die Massen der ausgebeuteten indischen Bauern, müsse selbst die Kosten seiner Verteidigung tragen. Ein militärischer Fachmann hat neulich in einer großen Revue eine Berechnung aufgestellt, wie groß sich diese Kosten in den nächsten Jahren gestalten werden. Zur Verteidigung des indischen Reiches bedürfe man einer Marine von wenigstens 5 oder 6 Schlachtschiffen des größten Typs, Superdreadnoughts von zirka 26 000 bis 27 000 Tonnen Gehalt, ferner einer großen Torpedoflotte, einer ausgezeichneten Luftflotte, kurz, eines Materials, wodurch man imstande sein würde, jeden möglichen Angreifer, der sich immer sehr weit von seinen eigenen Häfen entfernen müßte, zu vernichten. Dann wäre noch ein javanisches Volksheer einzurichten, ausgerechnet ein Volksheer, das der Bourgeoisie im Mutterlande den größten Abscheu einflößt. Das indische Budget sei imstande, die Kosten dieser gewaltigen Rüstungen zur See und auf dem Lande zu tragen, weil es in einigen zwanzig Jahren bis auf eine Milliarde Gulden — zirka 1700 Millionen Mark — erhöht werden könnte.

Zwar sind diese Forderungen noch nicht durchgeführt, aber es besteht kein Zweifel darüber, daß die holländische Bourgeoisie in den kommenden Jahren der indischen Bevölkerung, über welche sie unumschränkt herrscht, neue ungeheuere Militärlasten aufbürden wird.

Es besteht also eine sehr deutliche Wechselwirkung zwischen den beiden Erscheinungen, dem Ausbau des holländischen Militarismus und dem kolonialen Imperialismus der holländischen Bourgeoisie. Beide bilden ein Ganzes und das holländische Proletariat, das die Bürde des Militarismus zu tragen hat, hat vielleicht nirgends den Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen, dem Militarismus und der Kolonialpolitik, so deutlich vor Augen. Die Bekämpfung beider Erscheinungen des Kapitalismus wird immer mehr seine höchste Aufgabe, gerade wie das in den Großstaaten der Fall ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar 1913.

Fiskus und Zweckverband.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Donnerstag bei der Beratung des Forstetats auch mit der Frage der Waldverkäufe an den Zweckverband Groß-Berlin. Es ist bekannt, daß der Fiskus ganz ungeheure Preise, Baulandspreise von Groß-Berlin für seine Wälder fordert, und daß es aus diesem Grunde bisher noch nicht zum Abschluß des Geschäftes gekommen ist. Leider fehlt es nicht an Scharfmachern, die einen Druck auf den Fiskus ausüben und ihn zwingen wollen, noch höhere Preise von Berlin zu fordern, nicht weil die Wälder einen so hohen Wert haben, sondern weil angeblich Berlin so hohe Preise zahlen kann. In diesem Sinne äußerte sich Abg. v. Brandenstein (k.), in dessen Worten nur allzu deutlich der Haß gegen den „Wasserkopf" Berlin zum Ausdruck kam. Ihm traten die Abgeordneten Ziethen (fk.), Cassel (Vp.), Hirsch (Soz.) und Rosenow (Wp.), die sämtlich dem Zweckverbande als Vertreter angehören, entgegen. Aus ihren Reden ging deutlich hervor, daß sie sehnlichst den Ankauf der Wälder wünschen, daß sie aber auf keinen Fall geneigt seien, die Wucherpreise zu zahlen. Hoffentlich zieht der Fiskus aus dieser Einmütigkeit der Zweckverbandsvertreter, die den verschiedensten Parteien und den verschiedensten Gemeinden angehören, die Konsequenz und geht von seiner exorbitanten Forderung ab. Daß diese Hoffnung begründet ist, ließ der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums durchblicken, der sich zwar zur Sache selbst nicht äußerte, aber doch einige charakteristische Andeutungen machte.

In der sonstigen Debatte über den Forstetat, die sich in Einzelheiten verlor, regte Genosse Borchardt eine Verpachtung der Jagden an und kritisierte gleichzeitig die jämmerliche Bezahlung der Waldarbeiter. Verschiedene Redner forderten eine Besserstellung der Forstbeamten. Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer entpuppte sich wieder als Reaktionär, indem er gegen die Organisationsbestrebungen der Forst- und Waldarbeiter zu Felde zog und das Märchen vom sozialdemokratischen Terrorismus anstimmte.

In einer Abendsitzung wurde der Forstetat zu Ende beraten. Vor leeren Bänken redet man stundenlang über Försterwünsche. Der Minister stellt sich freundlich dazu. Als aber der Fortschrittler Büchtemann verlangt, daß zum Verkauf von Domänen nicht nur die Zustimmung von S. M., sondern auch die des Landtags eingeholt werde, lehnt der Freiherr v. Schorlemer trotz manchen eindruckvollen staatsrechtlichen Hinweises Büchtemanns „grundsätzlich" ab. Der Freikonservative Spinzig spricht über die Forstarbeiter, aber nur, um Borchardts Angaben als unhaltbar hinzustellen. Liebknecht antwortet kräftig unter dem Unmut der Junker, daß die Forstarbeiter dieses Interesse der Dreiklassenmehrheit zu würdigen wissen werden!

In der elften Stunde, als noch ein Zuhörer, dem es wohl draußen zu kalt war, auf der Tribüne saß, erledigte man auch noch den Etat der Seehandlung.

Was wird aus der Stadtbahnelektrisierung?

In der Stadtbahnelektrisierungskommission des Abgeordnetenhauses haben die Konservativen nach Schluß der Diskussion den wohl kaum zulässigen Antrag gestellt, die Regierungsforderung abzulehnen und nur 9 Millionen (statt 50) für bessere Dampflokomotiven und Versuche mit elektrischen Trieblokomotiven zu bewilligen — wenn sie die Regierung anfordert.

Die Beschlußfassung über alle Anträge wurde vertagt.

Der Präsident des Kaiserlichen Aufsichtsamtes als Gründer der „Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft!"

Nachdem in der agrarischen und auch in der Versicherungspresse schon wiederholt Andeutungen erfolgt sind, daß eine hervorragende Persönlichkeit im Kaiserlichen Aufsichtsamt die Gründung der „Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft" veranlaßt habe, bezeichnet jetzt offen die Nr. 44 von „Wallmanns Versicherungszeitschrift" den Präsidenten des Kaiserlichen Aufsichtsamtes als den eigentlichen Gründer dieser Gesellschaft. Zugleich erhebt sie gegen ihn die Anklage, daß er zugunsten seiner Gründung parteiisch verfahre.

In dem Artikel „Gemeinnützig" in Nr. 44 der genannten Zeitschrift heißt es nämlich: „Warum also haben die Privatgesellschaften diesen Schritt getan? Wenn man der Vorgeschichte der letzten Gründung nachgeht, so gelangt man zu eigentümlichen Ergebnissen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß der Vater des Gedankens nicht bei den Direktoren der gründenden Gesellschaften zu suchen ist, sondern — im Aufsichtsamt, ja, daß die Idee dem Kopfe seines Präsidenten entsprungen ist. Ein kleines Häuflein von Versicherungsdirektoren, denen der Plan enthüllt wurde, begeisterten sich für ihn, und der Rest — machte mit, weil er sich eben nicht ausschließen mochte.

Man kann unmöglich fehlgehen, wenn man die leitenden Beweggründe des Herrn Präsidenten auf politischem Gebiete sucht. Er wollte der Sozialdemokratie mit ihrer „Volkshilfe" ein Paroli bieten. Man wird es auch verstehen, daß ein Mann in solcher Position sich auch politisch betätigen und auf seinem eigensten Felde dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen möchte, als welcher jedes Zurückdrängen der Sozialdemokratie unleugbar aufgefaßt werden müßte; und ebenso wird man es verstehen, wenn er, nachdem er sich einmal in der Angelegenheit engagiert hat, seine ganze Macht und alle erlaubten Hilfsmittel zu ihrer Förderung einsetzt. Fraglich ist es uns aber, ob diese Agitation soweit gehen darf, daß sie die gerade ihm unterstellten privaten Versicherungsunternehmungen in ihrer Existenz gefährdet. Und als höchst bedenklich müssen wir es bezeichnen, wenn sie dahin führt, daß mit ungleichem Maß gemessen wird, daß ad hoc Dinge als zulässig erachtet werden sollen, die man sonst nicht erlaubt haben würde.

Nach unserer juristischen Ueberzeugung ist keine Gesellschaft, weder eine Aktien- noch eine sonstige Gegenseitigkeitsgesellschaft in der Lage, sich auf Grund ihrer Satzungen mit einem Teile ihres Vermögens an einer Gründung der fraglichen Art zu beteiligen. Wir wissen, daß in betreff der Aktiengesellschaften unsere Ansicht nicht überall geteilt wird. Unbedingt fest aber und unwidersprochen steht sie bezüglich der Gegenseitigkeitsgesellschaften. Sie müßten also zum Zwecke ihrer Beteiligung eine Statutenänderung vornehmen, und diese würde der Genehmigung des Aufsichtsamtes unterliegen. Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat man den Herrn Präsidenten hierauf aufmerksam gemacht und die Antwort hat geläutet:

Selbstverständlich! Eine solche Satzungsänderung wird aber ohne weiteres genehmigt werden. — Nun hätten wir es wohl einmal erleben mögen, daß eine Gegenseitigkeitsgesellschaft aus ihrer eigenen Haut heraus den Drang verspürt hätte, sich mit Kapital an einer beliebigen Aktiengesellschaft, die vielleicht sicherer auf den Beinen stand, als die jetzige Gründung, zu beteiligen und zu diesem Zweck die Genehmigung des Kaiserl. Aufsichtsamts nachzusuchen. Die Verfügung des Kaiserl. Aufsichtsamts hätten wir lesen mögen! Was aber dem einen recht ist, ist dem andern billig, und der Zweck heiligt die Mittel."

Die Verantwortung für diese Anschuldigungen müssen wir natürlich der Redaktion von Wallmanns „Versicherungs-Zeitschrift" überlassen. Ob sie richtig sind, wird sich ja bald herausstellen; denn sind sie unrichtig, wird der Angegriffene sicherlich nicht schweigen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

In der Fraktionssitzung am Mittwoch erschien als Gast der Genosse Hain-ju-kia, von dem Vorsitzenden Genossen Bebel herzlich begrüßt. Der chinesische Genosse hielt in französischer Sprache eine kurze Rede, in der er seiner Freude Ausdruck gab, unter den berufensten Vertretern des deutschen Proletariats weilen zu dürfen. Er sei weder Vertreter der Regierung der neuen Republik, noch Delegierter irgend einer Partei. Er handle nur für seine Person als Republikaner und als Sozialist im Interesse der jungen Republik, die von ihren Nachbarn im Osten und im Westen bedroht sei. Sowohl Japan als auch Rußland sähen der demokratischen Entwickelung Chinas mit scheelen Augen zu. Sie fürchteten eine Rückwirkung auf ihre eigenen Volksgenossen. Es gälte, der jungen Republik die Sympathien der zivilisierten Welt zu erringen und zu erhalten und allen gehässigen Ausstreuungen wirksam entgegenzutreten. Hain-ju-kia hat sich daher die Aufgabe gestellt, sowohl in Europa, als auch in Amerika parlamentarische Gruppen der Freunde der Republik China ins Leben zu rufen. Er wendet sich zu diesem Behufe auch an die fortschrittlichen Parteien der bürgerlichen Linken; in erster Linie jedoch an seine sozialistischen Gesinnungsgenossen. Es ist ihm auch gelungen, in England, Frankreich, Belgien und Portugal derartige interfraktionelle parlamentarische Gruppen ins Leben zu rufen, denen die führenden Genossen der betreffenden Länder, wie Keir Hardie, Mac Donald, Jaurès, Pressensé, Vandervelde usw. angehören. In Holland, Oesterreich und Italien seien derartige Gruppen im Werden begriffen, wenigstens habe er bereits zustimmende Erklärungen maßgebender Mitglieder der dortigen Parlamente erhalten. Er hoffe, daß Deutschland nicht zurückbleibe und in erster Linie rechne er dabei auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie. Darum bitte er die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, ihm die weitgehendste moralische Unterstützung zuzusichern.

Genosse Bebel dankte dem Genossen Hain-ju-kia für seine Ausführungen. Er versprach die moralische Unterstützung der republikanischen Bestrebungen in China.

Mit Worten des Dankes für die freundliche Aufnahme und für die gegebene Zusicherung verabschiedete sich Genosse Hain-ju-kia von der Fraktion.

Erfolge der agrarischen Wirtschaftspolitik.

Die soeben vom Kaiserl. Statistischen Amt veröffentlichten Feststellungen der Jahresdurchschnittspreise unserer wichtigsten Agrarprodukte zeigen eine beträchtliche Steigerung der Getreide-, Vieh- und Butterpreise während der letzten Jahre. Die nachfolgende Uebersicht läßt die Veränderungen klar und deutlich hervortreten. Es sind zunächst die Preise des letzten Jahres mit denen des Vorjahres zusammengestellt. Durchweg sind sie gestiegen. Ein weiterer

Vergleich der Jahre 1905 und 1912 zeigt die Steigerung seit Geltung des neuen Zolltarifes. Ferner ist die Preisveränderung, durch Ermittelung des Durchschnittes der Preise in den sechs Jahren 1907/12 und dem Jahrfünft 1902/07 dargestellt. Dabei tritt die von den Schwankungen in den einzelnen Jahren nicht beeinflußte Preiserhöhung nach dem Wirksamwerden der höheren Zölle in ihrer Gesamtheit plastisch hervor. Die eingestellten Preise gelten immer für dieselbe Ware nach den Notierungen an denselben Börsen.

Es kostete danach ein Doppelzentner:

	1912	1911	1905	Durchschnitt d. Jahre 1907/12	1902/07
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
Roggen . . .	185,8	168,3	151,9	177,2	144,8
Weizen . . .	217,—	204,—	174,8	214,1	170,7
Hafer	189,7	168,3	142,7	171,—	144,7
Mais	186,1	167,6	148,—	171,8	141,7
Gerste (Brau-) .	179,8	165,9	140,8	163,3	132,2
„ (Futter-)	164,4	138,3		144,9	
Ochsen . . .	166,2	153,7	137,5	147,—	133,4
Schweine. . .	147,4	114,2	132,—	127,6	119,5
Kälber . . .	198,5	183,3	153,9	177,3	149,1
Hammel . . .	166,—	151,—	139,1	149,4	134,3
Butter. . . .	262,7	255,—	235,2	247,4	228,3
Raffinade . .	46,9	46,7	48,—	43,6	45,9
Kartoffelspiritus	33,2	24,6	25,3	28,4	24,8
Rüböl. . . .	66,1	63,5	45,5	64,5	49,2
Heringe . . .	45,6	39,5	35,2	36,8	35,2
Schmalz . . .	108,7	94,8	76,3	106,4	86,9

Deutlich zeigen sich die unheimlichen Wirkungen des vielgepriesenen „Schutzes der nationalen Arbeit". Eine entsetzliche Teuerung ist das Resultat. Die Zollschraube hob das gesamte Preisniveau. Nur der Preis für Zucker ist im Durchschnitt der letzten Jahre gesunken. Das aber erklärt sich aus den Beschlüssen der Zuckerkonvention und der Herabsetzung der Zuckersteuer.

In welcher Weise die Fleisch- und Getreidepreise hinaufgetrieben wurden, läßt die folgende Zusammenstellung noch näher erkennen. Es kostete ein Doppelzentner:

im Jahre 1905:	Getreide	149,5 M.	Fleisch	140,4 M.
„ „ 1911:	„	168,7 „	„	150,4 „
„ „ 1912:	„	187,1 „	„	169,5 „
Durchschnitt 1902/07:	„	127,6 „	„	134,1 „
„ 1907/12:	„	173,7 „	„	150,3 „

Die Tabelle umfaßt alle Getreide- und Fleischsorten und zeigt die ermittelten Durchschnittspreise.

Im letzten Jahre war also im Vergleich mit 1905 teurer: Getreide um 25 Proz., Fleisch um 18 Proz. Vergleicht man aber den Durchschnitt 1902/07 mit dem der Jahre 1907/12, so ergibt sich für Getreide eine Verteuerung um ungefähr 36 Proz. und für Fleisch eine solche von 12 Proz.

So verteuert der „Schutz der nationalen Arbeit" die Lebenshaltung der Arbeiter; denn die Lohnerhöhungen bleiben in den meisten Industriezweigen beträchtlich hinter diesen Preissteigerungen zurück.

Die Verwendung der „Nationalflugspende".

Die Sammlung zur Förderung des deutschen Flugwesens, die unter dem Namen der Nationalflugspende veranstaltet wurde, trug von vornherein das Gepräge militaristischen Wetteifers und chauvinistischer Großmannssucht. Nicht darauf kam es an, die Flugtechnik zu entwickeln und auch einem künftigen Verkehr in den Lüften die Bahn zu bereiten, sondern darauf, das Flugwesen Deutschlands als eine neue Waffe des Militarismus so zu fördern, daß der Vorsprung anderer Länder nicht nur erreicht, sondern womöglich überflügelt werde.

Die Sammlung hat einen Ertrag von 7½ Millionen Mark ergeben. Und die Art, wie nun die Verwendung dieser Summe geplant ist, beweist von neuem, daß die nationale Flugspende nichts sein soll als ein Hilfsfonds für militaristische Zwecke. Es wurde nämlich einstimmig vom Verwaltungsausschuß beschlossen, in erster Linie eine möglichst große Anzahl von Fliegern auszubilden. Die Auswahl und Ausbildung dieser Flieger bleibt den Flugzeugfabriken selbst überlassen, doch soll den Fabriken und Fliegern nach Vollendung ihrer Ausbildung ein Durchschnittsersatz in Höhe von 8000 M. geleistet werden. Diese Summe soll für jeden Flieger ausgeworfen werden, sobald er oder die ihn ausbildende Fabrik den Nachweis erbringt, daß er den Anforderungen des Feldpilotenexamens gewachsen ist! Weiterhin soll für die Leistung eines jeden Stundenfluges eine Grundprämie von 1000 M. gezahlt werden; bei einem Dauerfluge soll für jede vollendete weitere Stunde der Betrag um 1000 M. erhöht werden. Man hofft durch diese Prämienzahlung an Flieger und Fabriken den aviatischen Tätigkeitsdrang energisch anzustacheln und zugleich durch diese Flugleistungen, sei es bei Flugveranstaltungen, sei es bei Ueberlandflügen, die Stimmung für den Luftmilitarismus auch weiterhin zu stimulieren.

Eine weitere Aufgabe des Nationalflugfonds soll in der Anlegung von Flugstützpunkten über das ganze Reich bestehen. Das heißt: die Nationalflugspende will nur einen Beitrag für diese Flugstützpunkte leisten, die erforderlichen weiteren Summen aufzubringen, soll den in Betracht kommenden Städten überlassen bleiben.

Erst in allerletzter Linie sollen die Millionen der Nationalflugspende auch dazu dienen, eine Zentralstelle für die Nachprüfung neuer Erfindungen auf ihre praktische Brauchbarkeit zu schaffen. Ob die Zentralstelle Energie, Einsicht und Mittel genug disponibel halten wird, um wirkliche Neuerungen der Flugtechnik auch dann, wenn sie nicht direkt einen Nutzen für den Militarismus bezwecken, entschieden zu fördern, erscheint recht fraglich. Denn je stärker die durch die Nationalflugspende und die militaristischen Ausgaben großgepäppelte Flugzeugindustrie für Heereslieferungen sein wird, je größer das in diesen Unternehmungen angelegte Kapital, desto größer wird der Widerstand gegen Neuerungen werden, die die alten Anlagen zu entwerten geeignet sein würden. Nur wenn ein neues Flugzeug erfunden würde, das sich fürs Bombenwerfen, für militärische Zwecke besser eignete, als die heutigen Systeme unserer Flugmaschinen, dürfte es wohl auf eifrige Unterstützung aus den Mitteln der Nationalflugspende rechnen!

Freisinn und Bündler.

Im Wahlkreise Sangerhausen-Eckartsberga haben nach Mitteilungen der nationalliberalen „Sangerhäuser Zeitung" dieser Tage Verhandlungen über die Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen stattgefunden. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Vereinbarung, die seit Jahren zwischen den liberalen Parteien, das heißt den Nationalliberalen und Fortschrittlern und dem Bund der Landwirte besteht, erneuert wurde. Demnach wurden „als gemeinsame Kandidaten aller bürgerlichen Parteien im Wahlkreise" die bisherigen Abgeordneten Freigutsbesitzer Scherre-Leubingen (konservativ) und Bürgermeister Knobloch-Sangerhausen einstimmig wieder aufgestellt. Das bündlerische Organ des Wahlkreises drückt seine aufrichtige Freude darüber aus, daß die Sammlung aller bürgerlichen Parteien gelungen sei, während die nationalliberale „Sangerh. Ztg." die Aufstellung gar als „ein Zeichen politischer Reife der monarchischen Parteien" preist.

Bei solcher Grundsatzfestigkeit ist es begreiflich, daß die Fortschrittler nicht durch das „kaudinische Joch" der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen kriechen wollen.

Aus dem württembergischen Landtag.

Am Mittwoch, den 29. Januar, wurden die beiden Kammern des württembergischen Landtages bis auf weiteres vertagt. Die Ausschüsse und Kommissionen müssen zunächst ihre Arbeit tun. Die Kommissionsberatung des Etats dürfte drei bis vier Wochen in Anspruch nehmen. Schneller dürfte die Kommission arbeiten, die den Gesetzentwurf über die Pensionsrechte der Körperschaftsbeamten sowie über die Unfallfürsorge für Körperschaftsbeamte vorzuberaten hat.

Was außer den Etatsdebatten sonst das Parlament verhandelt, ist bald aufgezählt. Eine Anfrage der Sozialdemokratie nach dem Stand der Neckarkanalisation bezw. die Aufforderung zu Verhandlungen mit Baden ohne Rücksicht auf den Verlauf der Verhandlungen mit Holland über das Stromabgabengesetz entfesselte homerische Kämpfe, nach deren Abschluß die Zuhörer so klug wie zuvor waren. Den infolge des schlechten Herbstes 1912 notleidenden Weingärtnern Württembergs wurde von allen Parteien Hilfe zugesichert. Ob den vielen schönen Worten auch entsprechende Taten folgen werden, muß die Zukunft lehren.

Wieder ein Spionageprozeß.

Im Spionageprozeß gegen den Kaufmann Wilhelm Ewald wurde der Angeklagte heute vom Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Wie die Verhandlung feststellte, hatte sich der Angeklagte von der englischen Admiralität als Spion anstellen lassen und ihr sieben Berichte und Zeichnungen über geheimzuhaltende Gegenstände ausgeliefert.

„Der Redakteur Richard Barth in Berlin ist wegen Beleidigung des Dr. Ludwig in Berlin durch Urteil des Königlichen Landgerichts I, Strafkammer 9, zu Berlin vom 15. Oktober 1912 zu 200 M. — zweihundert Mark — Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 M. — zehn Mark — zu einem Tage Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Angeklagten zur Last gelegt."

Frankreich.

Die Affaire Du Paty de Clam.

Paris, 30. Januar. Die für morgen angekündigte Kammerdebatte über die Angelegenheit des Oberstleutnants Du Paty de Clam wird sich allem Anschein nach ziemlich bewegt gestalten. Außer dem früheren Kriegsminister Millerand dürfte auch dessen Vorgänger Messimy das Wort ergreifen. Messimy fand sich bereits veranlaßt, das Beispiel Millerands nachzuahmen und in der sozialistisch-radikalen Gruppe Aufklärungen über seine Rolle in der Angelegenheit Du Paty de Clam zu geben. Er erklärte, daß er von dem Schreiben eines seiner Ordonnanzoffiziere, in dem Du Paty de Clam eine Zusage über seine Wiedereinstellung in die Armee erteilt worden war, keinerlei Kenntnis gehabt habe, und verlas sodann einen von ihm an Du Paty de Clam gerichteten Brief, in dem er dessen Ansuchen um Wiedereinstellung in die Landwehr für Friedenszeiten ablehnt.

Die „Penetration pacifique" des Lohndrückers.

Aus Paris wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit beliebt ein Teil der bürgerlichen Presse eine wüste Fremdenhetze, oder genauer Deutschenhetze. Die royalistische „Action Française" hat ein schreckliches Spionagesystem aufgedeckt, das sich unterschiedlicher Molkereiangestellter, Tierbändiger usw. bedient, der „Matin" beschränkt sich mehr aufs kommerzielle Gebiet, was vermutlich einträglicher ist. — Nun hat der Deputierte Engerand an den Arbeitsminister eine Anfrage über die Zahl der in den Erzbergwerken der Departements Calvados, Manche und Oine beschäftigten Ausländer gerichtet. Es handelt sich da um die Gruben, die zu einem bedeutenden Teil im Besitz des deutschen Kapitals (Thyssen) sind. Was aber bringt die Antwort des Ministers? In den in Betracht kommenden Gruben sind im ganzen 588 Ausländer beschäftigt. Davon sind 322 Spanier, 127 Italiener, 54 Griechen und 32 Marokkaner. Der Kapitalismus, ob französisch oder deutsch, macht eben nicht in „nationaler Solidarität", sondern holt seine Arbeitskräfte womöglich aus Ländern mit niedrigerer Lebenshaltung. Auffallend ist die Zahl der Griechen, die in Frankreich ein neues Element in der industriellen Armee darstellen, am merkwürdigsten aber das Einrücken der Marokkaner. Der marokkanische Lohndrücker ist die erste Frucht der Marokkopolitik, die das französische Proletariat mit seinem Geld und seinem Blut bezahlt.

Belgien.

Die Wahlrechtsdebatte in der Kammer.

Brüssel, 30. Januar. Die Deputiertenkammer setzte heute die Beratungen über die Verfassungsrevision fort. Der Sozialist Vandervelde erklärte, daß die Arbeiter eventuell bereit seien, nach dem Vorschlag des Liberalen Hymans die Wahlrechtsfrage einer Kommission zu unterbreiten, um einen Generalstreik zu verhüten. Vandervelde appellierte auch an den König, sich für eine Verständigung einzusetzen. Woeste lehnte aber ein Kompromiß ab, da alle Bemühungen zu dem gleichen Wahlrecht führen müßten, das er prinzipiell verwerfe.

Italien.

Eine Meuterei in Libyen.

Rom, 28. Januar. (Eig. Ber.) Wie der Korrespondent des „Avanti" aus Bologna durch Privatbriefe aus Homs in Libyen erfährt, haben daselbst in der ersten Hälfte des Januar die Soldaten eines Bataillons Bersaglieri gemeutert, indem sie sich weigerten, dem Befehl, nach Misrata zu marschieren, Folge zu leisten und ihre Entlassung in die Heimat forderten. Die Soldaten wurden von einem Grenadierregiment umzingelt und unter Eskorte von Maschinengewehren nach Misrata geführt, wo sie in Erwartung des Strafverfahrens interniert wurden. Der Major des Bataillons ist auch unter Anklage gestellt worden, weil er die Gehorsamsverweigerung hätte voraussehen und durch energische Maßnahmen verhindern müssen! Meutereien in Libyen haben nun freilich viele vorausgesehen, und die energischen Maßnahmen, durch die man sie hätte verhindern können und sollen, sind auch kein Geheimnis: man brauchte bloß die erschöpften und des Lagerlebens müden Soldaten rechtzeitig in ihre Heimat zu entlassen. Vielleicht stellt man den Major Rossetti gerade deshalb unter Anklage, weil er dies eingesehen hatte!

China.

Das Finanzkomplott gegen China gescheitert.

Der chinesischen Zähigkeit ist das Bankkonsortium der sechs Mächte unterlegen. Die Anleiheverhandlungen mit dieser mächtigen Finanzgruppe waren zwar schon im November des vorigen Jahres zum Abbruch gekommen, weil Rußland und Japan — die beiden Staaten, die aus eigenem nicht einen Groschen zu leihen haben — mit der Anleihe Forderungen verknüpften, deren Gewährung die Selbstentmannung Chinas bedeutet hätten. Der Druck des britischen Auswärtigen Amtes bewirkte aber, daß die chinesische Regierung erneut mit dem Sechs-Mächte-Konsortium in Verhandlungen trat, die auch schließlich zu einer Verständigung auf folgender Basis führten:

Die Anleihe im Betrage von 500 Millionen Mark sollte mit 5 Proz. verzinst werden, die Rückzahlung binnen 16 Jahren beginnen und nach 50 Jahren vollendet sein. Als Zinssicherheit dienen die Erträgnisse der Salzsteuer; im Falle diese nicht genügen, soll die chinesische Regierung verpflichtet sein, von den Einkünften von vier näher bezeichneten Provinzen zehn Millionen Taels für die Zinszahlung zu reservieren. Ein Vorschuß von 40 Mill. Mark sollte sofort gegen Staatskassenscheine gegeben werden. Vierzehn Tage nach Unterzeichnung des Vertrages hatte die Ausschreibung der Anleihe zu geschehen und wenn außergewöhnliche Umstände dies unmöglich machten, waren monatliche Vorschüsse von je 40 Millionen Mark zu leisten.

Diese Bedingungen glaubte die chinesische Regierung akzeptieren zu dürfen. Im letzten Moment der Unterhandlungen kam es jedoch wiederum zu Differenzen wegen der Ernennung des ausländischen Finanzministers, den China selbst ernennen will, und wegen der Zahlung der Vorschüsse, die die Banken nur immer erst dann gewähren wollen, wenn sie es für nötig erachten. Es ist erklärlich, daß der Finanzminister über diese im letzten Augenblick gemachten Schwierigkeiten sehr ungehalten war. Er suchte Rat bei seinen Ministerkollegen. In einer kurz darauf folgenden Kabinettssitzung wurde der endgültige Abbruch der Verhandlungen mit dem Sechs-Mächte-Konsortium beschlossen und ihm dies am 19. Januar mitgeteilt.

Durch diesen energischen Entschluß hat China nun zwar keine Anleihe erreicht, wohl aber die Uneinigkeit, die Schwächung, wenn nicht die Auflösung dieser wucherischen Finanzclique. Der englisch-deutsche Teil der Gruppe ersuchte jetzt den Finanzminister, die Anleiheverhandlungen wieder zu eröffnen. Dabei gibt er seine Bereitschaft kund, für seinen Teil eine Anleihe ohne Zeitverlust zu gewähren.

Mit dem endgültigen Bruch mit dem Sechs-Mächte-Konsortium hat sich China die Möglichkeit geschaffen, mit anderen Finanzsyndikaten in Verhandlung zu treten. Da man auf allen Plätzen des internationalen Geldmarktes sicher ist, daß das riesige Asiatenreich eine reichlich spendende Milchkuh ist, so fehlt es nicht an Angeboten. Eine belgische Finanzgruppe hat 300 Millionen Mark angeboten unter der Bedingung, daß für dieses Darlehen ausgedehnte Minengerechtigkeiten bewilligt werden. Diese Klausel brachte den belgischen Bankiers eine glatte Ablehnung. Ein amerikanisches Konsortium ist unter viel liberaleren Bedingungen bereit, sofort 20 Millionen in barem Gelde vorzuschießen. Hierüber wird zurzeit noch verhandelt.

So brennend wie am Ende des vorigen Jahres scheint die Geldnot der chinesischen Regierung momentan nicht zu sein. Der für eine leere Staatskasse schwierige Neujahrstag, an welchem in China, altem Brauche gemäß, alle Jahresrechnungen und Gehälter der Staatsbeamten bezahlt werden müssen, ist glücklich vorüber. Dann machen sich die wirtschaftlichen Folgen der Umwälzung des vorigen Jahres in den öffentlichen Kassen sehr günstig bemerkbar. Handel und Gewerbe haben in den kurzen Monaten einen beispiellosen Aufschwung erlebt, an dem der Fiskus seinen Anteil hat. Diese günstige Wendung stärkt die Position der chinesischen Regierung bei der Suche nach Anleihen und gestattet ihr, günstige Angebote abzuwarten.

Abgeordnetenhaus.

121. (Abend-)Sitzung, Donnerstag, 30. Januar, abends ½8 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer, Kommissare.

Anwesend sind etwa 24 Abgeordnete.

Der Forstetat.

Abg. **Schwabach** (natl.) bespricht masurische Angelegenheiten.

Abg. **Büchtemann** (Vp.) prüft die vom verstorbenen Abg. Borgmann (Soz.) zuerst in einem Antrag behandelte Frage, ob Forstverkäufe der Genehmigung des Landtags bedürfen. Der dies fordernde Antrag wurde damals abgelehnt. Der Redner tritt für diese Forderung ein, die man mit Gesetzen von 1808/09, aus der Zeit des schmählichsten Zusammenbruchs des alten Regime bekämpft. In einem alten Gesetz wird auch Domänenverkauf mit zur Tilgung drückender Staatsschulden gestattet, darüber gehen Sie ruhig hinweg. Wies trefft! Es ist eben der **moderne Geist des Spekulierens** in die Regierung eingezogen. (Sehr wahr! links.) Es ist bei den Forstverkäufen eben viel bequemer, die Genehmigung des Zivilkabinetts einzuholen, als die des Landtags. Aber man sollte auch auf anderen Gebieten modernen Geist zeigen! (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister **v. Schorlemer** betont „ausdrücklich die Richtigkeit der Auffassung der Königlichen Staatsregierung," wonach es unzulässig sei, die Genehmigung des Landtags zu Domänenverkäufen einzuholen.

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben spricht Abg. **Ernst** (Vp.) über Stellenzulagen und Beamtenwünsche. Jedem Staatsbeamten gebührte ein Erholungsurlaub.

Abg. Dr. **Schröder-Kassel** (natl.) erörtert die Lage der Förster, die dieser Etat verbessere.

Abg. **Büchtemann** (Vp.) spricht über die Verdrängung der alten Förster durch wissenschaftlich vorgebildete. Es sollen doch nicht nur Försterssöhne angestellt werden!

Abg. **Brenemer** (k.) verbreitet sich über das Dienstland der Förster usw., ebenso noch mehrere Redner, denen Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer möglichste Berücksichtigung zusagt.

Abg. **Imbusch** (Z.) wünscht eine umfassende Darlegung der Dienstverhältnisse der Forstarbeiter, wie sie z. B. letzthin von der Reichspostverwaltung für ihre Beamten dem Reichstag vorgelegt wurde.

Abg. **Spinzig** (fk.): Der Lohn der Arbeiter soll sich möglichst stetig an eine mittlere Linie halten, aber er kann nicht mit den Ueberschüssen eines Betriebs in ein Verhältnis gebracht werden. Er polemisiert gegen den Abg. Borchardt.

Abg. **Dr. Liebknecht** (Soz.):

Das ist keine Widerlegung der Ausführungen meines Freundes Borchardt! Entscheidend muß sein die Masse der Arbeit, ihre Bezahlung und die Arbeitszeit. Hierüber aber hat Borchardt gesammeltes Material der zuständigen Arbeiterverbände vorgebracht. Was soll es dagegen bedeuten, daß im Wahlkreis des Vorredners es den Waldarbeitern gut gehe. Von den Mißständen hat er nicht gesprochen, denn er fühlte sich als der berufene Vertreter der von Borchardt angegriffenen Behörden und Beamten, nicht der Arbeiter. Das mögen die Wähler Spinzigs beurteilen. (Gelächter rechts.) Herr v. Pappenheim, Sie guter Agitator für uns, es muß auch solche Käuze geben, wie Abg. Spinzig und Sie! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner verweist auf den Mangel an Nachtquartieren für die Arbeiter und an Arbeiterausschüssen, die andere Bundesstaaten haben. Es ist bezeichnend, daß dieses Haus über die Förster stundenlang spricht, über die Arbeiter aber gar nicht, oder wenn schon, so nur unter Angriffen auf die Sozialdemokraten, die sich der Arbeiter annehmen. Sie machen sich zum Mundstück der Arbeitergegner und der Interessen der Regierung. Die Forstarbeiter werden daraus die nötigen, Ihnen nicht angenehmen Konsequenzen ziehen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Forstetat wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der der Seehandlung.

Das Haus vertagt sich.

Freitag, den 31. Januar, 11 Uhr: **Etat des Ministeriums des Innern.**

Schluß nach ½11 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ueber neue Agitationsformen der Christlichen

wird aus dem Sächsischen Erzgebirge berichtet: Dort arrangiert die Geistlichkeit sogenannte Hausväterversammlungen, um die armen Erzgebirgler, die bei den Reichstagswahlen nicht so wollten wie die Geistlichkeit, für die Kirche und die „staatserhaltende Idee" neu zu gewinnen. Die Geistlichkeit hat erkannt, daß der wahre Hort der Reaktion die christlichen Gewerkschaften sind, demgemäß unterbreitet sie ihren Versammlungen diese Resolution:

„Die versammelten Hausväter erkennen die Notwendigkeit an, daß die zahlreichen christlichen und nationalgesinnten Arbeiter Schutz und Stärkung finden in einer christlichen Organisation und versprechen, eine solche christliche Organisation, wie sie in der christlichen Gewerkschaft seit Jahren an vielen Orten unseres Vaterlandes in Segen wirkt, mit allen Kräften zu fördern."

Diese neue Methode für den Dummenfang findet begreiflicherweise den begeisterten Beifall der Unternehmer. Bei der Ausbeutung der Arbeitskräfte fragen sie den Teufel danach, ob einer Christ, ob Jude oder Heide ist. Aber die „Christlichorganisierten" sind ihnen immer die bequemsten Ausbeutungsobjekte. Aber ach, die Geistlichkeit hat mit ihren Organisationsbestrebungen bejammerswert wenig Glück.

Deutsches Reich.

Die Arbeitsverhältnisse der Eisen-, Metall-, Modell-, Werkzeug-, Revolver- und Automatendreher Deutschlands.

Die Drehbank und die Werkzeugmaschinen sind wichtige Bestandteile der modernen Metallindustrie. Ohne eine gut eingerichtete Dreherei kann heute kein Betrieb der Metall- und Maschinenindustrie auskommen. Unter den Metallarbeitern nehmen daher die Dreher einen der ersten Plätze ein. Es ist deshalb ganz natürlich, daß ihren Arbeitsverhältnissen besondere Beachtung geschenkt wird. Dem Rechnung tragend, hat der Metallarbeiterverband, dem im Jahre 1911 über 50 000 Dreher angehörten, eine Enquete über die Arbeitsverhältnisse dieser Berufsgruppe veranstaltet, deren Resultat soeben in eingehender Darstellung der Oeffentlichkeit unterbreitet wird. Den eigentlichen Ergebnissen ist ein Abschnitt: Geschichtliches und Zeitgemäßes über den Dreherberuf vorangestellt, der Einblick in die Entwickelung des Gewerbes gibt, auf die vielen neuen Erfindungen in Werkzeugmaschinen und Drehbänken hinweist und die Schädigungen bespricht, die die moderne Arbeitsweise an dem Drehbankbau und Automaten im Gefolge hatte. Durch die ausgegebenen Betriebsfragebogen sind 3563 Drehereibetriebe mit 63 491 beschäftigten Personen erfaßt worden. Die persönliche Befragung erstreckte sich auf 34 780 Dreher aller Art. Die Ordnung des Stoffs erfolgte für alle wichtigeren Punkte zunächst nach den Bezirken des Verbandes, ferner nach Landesgebieten in politischer Einteilung und schließlich nach Städten mit einer größeren Zahl beteiligter Berufsgenossen. Die meisten Betriebe und Personen sind im Königreich Sachsen ermittelt worden, nämlich 663 Betriebe und 11 431 Personen. Mit mehr als 300 Betrieben und mehr als 7000 Personen ist außerdem Berlin und das Rheinland vertreten. Von den Städten haben Berlin, Chemnitz und Dresden die meisten Betriebe und Personen. Mehr als 1000 Berufszugehörige sind außer in den ebengenannten Orten in Augsburg, Bielefeld, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Köln, Magdeburg, Mannheim und Stuttgart. Es wurden 6 Berufsarten erfragt: Eisen-, Metall-, Modell-, Werkzeug-, Revolver- und Automatendreher. Die Arbeiterinnen sind besonders ermittelt, ebenso die Lehrlinge. Von den 63 491 erfaßten Personen waren 34 971 = 55,08 Proz. Eisendreher, 4884 = 7,69 Proz. Metalldreher, 149 = 0,24 Proz. Modelldreher, 2752 = 4,34 Proz. Werkzeugdreher, 6378 = 10,05 Proz. Revolverdreher, 1105 = 1,73 Prozent Automatendreher, 286 = 0,45 Proz. Dreherinnen, 8476 = 13,35 Proz. Lehrlinge und 4490 = 7,07 Proz. Hilfsarbeiter. Auffallend ist an diesen Zahlen der große Prozentsatz an Lehrlingen. Eine Verhältnisberechnung mit der Zahl der Dreher ergibt, daß auf je 100 Dreher im Durchschnitt 16,7 Lehrlinge kommen.

Besonderen Wert haben die Bearbeiter der Statistik auf eine umfassende Feststellung der Arbeitszeit und Löhne der Dreher und Maschinenarbeiter gelegt. Es hatten eine Arbeitszeit von 57 und weniger als 57 Stunden 32 018 = 50,4 Proz., 58 und 59 Stunden 11 464 = 18,1 Proz., 60 Stunden 17 974 = 28,3 Proz., und mehr als 60 Stunden 2095 = 3,2 Proz.

Also 68,5 vom Hundert hatten eine Arbeitszeit von weniger als 60 Stunden die Woche und nur 3,2 Proz. sind länger als 60 Stunden die Woche tätig. Die Feststellungen über die Entlohnungsform ergaben, daß 19,69 Proz. der Dreher in Zeitlohn, 53,97 Proz. in Akkord und 26,34 Proz. teils in Zeit-, teils in Akkordlohn beschäftigt sind. Die Grundbedingung für das moderne Akkordsystem, die kalkulative Meßbarkeit der Arbeitsleistung, ist für das Drehergewerbe vorhanden; es ist daher ganz natürlich, daß die Akkordarbeit in diesem Beruf in überwiegendem Maße vorherrschend ist.

Die Löhne sind nach zwei Richtungen hin festgestellt worden. Zunächst aus den Ergebnissen der Betriebsfragebogen, ferner aus den persönlichen Mitteilungen der Dreher. Aus den Betriebsfragebogen wurden die Stundenlöhne für 14 373 in Zeitlohn und für 38 175 in Akkord arbeitende Personen festgestellt. Von den in Zeitlohn beschäftigten Drehern und Maschinenarbeitern haben einen Verdienst bis 30 Pf. 4167 = 29,0 Proz., von 31—40 Pf. 4046 = 28,2 Proz., von 41—50 Pf. 3581 = 24,9 Proz., von 51—60 Pf. 1572 = 10,9 Proz. und mehr als 60 Pf. 1007 = 7,0 Proz. Einen Stundenverdienst von mehr als 60 Pf. hat danach ein geringer Bruchteil der erfaßten Dreher. Auch der Prozentsatz der Personen mit einem Verdienst von 50 Pf. die Stunde ist nicht groß. Dabei ist zu beachten, daß die besseren Löhne einiger Großstädte die allgemeinen Verhältnisse in einem günstigeren Licht erscheinen lassen. Eine Betrachtung des Akkordverdienstes gibt ein erfreulicheres Bild. Von 38 175 Akkordarbeitern verdienten die Stunde bis 30 Pf. 1611 = 4,3 Proz., von 31—40 Pf. 3469 = 9,1 Proz., von 41—50 Pf. 8300 = 21,7 Proz., von 51—60 Pf. 10 774 = 28,2 Proz. und von mehr als 60 Pf. 14 021 = 36,7 Proz. Mit einem Akkordstundenlohn von mehr als 50 Pf. sind also 64,9 Proz. ermittelt worden.

Weitere Abschnitte in der Broschüre behandeln das Ueberstundenwesen, die Schichtarbeit, die Lohnzahlung, die Kündigung des Arbeitsverhältnisses, die Tarifverträge und die Akkordarbeit im Drehergewerbe, das Gruppen- oder Kolonnensystem, das Mehrbanksystem, die Hilfsarbeiterfrage, die Werkzeugfrage, das Arbeiten mit Schnelldrehstählen, die Bezahlung fehlerhafter Arbeit, den Unfallschutz und die sanitären Einrichtungen in den Betrieben. Auf dem Gebiet der Ventilation ist den berechtigten Anforderungen nicht einmal in einem Drittel der Betriebe Rechnung getragen, je 100 mit guter Ventilation versehene Betriebe stehen 215 gegenüber, die eine solche nicht haben. In 36,5 vom Hundert der Betriebe fehlen Ankleideräume, in 32,8 Proz. mangelte es an einer ordentlichen Waschvorrichtung. Die persönliche Befragung der Dreher und Maschinenarbeiter erstreckte sich neben den Löhnen auf das Alter, den Familienstand, die Arbeitslosigkeit und Krankheit der Befragten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes u. a. m.; auch vier Haushaltungsrechnungen von Drehern sind in der Schrift enthalten. Also auch die soziale Lage der Dreher und Maschinenarbeiter ist behandelt worden. Der Metallarbeiterverband hat so durch diese Broschüre die Verhältnisse einer wichtigen Arbeitergruppe der Eisen- und Metallindustrie offenbart.

Der Bäckerverband im Jahre 1912.

Nach der vorliegenden Jahresabrechnung war die Mitgliederzunahme unter den gelernten Bäckern die größte, während die Konditoren sehr viel schwerer für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen sind. Der Verband hatte im Jahre 1912 eine Zunahme von 3593 Mitgliedern zu verzeichnen, darunter 363 weibliche. Nach dem Streik in den Dresdener Schokoladenfabriken stellte sich ein ziemlicher Verlust an weiblichen Mitgliedern ein, der allerdings in anderen Industrieorten wieder ausgeglichen wurde. Unter den Mitgliedern stehen prozentual die Bäcker mit 68,8 Proz. an erster Stelle, Arbeiterinnen sind 16,3 Proz. der Mitglieder, Hilfsarbeiter 8 Proz., Konditoren 5,6 Proz.

Im Berichtsjahre fanden 88 Lohnkämpfe statt, die sich auf 82 Orte in 842 Betrieben erstreckten; 5656 Beschäftigte waren an diesen Bewegungen beteiligt. 66 dieser Lohnbewegungen verliefen ohne Streik und durch 51 dieser Bewegungen wurden für 2640 Beteiligte Tarifverträge mit den Unternehmern abgeschlossen. Von den 20 Lohnkämpfen verliefen 13 Angriffsstreiks erfolgreich, 4 hatten einen Teilerfolg und 3 waren erfolglos. Für 1706 Berufsgenossen wurde die wöchentliche Arbeitszeit um insgesamt 10 473 Stunden verkürzt, was für die einzelne beteiligte Person eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 6 Stunden ausmacht. Für 4027 an den Lohnkämpfen Beteiligte wurde eine wöchentliche Lohnzulage von insgesamt 7121 M. erreicht, durchschnittlich für jeden Beteiligten 1,45 M. pro Woche. Zu diesen durch Lohnkämpfe errungenen Lohnerhöhungen kommen noch die tariflichen Erhöhungen, die auf Grund der in früheren Jahren abgeschlossenen Tarife im Berichtsjahre in Kraft traten, so daß insgesamt für 14 581 Personen Lohnaufbesserungen im Betrage von 14 763 M. erreicht wurden. Dazu kommen noch sonstige Vorteile aus den Lohnkämpfen, so für eine kleine Anzahl Beseitigung von Kost und Logis beim Meister. Für 1120 Personen wurden Ferien erreicht. Die Lohnkämpfe erforderten im Berichtsjahre nicht die außerordentlichen Mittel des Vorjahres. Immerhin mußten 10 Proz. sämtlicher Einnahmen dafür aufgewendet werden. Die Unterstützungen stiegen bedeutend. Es wurden nahezu 200 000 M. dafür verausgabt. Die Einführung der Staffelbeiträge hat sich gut bewährt. Nach dem Kassenabschluß zählte der Verband einen Ueberschuß von rund 117 500 M. Der Kassenbestand in der Hauptkasse hat sich um rund 95 000 M. gesteigert, die Bestände in den Zahlstellen um 22 500 M.

Der Verband kann also mit den im Vorjahre gemachten Fortschritten sowohl in bezug auf die Mitgliederzahl als auch in den Erfolgen bei Lohnkämpfen und ebenfalls in seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zufrieden sein.

Die Arbeitslosigkeit der Privatangestellten im Jahre 1912.

Aus den jetzt vollständig vorliegenden Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes im „Reichsarbeitsblatt" ergibt sich, daß an die Berichterstattung des Amtes zu Anfang des Jahres 1912 angeschlossen waren 13 Verbände mit 384 199 männlichen und 44 299 weiblichen, zusammen 428 498 Mitgliedern, während am Jahresschlusse 14 Verbände mit 485 731 männlichen und 45 980 weiblichen, zusammen 531 711 Mitgliedern angeschlossen waren. Die Angestelltenorganisationen sind also im verflossenen Jahre um 103 213 Mitglieder oder um 24 Proz. gewachsen. Ein sehr erheblicher Zuwachs, der leider eine wesentliche Kraftentfaltung der zum größten Teile auf dem Boden der Harmonielehre stehenden Verbände nicht im Gefolge hat.

Der Umfang der Stellenlosigkeit ist bei den Angestellten naturgemäß weit geringer als bei der gewerblichen Arbeiterschaft, denn auf 100 Mitglieder entfielen im vierten Vierteljahre 1911 1,2 Stellenlose und im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres 1,4 Stellenlose. Zu Beginn des Jahres waren 5476 Stellenlose vorhanden, am Schlusse 6287. Stellenlos wurden im Laufe des Jahres 33 869 Mitglieder und in Stellung traten 34 029 Mitglieder. Insgesamt waren 8952 Angestellte 870 727 Tage stellenlos, sodaß ein Angestellter durchschnittlich 41 Tage stellenlos war. Wenn also die Stellenlosigkeit nicht so häufig ist wie bei den Arbeitern, so ist doch die Dauer erheblich länger. Die 8952 Stellenlosen erhielten für 318 512 Tage 470 920,07 Mark Unterstützung, sodaß die Angestelltenverbände durchschnittlich pro Tag 1,48 Mark Stellenlosenunterstützung zahlen.

Zur Aussperrung der Maschinisten auf den Fischdampfern der Unterweserorte ist zu berichten, daß die Reeder nach wie vor jede Verständigung ablehnen. Sie sind aber krampfhaft bemüht, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Vor einigen Wochen wandten sie sich an den Arbeitsnachweis der Zahlstelle Hamburg des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer. Als ihnen keine Arbeitskräfte vermittelt wurden, kamen Vertreter der Reeder nach Berlin, um Arbeitswillige in den Kaschemmen aufzustöbern. Es kam auch ein Transport von zirka 30 Mann zusammen. Als diese Arbeitswilligengarde aber bei Licht besehen wurde, scheute man denn doch zurück, damit die Reise nach Geestemünde anzutreten.

In der Zwischenzeit haben verschiedene Dampfer ihre erste Reise beendet mit allerdings geringen Fängen, andere Schiffe haben erheblichen Schaden am Kessel und an der Maschine erlitten; einige dieser Schiffe konnten bis heute die Ausreise noch nicht wieder antreten. Andere Dampfer mußten ausländische Häfen wegen Maschinenschadens anlaufen. Die Schiffe sind fast sämtlich nur mit einem Maschinisten und an Stelle des zweiten mit einem Oberheizer besetzt. In ganz besonderer Weise wird hier von den Behörden den Reedern Vorschub geleistet, das besagt die den Tatsachen widersprechende Erklärung des Ministerialdirektors v. Jonquières in der Reichstagssitzung vom 25. Januar: Es wäre ein Mangel an Maschinisten vorhanden, deshalb habe der Herr Reichskanzler die Erlaubnis erteilt, an Stelle des zweiten Maschinisten einen Oberheizer treten zu lassen. Die Reeder haben zur Weihnachtszeit die gesamten Fischdampfermannschaften ausgesperrt; diese sind bereit, unter Einhaltung des Tarifes zu fahren und es besteht daher kein Mangel an Maschinisten.

Nach wie vor wird dringend ersucht, jeglichen Zuzug von Maschinenpersonal nach Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham fernzuhalten. Besonders an die Heizer ergeht die Aufforderung, keine Stellung auf einem Fischdampfer anzunehmen.

Die Brauereiarbeiter in Augsburg haben in stark besuchter Versammlung den mit 25 Brauereien im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarif zu kündigen beschlossen. Die Vertrauensleute wurden beauftragt, unverzüglich einen neuen Entwurf aufzustellen und einer nächsten Versammlung vorzulegen.

Ausland.

Die Bergarbeiter des Bassin Pas de Calais, du Nord und d'Anzin beschlossen, die Zahlung der Beiträge an die Konföderation einzustellen. Am 26. Januar fand im Stadthaus in Douai (Pas de Calais) ein Kongreß der Bergarbeitersyndikate von Pas de Calais, du Nord und von Anzin statt. Als Präsident fungierte der Abgeordnete Bergarbeiterführer Lamendin. Ferner waren anwesend die Führer Lancelle, Soriaux, Villette und Basly, Bürgermeister von Lens und Präsident der Bergarbeiterorganisation von Pas de Calais. 170 Delegierte der drei Kohlenreviere nahmen an dem Kongreß teil. Goniaux führte aus, daß der Kongreß deshalb einberufen sei, um Front zu machen gegen die Gründung neuer Syndikate, wo schon Bergarbeitersyndikate bestehen. Es wurde sodann folgende Tagesordnung angenommen: „Nachdem man die Funktionäre der nationalen Föderation in der unerhörtesten Weise angegriffen hat und diese Kameraden Bartuel und Georget verleumdete, nachdem man gegen die Gründung und Anerkennung des neuen Syndikats protestierte gemäß den Weisungen des vereinigten Kongresses von Albi, beschließt der Kongreß, seinem Wunsch Ausdruck gebend, sich der C. G. T. anzuschließen und ersucht das vereinigte Komitee, die Beiträge, welche man ihm vorschreibt, in Empfang zu nehmen. Ferner wird beschlossen, dem internationalen Bergarbeiterverband weiter anzugehören, ferner sich an den Komitees und internationalen Kongressen zu beteiligen und die Beiträge nach den Mitgliederverhältnissen zu zahlen.

Versammlungen.

Zentralverband der Hutmacher. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch ihre Quartalsversammlung ab. Aus dem Jahresbericht wäre hervorzuheben, daß die Maifeier in Berlin eine starke Beteiligung aufwies und an Boden zweifellos gewinnt. Des weiteren wurde die Frage der Tarifverträge erörtert, wobei es sich herausstellte, daß die übergroße Mehrheit für Tarifverträge ist und dem Abschluß von solchen auch zustimmen wird, wenn es sich als notwendig erweisen sollte. Es wurde auch in eine Propaganda für die Erhaltung der Sonntagsruhe eingetreten, um den Gegnern derselben entgegenzuwirken. Eine Bewegung zur Erringung einer kürzeren Arbeitszeit (es wird noch vielfach 9½ Stunden gearbeitet) fand nicht die Billigung des Zentralvorstandes, der die Zeit der Balkanwirren nicht als günstig für ein derartiges Unternehmen betrachtete.

Der Kassenbericht vom 4. Quartal zeigt folgendes Bild: Einnahme: 11 914,78 M., Ausgabe: 10 929,39 M., bleibt Bestand: 985,39 M. Lokalkasse: Einnahme: 2213,37 M., Ausgabe: 561,08 M., bleibt Bestand: 1652,29 M. Agitationsfonds: Einnahme: 803,93 M., Ausgabe: 225,25 M., bleibt Bestand: 578,38 M. Jahresabschluß: Gesamteinnahme und -ausgabe von 1912: Einnahme: 46 067,89 M., Ausgabe: 38 838,04 M. Für Unterstützungszwecke wurde ausgegeben: an Arbeitslose 11 219,50 Mark, an erwerbslose Kranke 5139,90 M., an Durchreisende 121,60 Mark, Umzugsunterstützung 107,50 M., Sterbegeld 580 M., Streikunterstützung 429 M., an Gemaßregelte 54 M., Aussetzunterstützung 146 M. Der Mitgliederbestand am Schlusse des Geschäftsjahres betrug: 1115.

Eine längere Debatte entfesselte die Frage der Verschmelzung mit dem Verband der Blumen-, Blätter- und Federarbeiter und -Arbeiterinnen. Es kam seitens der meisten Redner dabei zum Ausdruck, daß man dem Gedanken der Verschmelzung sympathisch gegenüberstehe, jedoch den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hält, um diese Frage befriedigend zu lösen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Mitgliederversammlung aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins verkennt durchaus nicht den Wert der Industrieverbände und steht der Bildung solcher Verbände sympathisch gegenüber. Sie muß aber nach Lage der jetzigen Situation den Anschluß des Blumen- und Blätterarbeiterverbandes vorläufig ablehnen und ersucht die Hauptverwaltung, zunächst den Zusammenschluß mit dem Kürschnerverband anzustreben und zu vollziehen, um dann später auf den Anschluß der Blumen- und Blätterarbeiter zurückzukommen."

Am Schlusse der Versammlung wurde dann noch die Vorstandswahl vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Liberaler Anstand.

Stuttgart, 30. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Zu einem scharfen Konflikt kam es heute auf dem Stuttgarter Rathaus zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Nach der Vereidigung der neugewählten Bürgerausschußmitglieder sollten die Wahlen des Präsidiums vorgenommen werden. Die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion des Bürgerausschusses verlangten den Obmannsposten, der Anspruch wurde aber von den verbündeten Nationalliberalen und der Volkspartei abgelehnt. Auch der Posten des ersten Vizeobmanns wurde der Sozialdemokratie verweigert. Gewählt wurde zum Obmann der nationalliberale Dr. Wölz, zum ersten Vizepräsidenten der neu eingetretene Rechtsanwalt Dr. Payer II., der Sohn des früheren Kammerpräsidenten. Daraufhin verließ die sozialdemokratische Fraktion unter Protest den Sitzungssaal. Nur das Bürgerausschußmitglied Landtagsabgeordneter Dr. Lindemann verblieb als einziger Sozialdemokrat im Sitzungssaal.

In Abwesenheit der sozialdemokratischen Fraktion wählten die bürgerlichen Parteien den Genossen Fischer zum zweiten Vizeobmann. In der folgenden gemeinschaftlichen Sitzung des Bürgerausschusses und des Gemeinderats (Magistrat) protestierte Genosse Fischer energisch gegen seine Wahl zum Vizeobmann, die entgegen seinem ausgesprochenen Willen vorgenommen worden sei. Er betrachte die Wahl als Beleidigung seiner Person und seiner Partei. Im Auftrage der Fraktion des Bürgerausschusses legte sodann Genosse Behr scharfen Protest gegen die Behandlung der Sozialdemokraten auf dem Stutgarter Rathaus ein. Die Fraktion verließ darauf demonstrativ den Saal. In der Gemeinderatsfraktion sprach Genosse Dietrich, der gleichfalls aufs schärfste gegen die Entrechtung der Sozialdemokraten protestierte. Auch die Gemeinderatsfraktion verließ alsdann den Sitzungssaal.

Entweder — oder.

London, 30. Januar. (W. T. B.) Die Balkandelegierten haben das Reutersche Bureau davon in Kenntnis gesetzt, daß die Türkei auf dem Schlachtfelde die Friedenspräliminarien unterzeichnen müsse, ehe weitere Verhandlungen möglich seien.

Die Türkei in der Defensive.

Konstantinopel, 30. Januar. (Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Korr.-Bureaus.) In diplomatischen Kreisen findet man die Note der Pforte versöhnlich und den Mächten gegenüber entgegenkommend, aber man ist der Ansicht, daß nach der Kündigung des Waffenstillstandes, die die Situation vollständig ändere, die Note sozusagen wirkungslos bleibe, da die Feindseligkeiten am Montag 7 Uhr abends wieder beginnen sollen. Amtliche Kreise der Pforte erklären, daß selbst nach Ablauf der Kündigungsfrist die Türken keinen Angriff machen, sondern sich lediglich verteidigen würden, wenn die Balkanverbündeten zuerst angreifen sollten. Allerdings könnten sich in der Zwischenzeit sehr viele Dinge ereignen, die einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorbeugen würden.

Er muß geschluckt werden.

Paris, 30. Januar. (W. T. B.) Nach einer offiziösen Mitteilung hat sich der Ministerrat im Hinblick auf die morgige Kammerdebatte über die Angelegenheit des Oberstleutnants du Paty de Clam dahin ausgesprochen, daß das Wiederanstellungsdekret nicht zurückgezogen werden könne, doch werde du Paty de Clam mit einem Dienstbrief versehen werden und nur im Falle einer Mobilisierung irgendeinen Posten erhalten.

Exzesse englischer Frauenrechtlerinnen.

Dundee, 30. Januar. (W. T. B.) Während der Feierlichkeit aus Anlaß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt an den Premierminister Asquith kam es zu Tumulten. Asquith wurde, als er auf eine an ihn gerichtete Ansprache erwiderte, andauernd von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts unterbrochen. Eine Frau, die Asquith einen Verräter nannte, wurde unter großem Lärm hinausbefördert. Als man dann fortfuhr, eine der Demonstrantinnen nach der anderen hinauszuschaffen, packte die Frauen der Schrecken. Sie ergriffen vor ihren Verfolgern die Flucht und wollten von einer Galerie zwanzig Fuß tief hinabspringen. Man hielt sie jedoch noch im letzten Augenblick zurück. Schließlich ließ der Tumult nach, und Asquith konnte weiter sprechen.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

101. Sitzung. Donnerstag, den 30. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Zunächst niemand, dann Kühn, v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Brandys (Pole): „Die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der preußischen Ansiedelungskommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.“

Der Antrag wird mit 213 gegen 97 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend

vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme des Gesetzes.

Es liegen verschiedene Anträge Albrecht (Soz.) und Genossen vor, die dahin gehen, die Beschränkung der Zollerleichterungen auf die Zeit bis zum 31. März 1914 zu beseitigen, die Erleichterungen auch Konsumgenossenschaften und anderen gemeinnützigen Unternehmungen zu gewähren und den Eingangszoll vollständig zu erstatten; ferner hinzuzufügen „die gleichen Vergünstigungen gelten vom 1. März 1913 ab auch für die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Auslande“.

Außerdem beantragen die Sozialdemokraten eine Resolution auf unverzügliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den unter Aufhebung von § 12 des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr von frischem und gefrorenem Fleisch aller Art ohne anhängende innere Organe aus dem Auslande gestattet wird.

Die Freisinnige Volkspartei beantragt, dieser Resolution hinzuzufügen sofern in dem Produktionslande eine den in Deutschland geltenden Bestimmungen entsprechende Untersuchung des zur Ausfuhr nach Deutschland bestimmten Fleisches durch deutsche beamtete Tierärzte zugelassen ist.

Eine zweite sozialdemokratische Resolution will eine Erweiterung der Erleichterungen für Vieheinfuhr dahin, daß auch die Einfuhr lebenden Rindviehs und lebender Schweine aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Kanada und Argentinien nach Schlachthöfen mit Bahnanschluß und unter der Bedingung gestattet wird, daß das eingeführte Vieh innerhalb vier Tagen nach Eintreffen geschlachtet werden muß, und daß diese Bestimmungen auf alle Gemeinden ausgedehnt werden.

Eine dritte sozialdemokratische Resolution wünscht die baldigste Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Zölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Die Abgg. Ablaß und Genossen (Vp.) beantragen die Zollerleichterungen nur bis zum 31. März 1913 zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Bundesrat von da ab ermächtigt wird, allgemein die Zölle für Schlachtvieh und Fleisch sowie für Jungvieh, Magervieh und Zuchtvieh ganz oder teilweise außer Hebung zu setzen, und ferner dem Gesetzentwurf einen § 2 einzufügen, wonach vom 1. April 1913 ab die Zölle auf Futtermittel außer Hebung gesetzt werden.

Der Präsident Kaempf teilt mit, daß die Abstimmung über die erste sozialdemokratische Resolution auf Antrag des Grafen Westarp und Genossen (k.) eine namentliche sein wird.

Abg. Simon (Soz.):

Was der Gesetzentwurf bietet, ist nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir Sozialdemokraten haben in der Kommission versucht, dem Entwurf eine Fassung zu geben, durch welche wenigstens die schlimmsten Mißstände beseitigt werden. Aber weder die Regierung noch die Parteien ließen sich zur Zustimmung bewegen. Daß der vorliegende Entwurf völlig unzureichend ist, haben nicht nur zahlreiche Stadtvertretungen und der Hansabund, sondern auch der geschäftsführende Ausschuß des Handelsvertragsvereins erklärt. Es kommt also wieder ein Gesetz zustande, das keinerlei Abhilfe bringt. Hätte ein Unbeteiligter den Kommissionsverhandlungen beigewohnt, so hätte er die Kommission wohl für eine zur Untersuchung der Rentabilität der Landwirtschaft gehalten, denn nicht von der Not des Volkes, sondern von der der Landwirtschaft wurde geredet, die Landwirtschaft sollte nach den Ausführungen der Regierung und der alten Blockparteien, denen sich die Nationalliberalen anschlossen, dem Ruin verfallen, wenn die Zollerleichterungen durchgeführt würden. Mit erfreulicher Offenheit wurde zugestanden, daß die Getreide- und Viehzölle geschaffen seien, um die Preise zu heben und auf der Höhe zu halten. Bei den Verhandlungen über den Zolltarif wurde das bestritten, da behauptete man, das Ausland trage den Zoll. Heute gestehen alle die verteuernde Wirkung des Zolles zu. Als wir im Jahre 1905 um Abhilfe wegen der Teuerung interpellierten, bezeichnete der Landwirtschaftsminister v. Podbielski den Zustand als vorübergehend und fuhr fort, „ist er dauernd, so muß er beseitigt werden“. 1906 interpellierten wir wieder und der Landwirtschaftsminister v. Arnim gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Vieh- und Fleischnot bereits gelöst sei. Als wir 1907 von neuem interpellierten, erwiderte der damalige Staatssekretär v. Bethmann Hollweg, daß einer vorübergehenden Erscheinung wegen Maßnahmen, wie sie der sozialdemokratische Redner verlangte, nicht ergriffen werden dürfen. Bei unserer erneuten Interpellation im Jahre 1911 antwortete Herr v. Bethmann Hollweg, damals schon Reichskanzler, daß zähe und entschieden an der Wirtschaftspolitik festgehalten werden müsse. Diesen Standpunkt hat die Regierung auch heute noch, die Erleichterungen werden nur bis zum 1. April 1914 in Aussicht gestellt. Aber

vorübergehend scheinen mir nur die Staatssekretäre und Minister zu sein,

die zu der Teuerung sprechen und sie als vorübergehende Erscheinung bezeichnen. Die Teuerung selbst ist geblieben und hat sich noch verstärkt, und sie wird so lange vorhanden sein, als mit dem geltenden Wirtschaftssystem nicht aufgeräumt sein wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat freilich erklärt, an dem bewährten Wirtschaftssystem werde nichts geändert werden, unter ihm sei der Wohlstand gestiegen und der Arbeiter sei im Stande gewesen, in erhöhtem Maße Fleisch zu konsumieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Man behauptet nun, an der Teuerung seien die Zölle nicht schuld. Die Preise seien früher noch höher gewesen und außerdem sei die Teuerung international. Dazu käme, daß im Ausland nicht genügend Fleisch vorhanden sei. Dann würde ja erst recht die Abschließung der Grenzen gar keinen Sinn haben. Gewiß sind die Preise für Lebensmittel in allen Ländern bedeutend gestiegen, aber es kommt darauf an: wie steht zu einer bestimmten Zeit der Preis der Lebensmittel in Deutschland zu den Preisen im Ausland in der gleichen Zeit? (Sehr richtig!) Und da stellt sich heraus, daß die Preise im Ausland zwar auch gestiegen, aber immer noch wesentlich billiger sind als bei uns. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Berlin waren die Fleischpreise 1912 ungefähr 25 Prozent höher als in England und 1913 hat die Steigerung der Fleischpreise sich noch weiter fortgesetzt. In den Ländern ohne Schutzzoll sind die Preise der Lebensmittel erheblich geringer als in Deutschland, und zwar ziemlich genau um die Beträge der Zölle. Neben den Zöllen hat auch unser Einfuhrscheinsystem einen großen Teil der Schuld an der Teuerung. Von 1894 bis 1912 sind fast

600 Millionen Rückvergütungen

der Zölle auf Einfuhrscheine gezahlt worden. (Hört! hört! links.) Unter der Teuerung leiden nicht nur die Arbeiter sondern auch die Beamten und weite Kreise des Bürgertums. Auch die nicht sozialdemokratischen Arbeiter klagen über die Teuerung. Auf einer Konferenz der katholischen Arbeitersekretäre in Düsseldorf hat unser Kollege Giesberts 1908 eine Resolution vertreten, in der sehr energisch dagegen Front gemacht wurde, daß die breiten Volksmassen weiter belastet würden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und dem Zentrum überwiesen. Trotzdem hat das Zentrum und Herr Giesberts mit ihm der kleinen und der großen Finanzreform zugestimmt, durch die die breiten Volksmassen weiter belastet worden sind. Jetzt kündigt die Regierung eine neue Militärvorlage an.

Präsident Kaempf ersucht den Redner, sich mehr an die Sache zu halten.

Abg. Simon:

Ich betone nur, daß die Regierung durch eine Besitzsteuer 50 Millionen aufbringen und für die Militärvorlage 100 Millionen ausgeben will. Dadurch werden weitere Belastungen auf die unteren Schichten des Volkes gewälzt, und auch dazu wird das Zentrum die Hand bieten. Vorteil von dem bisherigen Wirtschaftssystem hat nur der Großgrundbesitz gehabt, es ist nicht eine Gesetzgebung zum Schutze der Landwirtschaft, sondern zur Bereicherung der Großgrundbesitzer. Die ganze Einkommenvermehrung entfällt bei der Landwirtschaft auf die Großgrundbesitzer und dasselbe trifft in noch schärferem Maße für die Vermögen zu. 700 Großgrundbesitzer mit über 100 000 M. Einkommen haben innerhalb 13 Jahren

ihr Vermögen um 2236 Millionen Mark vermehrt.

(Hört! hört!) Für die kleinen Landwirte wirkt dies Wirtschaftssystem geradezu ruinös. Das hat sich besonders auch bei der Tabaksteuer gezeigt.

Präs. Kaempf: Ich bitte Sie wiederholt, sich an den zur Verhandlung stehenden Gegenstand, vorübergehende Zollerleichterungen für Fleisch, zu halten.

Abg. Simon (fortfahrend):

In der Kommission ist der ganze Komplex der Fragen der Zollpolitik aufgerollt und behandelt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch bin ich der Meinung, daß wenn man die Teuerung überhaupt erfassen will, man sich nicht auf die Fleischteuerung allein beschränken darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß Ihnen (nach rechts) diese Ausführungen unangenehm sind, glaube ich ja. (Lachen rechts.) Aber bleiben wir bei der Fleischteuerung. Bei Gelegenheit unserer Interpellation über die Fleischteuerung wurde bestritten, daß eine Unterernährung der Arbeiterbevölkerung stattfindet. In Nürnberg, einer Stadt mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung, betrug 1896 der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung 79,83 Kilogramm. Von da ab ist er systematisch zurückgegangen und betrug 1911 nur noch 54,24 Kilogramm. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei muß man berücksichtigen, daß innerhalb dieser Zeit der Fremdenverkehr in Nürnberg außerordentlich zugenommen hat, und auch sicher die reichen Leute ihren Fleischkonsum wegen der Verteuerung des Fleisches nicht vermindert haben, so daß also der Fleischkonsum der armen Bevölkerungskreise jedenfalls noch eine bedeutend größere Einschränkung erfahren hat.

Ich empfehle Ihnen auch ein kleines Schriftchen einzusehen, das die Schulspeisungen in Groß-Berlin behandelt. Dort wird der Nachweis erbracht, daß insbesondere in den Vororten, wo viele Arbeiterfamilien wohnen, eine ungeheuer große Anzahl von Kindern

weder warmes Frühstück noch warmes Mittagessen

bekommt. Bayerische Bezirksärzte haben ferner festgestellt, daß in nicht weniger als 18 Bezirken Bayerns ein ganz gewaltiger Rückgang des Fleischkonsums auch bei der ländlichen Bevölkerung zu verzeichnen ist, und daß teilweise große Unterernährung herrscht. Der bayerische Minister Frhr. v. Soden hat zwar diese Berichte als übertrieben bezeichnet, aber das will wenig sagen, da er selbst Agrarier ist und dem schwarzblauen Ministerium Hertling angehört. Wie gering der Fleischkonsum in Arbeiterfamilien ist, beweisen auch einige mir vorliegende Haushaltsstatistiken. So betrugen die Einnahmen eines Spezialarbeiters in einer Schuhfabrik mit Nebeneinnahmen, Rückvergütung aus dem Konsumverein, Abvermieten usw. 2118,79 M., also wöchentlich 40,74 M., die Ausgaben betrugen 40,51 M. Ein sächsischer Arbeiter hatte 19,74 M. Einnahmen wöchentlich und 24,77 M. Ausgaben. (Hört! hört!) Dagegen verdiente ein Tagelöhner in Cincinnati in den Vereinigten Staaten 63 M. wöchentlich, mit Frau zusammen 108,67 M. und seine Ausgaben für Nahrungsmittel, Miete, Versicherung und dergl. betrugen 56,75 M. wöchentlich. Nur für Lebensmittel gibt der amerikanische Arbeiter pro Kopf seiner aus 4 Personen bestehenden Familie täglich 1,50 M. aus, der Nürnberger Arbeiter 46⅔ Pf. und der sächsische 42 Pf. (Hört! hört!) Für Fleisch allein gab der amerikanische Arbeiter 46⅔ Pf. per Kopf und Tag aus, der Nürnberger 12⅔ und der sächsische 6 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die Folgen Ihrer Wirtschaftspolitik. So lange das Junkertum herrscht, wird an diesem Elend nichts geändert werden. Die Macht des preußischen Junkertums liegt verankert in dem preußischen Dreiklassenwahlrecht. Für die Furcht der Regierung vor dem Junkertum spricht auch die Tatsache, daß ein Gutachten, das, wie ein Bremer Kaufmann im „Vorwärts“

Kleines Feuilleton.

Parsifal unter den Spielern. Ueber die Parsifal-Generalprobe, die im Theater von Monte Carlo stattfand, vor geladenem Publikum und angeblich ohne Presse, wird nun doch referiert. Die deutschen Kritiker finden die Aufführung kitschig und langweilig (nicht einmal pikant oder frivol, sagt einer, der nicht auf seine Kosten kam). In der „Frankf. Ztg.“ wird der Eindruck dahin zusammengefaßt:

„Alles in allem eine durch und durch opernhafte Aufführung, die unter dem üblichen Niveau von Monte Carlo blieb und mit den Bayreuther und Münchener Spielen keinen Vergleich zuläßt. Oberammergau in monegassischer Aufmachung . . . Von irgendwelcher Weihefestspielstimmung spürte man keinen Hauch, und ein Dämchen aus Nizza, das den Parsifal dem Korso vorgezogen hatte ging des Schicksals der Kundry und des Amfortas ungeachtet von einem würdevollen englischen Herrn begleitet, ins Café de Paris“

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt dazu: „Es ist eine tragische Ironie der Weltgeschichte, daß das Jahr, in welchem wir Richard Wagners 100. Geburtstag feiern werden, mit einer solchen Farce eröffnet werden konnte. Die vollkommene, durch Sensationslust und Geldgier genährte Kulturlosigkeit unserer so viel gepriesenen Gegenwart gibt sich damit in einem geradezu unübertrefflichen Beispiel zu erkennen!“

Dem kapitalistischen System, das die Kunst zum Geldgeschäft degradiert, kann natürlich niemand entrinnen. Auch Richard Wagner nicht, der die „Nibelungen“ mit starker antikapitalistischer Tendenz begann. Wer diese Zusammenhänge fühlt (wenn auch noch nicht durchschaut), soll nicht jammern, sondern mithelfen, daß die Kunst (jede Kunst) vom Fluche des Goldes befreit werde, daß der Künstler frei zum Volke spreche.

Wer aber das Bayreuther Monopol für „Parsifal“ aufrechterhalten will (wofür sich eben 18 000 Unterschriften, die Prinzen nicht mitgerechnet, in einer Petition an den Reichstag erklärt haben), betreibt reaktionär-romantische Kunstpolitik, flieht aus dem Bereich der Wirklichkeit, durch die wir hindurch müssen. Und herrscht in Bayreuth nicht dasselbe Geld — wenn auch in anderer Form — als in Monte Carlo? Ist es wirklich die geistige Elite der Nation, die sich dort zu Weihespielen vereinigt? oder sind es nicht vielmehr — im ganzen — die Privilegierten des Geldsacks, die gleichgültigen Genießer, die ihre innere Leere durch die ganze Welt schleppen? Schließlich wird das Volk des „Parsifal“ entraten können, ob in Bayreuth oder in anderen Theatern. Das Weihespiel mag ein großes Kunstwerk sein (in Wahrheit ist es ein seniler Ausklang) oder nicht, dem Empfinden des Proletariats liegt es unendlich fern. Aber es ist bezeichnend für die Kulturellen unserer Zeit, daß sie eine nach ihrer Meinung erhabene Kunstschöpfung für eine kleine Anzahl reservieren wollen, die das Geld zu der teueren Pilgerfahrt besitzt und keine weitere Vorbedingung zu erfüllen hat, um ins Allerheiligste einzudringen.

Wagner hat in seinen jungen Jahren solche Asterkultur glühend gebrandmarkt — aber freilich unter dem Druck der Kapitalsherrschaft Kunst und Volk nachher nicht mehr zusammenschmieden können. Der Siegfried Proletariat wird erst vollenden, was er einst ersehnte.

Kaempf. Nein, — er ist nicht parteilisch. Aber jetzt wieder, bei der Rede des witzigen Wendel, hat sich die ganze Dürftigkeit des Mannes gezeigt. Der Staatssekretär v. Lisco verläßt mit seinen Kommissaren den Saal, er brüskiert, er pfeift ganz offen auf die Herren, die ihre Reden nun den Stenographen diktieren dürfen. Ganz abgesehen davon, daß das gesellschaftlich ungezogen ist . . . also schön.

Wendel ist ausgelassen witzig, er ist vielleicht der Schlagfertigste im Reichstage (wozu eben nicht viel gehört), er zeigt die Fehler der Polenpolitik, er zitiert den Freiherrn vom Stein, der tot ist. . . . Der tote Freiherr wird zur Ordnung gerufen. Wirklich. Keinem seiner Freunde geht auf, wie armselig diese Taktik des Herrn Kaempf ist: er hakt sich in jeden gut pointierten Satz ein, er beschnüffelt jedes fix abgeschnellte Wortspiel, er doziert lehrhaft, er verwahrt sich, er kann nicht dulden, er nimmt nicht an, daß —.

Er glaubt nicht, daß er im Augenblick besseres tun kann. Ein deutscher Mann.

Nochmals: er ist kaum parteilich, sicherlich nicht bewußt. Dieselbe kleinliche Oberlehrertonart behält er durchweg bei. Erwachsene Menschen dürfen nicht über den Kaiser sprechen, nicht über eine Pflichtvergessenheit irgend jemandes, der alte Herr setzt die Grenzen des Parlamentarismus fest. . . Freisinnig, aber konsequent.

Wie nichtig, wie dumm ist das alles. Zu einer Zeit, in der der Freisinn absolut an die Wand gedrückt wird, weiß ein Kaufmann, ein Mann des praktischen Lebens nichts Besseres, als seinen Feinden mit schmalzigem Pathos und belehrenden, schulmeisternden Worten Hilfe zu leisten.

Ein Mann, der aufrechte Träger der Präsidialgewalt des Reichstags und des Roten Adlerordens IV. Klasse.

Die heilige Feme von heute. Der deutsch-schwedische Schriftsteller Adolf Paul, dem neuerdings seine Tragikomödie „Drohnen“ verboten wurde, schildert im „März“ seine Erlebnisse mit der Berliner Zensur. Er zeigt, wie diese wohltätige Einrichtung korrumpierend auf die Theater wirkt (wie alle solche Polizeimaßnahmen). Herr Paul berichtet:

„Ein Verbot macht Geräusch und erzielt oft das Gegenteil vom Mundtotmachen. Also geräuschlos in die Versenkung mit dem unliebsamen Stück, wenn's irgend geht!

Und — meistens geht es.

In den Theaterkanzleien erwachsen dem Zensor so viele freiwillige Helfershelfer —, die Feigheit und die Kriecherei so manches Berliner Dramaturglein ist meistens größer als ihre Unfähigkeit, Stücke zu beurteilen, und die Theaterdirektoren haben so viele böse Gewissen!

Es gibt nämlich so viele Unregelmäßigkeiten im Betrieb, die die Polizei einem durch die Finger sehen kann, und die zu ebenso vielen Schikanen verwandelt werden könnten! Wehe dem, der zu trotzen wagt!

Nun will ich keinesfalls behaupten, daß die Polizei mit Schikanen droht! Sie rechnet höchstens mit der latenten Angst davor und profitiert davon im stillen, — mehr hat sie nicht nötig!

Da sind zum Beispiel die feuerpolizeilichen Verordnungen, die stets der Polizei eine Handhabe zum Einschreiten bieten könnten! Wenn die in all ihrer Strenge gehandhabt werden würden, dürfte in den wenigsten Theatern Berlins gespielt werden! Es gilt also schon deswegen, mit der heiligen Hermandad gut zu stehen!

Früher hatte ich manchmal den Zensor im Verdacht, Stücke freizugeben, unter der Bedingung, daß sie nicht gespielt werden dürften! Und — gar manchem Theaterdirektor traute ich zu, um des lieben Friedens willen darauf einzugehen! „Hintenherum“ war damals die Losung! Jetzt heißt's: „Raus mit dem Flederwisch und tüchtig den Federfuchsern aufs gotteslästerliche Fell geklopft!“

Notizen.

— **Kunstchronik.** Die Zeitschrift „Der Sturm“ zeigt auf ihrer neuen Ausstellung (Königin-Augusta-Str. 51) Gemälde von Robert Delaunay; ferner zum Gedächtnis der verstorbenen Malerin Julie Baum eine Auswahl ihrer Gemälde; endlich zum erstenmal in Deutschland Gemälde und Zeichnungen des Italieners Ardengo Soffici. — Die Ausstellung in der Akademie der Künste wird Sonntag geschlossen und zwar um 6 Uhr.

— Der Leiter der deutschen Südpolarexpedition, Filchner, ist von Buenos Aires über Genua nach Berlin zurückgekehrt. Man wird jetzt also über die Ergebnisse seiner Expedition genaueres erfahren.

— **Monarchenerziehung im Varieté.** König Friedrich August von Sachsen hat bei seinem offiziellen Besuch in Leipzig auch ein großes Varieté besucht. Denkt mal, ihr guten Bürger, in großer Uniform und mit Gefolge. Der bürgerliche Journalist sieht bereits die Morgenröte einer neuen Zeit aufsteigen und schreibt (er heißt Kurt Pinthus) ans „Berliner Tagebl.“:

„König Friedrich August hat inmitten einer festlich gekleideten, fröhlichen Menge aus allen Klassen des Volkes in der Stunde, als er auf der mit Scheinwerfern grell beleuchteten Bühne anmutige Tänzerinnen, einen Vortragskünstler, stählern-gelenkige Equilibristen, Kriegergruppen aus wirklichen Menschen und kinematographische Ereignisse sah, mehr vom Wesen unserer Zeit erlebt, als ihm die Vorträge seiner Minister bieten können.“

Denn warum?

„Das Varieté hat sich zu einem Spiegelbild unserer wirren, hastigen, grotesken und erhabenen, exakt arbeitenden und doch genußreichen Zeit geschaffen.“

Also: man mache das Varieté für Monarchen obligatorisch — dann kann's nicht mehr fehlen.

— **Ein Meteor** von besonderer Größe wurde Donnerstag früh 4 Uhr 30 Minuten in Halle a. S. beobachtet. Das Meteor, das sich am südlichen Himmel von Westen nach Osten bewegte, erschien so groß wie ein halber Mond und hatte auffällig starkes Licht.

— **Ein zeitgemäßes Museum.** Der New Yorker Museumsleiter Dr. Robinson will ein Museum gefälschter Kunstwerke gründen. Es sollen darin nicht bloß die Fälschungen, mit denen das New Yorker Metropolitan-Museum hineingelegt worden ist, sondern auch Kunstwerke aus dem Besitz der bekanntesten amerikanischen Sammler gezeigt werden. Die Namen der Besitzer sollen natürlich verschwiegen werden.

berichtet, von einer Deputation des Reichsgesundheitsamts in Bremen über die hygienisch einwandfreie Beschaffung gefrorener Hammel erstattet wurde, in der Oeffentlichkeit bisher nicht bekannt geworden ist. (Hört! hört!) Im Frühling v. J. war danach eine Deputation des Reichsgesundheitsamts in Bremen und ist Zeuge gewesen, wie eingeführtes australisches Gefrierfleisch aufgetaut und tierärztlich untersucht worden ist. Ich frage die Regierung, ob ihr von diesem Gutachten irgend etwas bekannt geworden ist. Auf die Dauer kann keine Regierung gegen das Volk regieren. Die Empörung über diese Politik nimmt ständig zu und wird dazu führen, daß es auch mit der Macht des Junkertums ein Ende haben wird. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **Kaempf** erteilt dem Redner nachträglich zwei Ordnungsrufe wegen des Ausdrucks „Zollwuchermehrheit" und des Ausdrucks „Die Regierung regiere gegen das Volk". (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Herold** (Z.): Ich werde mich streng an die Sache halten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir wissen auch warum!) Wir halten grundsätzlich fest an unserem Wirtschaftssystem. Das hält uns aber nicht ab, für diese Vorlage zu stimmen, weil wir darin keine Durchbrechung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems erblicken. Eine wesentliche Folge unseres Wirtschaftssystems ist, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, fast den ganzen Fleischbedarf des Inlandes zu decken. Wenn die Viehbestände zum Teil zurückgegangen sind, wie die Viehzählung ergeben hat, so ist das noch eine Folge der Dürre vom vorigen Jahr. Was den Antrag der Volkspartei anlangt, so ist es wunderbar, daß diese Partei, die sonst so großen Wert auf die Rechte des Reichstags legt, hier wieder eine neue Befugnis in die Hand des Bundesrats legen will. (Sehr gut! rechts.) Im übrigen lehnen wir auch inhaltlich den Antrag ab. Ebenso halten wir die Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes als einziges Mittel, um festzustellen, ob Fleisch von gesunden Tieren eingeführt wird, für dringend notwendig. Die eigentlichen Futtermittel sind so wie so zollfrei. Außerdem würden wir einen Einnahmeausfall von 67 Millionen Mark haben, die wir lediglich Rußland schenken würden. (Zuruf links: Unglaubliche Logik!) Sonst wäre es ja gar nicht verständlich, daß das Ausland so großes Interesse an der Herabsetzung unserer Zölle zeigt. (Zustimmung im Zentrum.) Die gestellten Anträge auf Beseitigung der Futtermittelzölle und auf weitere Zollerleichterungen dienen lediglich den Interessen des Auslandes. Deshalb werden wir sie ablehnen. (Beifall im Zentrum.) Die Teuerung, die auch wir anerkennen, sollte man nicht zur Agitation benutzen, sondern alle Parteien sollten sich über die Mittel zur Abhilfe verständigen. (Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Paasche teilt mit, daß die Abstimmung über den Antrag Ablaß auf Außerhebungsetzung der Futtermittelzölle auf Antrag Fischbeck (Vp.) eine namentliche sein wird.

Abg. Dr. **Böttger** (natl.): Die Maßnahmen, die der Gesetzentwurf bringt, stellen nur ein Provisorium dar, und deshalb werden meine Freunde ihm zustimmen. Die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge dagegen würden eine Durchlöcherung unserer bewährten Wirtschaftspolitik bedeuten, und deshalb lehnen wir sie ab. Unsere Wirtschaftspolitik hat zu

vermehrtem Wohlstand aller Bevölkerungskreise

geführt, und wir haben daher keinen Anlaß, sie zu verlassen. Die Freisinnige Volkspartei will ja das argentinische Gefrierfleisch nicht so unbedingt zulassen wie die sozialdemokratische, denn sie wollen beamtete Tierärzte nach Argentinien schicken zur Ueberwachung der Untersuchung. Was würden diese Beamten für eine staatsrechtliche Stellung haben! Auf diesem Wege kann uns nicht geholfen werden. Die Frage der Futtermittelzölle wollen wir wohlwollend behandeln, aber der gegenwärtige Moment ist der allerungeeignetste ihre Beseitigung anzuregen. (Lebhafter Widerspruch bei der Volkspartei.) Ohne ausreichenden Schutz würde unsere Landwirtschaft die Viehzucht einschränken müssen, und wir würden uns von dem Ideal, die Bevölkerung durch die heimische Fleischproduktion zu ernähren, immer weiter entfernen. An einer Abnahme des Konsums der Arbeiterbevölkerung hat auch die Landwirtschaft kein Interesse, ein Landwirtschaftsminister, der Enthaltsamkeit predigt, hat seinen Zweck verfehlt. Wir werden stets für eine Gesetzgebung eintreten, die den inneren Markt stärkt und jedem das Seine gibt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Arnstadt** (k.): **Von einer Fleischnot kann keine Rede sein.** (Hört! hört! und lautes Gelächter links.) Daß zurzeit eine Fleischteuerung vorhanden ist, geben wir ohne weiteres zu. Wir wären auch gern bereit, Mittel zu bewilligen, um den Inlandsmarkt entsprechend zu organisieren, aber die vorgeschlagene Regierungsmaßnahme halten wir für unvereinbar mit dem Zollgesetz von 1902. Ueber die Futtermittelzölle habe ich schon früher ausführlich gesprochen, und da es in diesem Hause nicht üblich ist, sich zu wiederholen (Heiterkeit), will ich das nicht tun. Man hat gesagt, die Suspendierung der Futtermittelzölle hätte den ganzen Notstand verhindert. (Sehr richtig! links.) Aber wie war es bei der Suspendierung des Kartoffelzolls? Sie ist keineswegs den Konsumenten zugute gekommen. (Sehr richtig! rechts.) Der größte Teil der Futtermittel geht auch heute schon zollfrei ein. Sie würden auch durch eine solche Maßnahme nur eine Entwertung der landwirtschaftlichen Produkte herbeiführen. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag der Volkspartei, der auch Zölle auf Jungvieh, Magervieh und Zuchtvieh beseitigen will, ist höchst bauernfeindlich. Die Bauern sind doch in der Hauptsache die Viehzüchter. Der Antrag würde höchstens den Viehhändlern und einigen Großgrundbesitzern nützen. Ich wundere mich, daß der Antrag auch unterschrieben ist von dem Abg. v. Schulze-Gaevernitz, der sich vor der Wahl in einer Broschüre für Viehzölle erklärt hat. (Hört! hört! rechts.) Und auch Herr Riel steht unter dem Antrag, der sich öffentlich gegen eine Einfuhr des Gefrierfleisches ausgesprochen hat. (Hört! hört! rechts.) — Mit dem § 12 steht und fällt für uns das Fleischbeschaugesetz. Das einzige Mittel zur Hilfe ist die Vermehrung der einheimischen Produktion, zu der vor allem die innere Kolonisation nötig ist; diese kann nur durch eine nationale Wirtschaftspolitik gestützt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. **Fischbeck** (Vp.): Der Entwurf ist aus der Kommission genau so dürftig herausgekommen, wie er hineingesandt worden ist. Wie soll man auch an Abhilfe denken, wenn hier von der Tribüne des Reichstages herab tiefgründig untersucht wird, ob eine Fleischnot oder eine Fleischteuerung vorhanden ist. Der Fleischmangel ist ganz unbestreitbar; das zeigt auch die im Auftrage des Deutschen Städtetages von Prof. Silbergleit bearbeitete Statistik, deren Bearbeiter über die von agrarischer Seite erfolgten Angriffe erhaben ist. (Sehr richtig! bei der Vp.) Gibt man auch den Fleischmangel zu, so sagt man doch, ja, wenn wir nicht die Dürre gehabt hätten, so hätte unsere Landwirtschaft ausgereicht, uns mit Fleisch zu versorgen. Eine Wirtschaftspolitik, die stets gutes Wetter voraussetzt, um ihre Aufgaben zu erfüllen, kann überhaupt einpacken (Sehr richtig! bei der Volkspartei). Unsere Wirtschaftspolitik ist auch dem Ziele, unsere gesamte landwirtschaftliche Produktion zu steigern, entgegengesetzt, denn Viehzucht und Körnerbau können nicht gleichzeitig gefördert werden. — Man verweist auf die Zollfreiheit einzelner Futtermittel. Aber es ist eine bekannte Tatsache, daß Preiserhöhungen einzelner Futtermittelarten auch Preiserhöhungen bei den andern Futtermitteln nach sich ziehen. Herr Herold hat wieder einmal den alten Ladenhüter untergeordneter agrarischer Agitatoren im Lande vorgebracht, die Zölle erhöhten gar nicht die Preise. Ich glaube nicht, daß es selbst draußen noch viele Leute gibt, die das glauben. (Sehr gut! links.) Neulich hat ja Dr. Delbrück ausdrücklich zugestanden, daß die Getreidezölle den Zweck hätten, die Getreidepreise zu erhöhen. Einen Schutz der Landwirtschaft wollen wir auch, aber die Bevorzugung des Großgrundbesitzes muß aufhören, man muß endlich auch an den Kleinbesitz denken. (Sehr war! links.) Der vorliegende Gesetzentwurf kuriert nur an einem Symptom herum. Grundsätzlich sind wir mit dem Vorstand des Städtetages der Ansicht, daß den Städten dauernd nicht die Last auferlegt werden kann, für die Fleischversorgung der Bevölkerung zu sorgen. Schließlich kommt es noch dahin, daß vom Rathaus geblasen wird: Morgen allgemeines Knödelessen. (Heiterkeit.) Der gewerbliche Mittelstand würde unter dieser Konkurrenz der Städte schwer leiden. (Sehr richtig!) Solche Maßnahmen sind nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Sie haben ja auch den Mut gefunden, zu beantragen, daß den Städten noch mehr Aufgaben zugewiesen werden, als der Entwurf das vorsieht. Wenn sie auch die Konsumvereine da einbeziehen wollen, die ja eigentlich keine Organisationen der Allgemeinheit sind, so jedenfalls deshalb, weil sie diese Konsumgenossenschaften in der Hand haben. — Unser Antrag auf Suspension der Viehzölle gilt nur für die Zeiten des Notstandes. — Der Einfuhr von Gefrierfleisch können wir nur unter der Bedingung zustimmen, daß das Fleisch im Ausland von deutschen Beamten untersucht wird. Will das Ausland das nicht gestatten, kann es uns eben sein Fleisch nicht schicken. Der Antrag Albrecht betreffend die freie Einfuhr lebenden Rindviehs usw. geht uns zu weit. Ich bitte Sie unseren Anträge zuzustimmen, sie bieten einen praktischen Weg zur Bekämpfung der Teuerung.

Unterstaatssekretär **Richter** wendet sich gegen die Anträge der Freisinnigen; die Aufhebung oder Suspension der Futtermittelzölle ist um so weniger angebracht, als unsere Futtermittelernte im letzten Jahre sehr gut gewesen ist und infolge dessen auch die Preise niedrig sind. Zum Antrag auf Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes bemerke ich, daß das Reichsgesundheitsamt festgestellt hat, daß die Einführung mit den inneren Teilen sehr leicht möglich ist bei Hammeln, und etwas schwieriger möglich, aber doch möglich bei Rindern. Tatsächlich werden auch australische gefrorene Hammel eingeführt, und da die Fleischer es zu verkaufen sich weigerten, hat Wilmersdorf einen städtischen Verkauf eingeführt. Die Aufhebung des § 12 würde eine schwere sanitäre Schädigung der Bevölkerung bedeuten; denn man mußte dieselben Erleichterungen der Fleischbeschau wie dem ausländischen auch dem inländischen Fleisch zugestehen. Dann würde aber durch die unbegrenzte Einfuhr ausländischen gefrorenen Fleisches der Preis des Fleisches so gedrückt werden, daß die Fleischproduktion nicht mehr lohnt. Dann würden wir die heimische Bevölkerung kaum noch zur Hälfte mit eigenem Fleisch versorgen können. Das würde eine schwere Gefahr für den Fall einer Krise, oder eines Krieges bedeuten. (Bravo! rechts.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr. (Außerdem Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Schluß 6½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

121. Sitzung. Donnerstag, den 30. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Kreth als Zeuge in einem Zivilprozeß wird erteilt.

Der Forstetat.

Abg. **Weißermel** (k.) begrüßt das erfreuliche Steigen der Forsterträgnisse.

Abg. **Heine** (natl.) begrüßt, daß die Forstverwaltung möglichst viel Holz an die Eisenbahnverwaltung verkauft.

Abg. **Spinzig** (fk.) trägt Beamtenwünsche vor.

Abg. **Borchardt** (Soz.):

Im Vorjahre hat man uns vorgeworfen, daß wir keinen Fachmann zu diesem Etat hätten sprechen lassen. Geben Sie uns das allgemeine Wahlrecht, dann werden wir auch dafür sorgen, daß ein fachmännisch vorgebildeter sozialdemokratischer Abgeordneter hier ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte, da ich nicht Fachmann bin, um einige Aufklärungen bitten. Die Ueberschüsse der Forstverwaltung beruhen auf den Erträgnissen des Holzbaues, die aber in den verschiedenen Regierungsbezirken sehr verschieden sind. Die östlichen Gegenden, die ganzen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und der östliche Teil von Pommern, bleiben wesentlich unter dem Durchschnitt, außerdem noch der Regierungsbezirk Kassel. Den Durchschnitt überschreiten Schlesien, Brandenburg und der westliche Teil von Pommern. Worauf beruht das?

Wie gut sich die Staatsforsten rentieren, geht daraus hervor, daß man für sie die Bildung eines Ausgleichsfonds als überflüssig bezeichnet hat, weil die Einnahmen gleichmäßig und Schwankungen ausgeschlossen wären. Wie steht es aber mit den Löhnen der Arbeiter? Im ganzen werden 172 000 Arbeiter beschäftigt, Männer, Frauen und Kinder. Nach einer Mitteilung des Ministers im Vorjahre waren 98 000 Männer in den Forsten durchschnittlich nur 59 Tage im Jahre beschäftigt. Es handelt sich also nur um eine Nebenbeschäftigung. Damit darf man aber die niedrigen Löhne, die gezahlt werden, nicht entschuldigen. Wenn ein Privatunternehmer sagen würde: Ihr seid auf diese Nebenbeschäftigung bei mir angewiesen, deshalb zahle ich Euch keine höheren Löhne, so würden wir das eine Ausnutzung der Notlage nennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will hoffen, daß das nicht der Sinn der Worte des Ministers gewesen sein soll. Die Löhne betragen nur in fünf Regierungsbezirken im Westen über 3 Mark, dagegen in drei Regierungsbezirken noch nicht einmal 2 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne sind im allgemeinen im Osten viel niedriger als im Westen. Der Staat zeigt sich eben nicht als Vater seiner Arbeiter, sondern richtet sich nach den ortsüblichen Löhnen ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Arbeiter. Alles in allem: die Waldarbeiter sind trotz der gewaltigen Ueberschüsse der Forstverwaltung unzureichend bezahlt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Vorjahre hat der Zentrumsabg. Busch unsere Ausführungen hierüber angegriffen, aber seine Erwiderungen beweisen nur, daß hier Debatten geführt werden, ohne daß man einen Blick in die Drucksachen tut, ohne daß man zuhört und ohne daß man wirklich eine Ahnung von der Sache hat. Der Landwirtschaftsminister hat darauf hingewiesen, daß die Löhne wesentlich gestiegen seien. Der Tagelohn habe 1901 1,46 M. bis 2,50 M., 1910 1,90 bis 3,32 M. betragen. Die Verwaltung tue schon alles, was sie könne. Abg. Busch sagte, nörgeln ist leicht, besser machen ist schwer, auch das sollte heißen, daß schon alles mögliche geschieht. Ich sollte allerdings meinen, bei einem Ueberschuß von 80 Millionen könnte die Forstverwaltung ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen. Wenn die Verwaltung wirklich alles tut, was sie kann, so kann der Gedanke nur sein: sonst behalten wir keine Ueberschüsse übrig! Wenn Sie das aber zugeben, dann geben Sie auch die Richtigkeit der sozialdemokratischen Lehre zu, die besagt ja gerade, daß beim kapitalistischen Betriebe die Arbeiter nicht befriedigt werden können, daß die Ueberschüsse auf einer ungenügenden Bezahlung der Arbeiter beruhen, daß die ganze kapitalistische Gesellschaft auf der Ausbeutung der Arbeiter beruht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Landwirtschaftsminister hat sich ferner besonders viel darauf zugute getan, daß er sagte, wenn nachher die Mittel in den Etat eingestellt und bewilligt werden sollen, dann lehnen die Sozialdemokraten den ganzen Etat ab. Eine Bewilligung des Etats würde aber die Zustimmung zu einem Zustande bedeuten, in dem die Arbeiter nicht befriedigt werden und in dem das Elend der Arbeiter verewigt werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ob wir den Etat bewilligen oder nicht, Sie sagen ja: wir tun schon alles was wir können, mehr können wir nicht tun, das Elend der Arbeiter muß bleiben. Weshalb sollen wir da den Etat bewilligen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich jetzt einige Einzelfälle vorbringe, so ist das Ihnen ja gewiß nicht angenehm, aber Sie machen es ebenso. Beispielsweise beim Justizetat werden nur Einzelfälle angeführt, Sie konnten sich dort nicht die

Portemonnaieschmerzen Ihrer Wähler

verkneifen. Deshalb haben wir für einen Etat, für den nur 0,2 Tage angesetzt waren, 2,0 Tage verwenden müssen. Nicht die langen Reden der Sozialdemokratie, sondern Ihre eigenen Portemonnaieschmerzen sind es gewesen, die die Verzögerung herbeigeführt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die geheimen Akten über die Beamten müssen unbedingt beseitigt werden, alle Parteien verlangen das. Wenn Sie nur energisch wären, würden Sie es auch erreichen können. Wie rücksichtslos die Verwaltung vorgeht, lehrt ein Fall im Regierungsbezirk Danzig, wo ein schon 17 Jahre tätiger Forstaufseher in bitterster Kälte im Winter mit seinem kranken Kind seine Wohnung verlassen mußte und nur bei einem mitleidigen Polen Aufnahme fand. Das Landwirtschaftsministerium sah darin allerdings keine Härte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Terrorismus die Verwaltung vorgeht, lehrt der Fall des Arbeiters Scheele in Lauenburg. Er wurde aus dem Forstdienst entlassen, weil er Mitglied unseres Verbandes ist. Er fand darauf Arbeit auf einem Bau als Maurer und wurde dann von dem Maurermeister auf einem von ihm gepachteten fiskalischen Steinbruch beschäftigt. Da kam vor einigen Tagen ein Förster zum Maurermeister und **verlangte die Entlassung Scheeles**, sonst würde es üble Folgen für ihn haben. Hierüber beschwerte man sich bei dem Forstrat Müller in Hildesheim. Der erklärte aber, man habe dem Maurermeister die Entlassung Scheeles nicht abverlangt, sondern nur angeraten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!) Für eine Entlassungsforderung läge für die Verwaltung nach den Pachtbedingungen keine Handhabe vor. Wenn der Geheimrat Müller zum Terrorismus greift, soll er doch wenigstens so viel Courage haben, dieses offen zu bekennen. Aber auf solch heuchlerische und feige Art sich zu verteidigen, ist eines preußischen Beamten doch nicht würdig. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Lüders** (fk.) wünscht bessere Wege in den Forsten.

Abg. **Türcke** (k.): Beim Holzverkauf sollten die Großhändler nicht so bevorzugt werden.

Abg. Dr. **Ehlers** (Vp.) lobt die Kulanz des Forstfiskus gegen seine Abnehmer. Unter allen Fisci, mit denen uns der Herr begnadigt hat, ist der Forstfiskus der beste. Aber abschaffen sollte er das Abgebotsverfahren bei der auch durch die Poesie verklärten Holzauktion.

Abg. **Krause-Waldenburg** (fk.) trägt Beamtenwünsche vor.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. **Schorlemer** spricht zunächst über Beamtenfragen. Die Kreditgewährung beim Holzverkauf soll auch schon bei kleineren Beträgen in Zukunft gewährt werden. Bei einem Vergleich der Löhne der Forstarbeiter mit denen der Eisenbahner, wie es Abg. Borchardt getan hat, muß berücksichtigt werden, daß es sich bei der Forstverwaltung hauptsächlich um Gelegenheitsarbeiter handelt. Im Durchschnitt arbeiten die Forstarbeiter nur 59 Tage im Jahre. Der Durchschnittslohn beträgt, auch Frauen und Kinder eingerechnet, 2,83 M. 79 Proz. der Arbeiter beziehen Akkordlöhne, so daß also der Mehr- oder Minderverdienst in der Hand der Arbeiter selbst liegt. Es ist nicht richtig, daß die Eisenbahnarbeiter besser gestellt sind. Eine Organisation der Forstarbeiter halte ich für überflüssig, so weit eine solche von sozialdemokratischer Seite ausgeht, schädlich. (Bravo! rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Leider sind die Leute gezwungen, im Sommer in Beschäftigungen überzutreten, wo sie dem sozialdemokratischen Terror ausgesetzt sind. Mir hat ein Arbeiter fast unter Tränen gesagt, daß er im Sommer einer sozialdemokratischen Organisation habe beitreten müssen. (Abg. Hoffmann ruft: Den hätten Sie photographieren lassen sollen. — Heiterkeit b. d. Soz.) Der Abg. Borchardt hat auch zwei Einzelfälle angeführt. Im ersten Fall ist dem Entlassenen der Termin zur Räumung der Wohnung zweimal verlängert worden, und es ist ihm sechs Monate vorher gekündigt worden. Er hat dann auch eine Wohnung in einem benachbarten Dorfe gefunden; es ist ihm nicht Unrecht geschehen, im Gegenteil, er ist durchaus rücksichtsvoll behandelt worden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dem Forstrat Müller in Hildesheim hat der Abg. Borchardt nachgesagt, daß er einen Arbeiter gehässig verfolgt und verhindert habe, daß er Arbeit in einem benachbarten Steinbruch erhalten habe. Herr Borchardt hat den Beamten Heuchelei und Feigheit vorgeworfen. Ich kenne den Fall nicht, kann Ihnen aber versichern, daß Heuchelei und Feigheit nicht die Eigenschaften unserer Forstbeamten sind. Allerdings werden sie alles tun, um die Staatsautorität aufrecht zu erhalten und die Forstarbeiter von sozialdemokratischen Einflüssen fernzuhalten. (Beifall rechts.)

Die allgemeine Besprechung wird geschlossen.

Abg. **Borchardt** (Soz.) stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß Abg. Busch in der Tat bei der vorjährigen Etatsberatung das Einkommen der Forstarbeiter als ausreichend bezeichnet habe.

Der Verkauf des Grunewaldes an die Stadt Berlin.

Abg. v. **Brandenstein** (k.) tritt dafür ein, daß die in der Nähe der Großstädte gelegenen Wälder zum größten Teil an die Städte verkauft werden, da sie einen geringen Ertrag bringen, hohe Opfer erfordern und auch für die Gesundheit der Stadtbevölkerung nötig seien. Die Verhandlungen mit dem Zweckverband müssen aber möglichst beschleunigt werden, denn sonst könnte die Forstverwaltung den Grunewald an Private verkaufen. (Beifall rechts.)

Abg. **Ziethen**-Lichtenberg (fk.): Dem Zweckverband soll nichts geschenkt werden; aber bei der Preisfestsetzung muß der Staat berücksichtigen, daß auch er ein Interesse an der Gesunderhaltung der Bevölkerung hat.

Abg. **Cassel** (Vp.) äußert sich im gleichen Sinne. Baustellenpreise werden wir aber nicht bezahlen. Von 2 M. pro Quadratmeter ist keine Rede. Der Minister wird scharf gemacht, um einen möglichst hohen Preis zu verlangen. Scheitert die Sache daran, so werden wir die Verantwortung zu tragen wissen. (Beifall links.)

Abg. **Hirsch**-Berlin (Soz.):

Auch wir wünschen eine Verständigung; aber wenn der in Aussicht stehende Preis nicht wesentlich ermäßigt wird, kann aus dem Geschäft nichts werden. Darüber sind alle Mitglieder des Zweckverbandes in voller Uebereinstimmung. An sich wäre es nicht unbillig, wenn der Wald gratis an Groß-Berlin gegeben würde; denn den Vorteil von der Gesunderhaltung der Bevölkerung hat nicht nur Groß-Berlin, sondern der ganze Staat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Berlin will aber gar kein Geschenk; es ist bereit, einen angemessenen Preis zu zahlen; verwahrt sich aber dagegen, ausgebeutet zu werden. Berlin will gar keine Sondervorteile für sich herausholen. Der Fiskus fordert für 11 200 Hektar 178 Millionen Mark, das sind für den Quadratmeter 1,59 Mark. Der Fiskus meint, das sei sehr billig; in Wirklichkeit sind das Baulandpreise. Und dabei will der Fiskus, statt den ganzen Wald der Stadt zu übereignen, gewisse Teile noch behalten, um mit ihnen Grundstücksspekulation zu treiben. Nach dem sonst vom Fiskus angewandten Maßstab für den Wert seiner Wälder, würde ein Nutzungswert von 570 000 M. herauskommen, das sind kapitalisiert 12 Millionen Mark.

Berücksichtigen wir, daß der Boden in der Provinz Brandenburg besser ist als im Staatsganzen, so würde, selbst wenn er hier viermal so gut ist als sonst, auch nur ein Preis von 48 bis 50 Millionen Mark gerechtfertigt erscheinen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staat treibt also Grundstücksspekulation in demselben Augenblick, wo die Regierung in der Begründung des Wohnungsgesetzentwurfes sehr scharfe und treffende Worte gegen die Grundstücksspekulation findet. Eine Berechnung des Kommerzienrats Haberland ergibt, daß die Forderung des Staates in der Tat

enorme Baulandpreise

bedeutet.

Meine bei der Beratung des Zweckverbandsgesetzes geäußerte Ansicht, daß der Staat sich in dem Zweckverband nur einen zahlungsfähigen Käufer für seine Wälder verschaffen wolle, bestätigt sich jetzt. Das Argument, daß Berlin ja nur 100 Proz. Gemeindesteuern erhebe, und den Preis also sehr wohl bezahlen könne, trifft nicht zu, denn man darf natürlich für den Wald nicht mehr verlangen, als er wirklich wert ist. Außerdem ist zu bedenken, daß die zum Zweckverband gehörenden Vorortgemeinden finanziell zum größten Teil sehr schlecht gestellt sind und nur deshalb nicht die hohen Gemeindesteuern mancher Stadt im Osten der Monarchie einheben, weil sie durch die Gefahr der Abwanderung ihrer Einwohner nach den besser gestellten westlichen Berliner Vororten daran gehindert werden. In merkwürdigem Widerspruch zu dem Verfahren des Staates gegenüber dem Zweckverband steht sein Entgegenkommen gegen eine Privatgesellschaft, die Charlottenburger Wasserwerke, die in den letzten fünf Jahren Dividenden von 12 bis 22,8 Proz. gezahlt hat. Der ist ein weites Waldgebiet zu viel billigerem Preis als er jetzt gefordert wird, verpachtet worden, obgleich diese Gesellschaft doch dem Grunewald das Wasser entzieht. Von Groß-Berlin aber fordert man unerschwingliche Preise. Man läßt sich eben auch wieder, wie so oft, von der Feindschaft gegen den Wasserkopf Groß-Berlin leiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man beruft sich darauf, was der Staat für Berlin tue. Nun, in Groß-Berlin wohnen ungefähr ebensoviel Einwohner wie in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern zusammen. Der Staatszuschuß für diese Provinzen ist aber weit höher, als was Berlin vom Staat bekommt. Um so mehr muß der Staat für den Waldverkauf ein annehmbares Gebot machen, als es sich um Interessen des ganzen Staates handelt. Man klagt so oft über den Rückgang der Militärtauglichkeit in den Großstädten, aber man erschwert zugleich den Gemeinden, ihrer Bevölkerung die Gelegenheit zur Erholung in frischer Luft zu sichern. So trägt der Staat selbst dazu bei, die Militärtauglichkeit herabzusetzen.

Der Zweckverband wird sich trotz gewisser Pressenotizen von keinen anderen Rücksichten leiten lassen, als von sachlichen. Der Fiskus hat das allergrößte Interesse an dem Verkauf des Grunewaldes an den Zweckverband, den der Staat ja eigens zu diesem Zweck geschaffen hat. Die Drohung des Herrn v. Brandenstein, daß der Staat eventuell den Wald parzellieren würde, wird auf die Gemeinden Groß-Berlins keine Wirkung ausüben, denn die Gemeinden und ihre Vertreter können es mit ihrer Pflicht nicht vereinbaren, einen Preis zu zahlen, der das Drei- bis Vierfache des Wertes bedeutet. Wenn Sie sich von diesen Gründen leiten lassen, dann, hoffe ich, wird es trotz aller Schwierigkeiten zu einer Verständigung kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Rosenow** (Vp.) spricht in demselben Sinne und wendet sich insbesondere gegen das unwürdige Versteckenspiel der Regierung, die mit dem Preise nicht herausrücken wolle.

Oberlandforstmeister **Wesener** beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die schwebenden Verhandlungen mit dem Zweckverband einen allseits befriedigenden Abschluß erwarten lassen. Näheres kann eben wegen des Schwebens der Verhandlungen nicht mitgeteilt werden.

Die weitere Beratung wird auf heute ½8 Uhr abends vertagt.

Die noch auf der Tagesordnung stehenden Beamtenpetitionen werden auf Antrag des Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.) nochmals an die Kommission zurückverwiesen, da durch neuere Beschlüsse des Reichstages über Beamtenbesoldungen eine neue Situation eingetreten ist.

Schluß 4½ Uhr.

Parlamentarisches.

Das Petroleummonopol vorläufig gefallen.

Die Sitzung der Reichstagskommission brachte am Donnerstag für die erste Lesung zwar eine Entscheidung, aber keine Klärung der Angelegenheit. Zunächst ging die Generaldiskussion über die Versorgungsform, ob Reichsregiemonopol, ob Vertriebsgesellschaft oder gemischte Gesellschaft, noch eine geraume Zeit weiter. Ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei trat für die gemischte Betriebsform ein.

Vom Zentrum wurden an die Regierung Anfragen gestellt wegen der im „Petersburger Herold" veröffentlichten Statistik über die russische Produktion und wegen der Fassung der vis major-Klausel in einigen von der Regierung abgeschlossenen Vorverträgen. Diese Klausel soll so abgefaßt sein, daß als höhere Gewalt schon gilt, wenn die Produktion der Gesellschaft an Rohöl wesentlich zurückgegangen ist. Bemerkenswert aus der Debatte sind noch folgende Punkte: Ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei sprach sich gegen das Monopol überhaupt aus, weil er fürchtet, daß es höhere Preise für die Konsumenten bringe. Der Sprecher der Konservativen hat jetzt wesentlich mehr Sympathien als in der vorigen Woche für einen Antrag des Zentrums auf Erlaß eines kleinen Kartellgesetzes und weniger Zuversicht in der Versorgungsfrage. Und der Staatssekretär Kühn bemerkte, daß auch bei anderer als der von der Regierung vorgeschlagenen Organisation des Monopols ein Gewinn für das Reich sich ergeben könne, daß aber der Gewinn für das Reich nur sekundäre Bedeutung habe und die Sicherheit der Versorgung der Konsumenten mit preiswertem Petroleum die Hauptaufgabe bleibe.

Ausführlich wurde auch der Gedanke erörtert, eine Subkommission einzusetzen, die die nötigen Vorarbeiten für die zweite Lesung erledigen sollte. Man einigte sich schließlich dahin, erst zur Abstimmung über den § 1 zu schreiten und dann erst über die Frage der Subkommission zu entscheiden. Die Abstimmung gestaltete sich nun folgendermaßen: Es wurde zunächst abgestimmt über einen Zusatzantrag der Konservativen zu § 1 Abs. 1, in dem das Prinzip des Reichsmonopols enthalten ist. Die Konservativen beantragten einen Zusatz dahin, daß dem Reichsmonopol nur dann zuzustimmen sei, wenn an diesem Reichsmonopol auch die Organisationen der Detaillisten beteiligt werden. Obwohl kurz vorher der Abg. Erzberger sich in energischer Weise gegen den Antrag der Freisinnigen, die Detaillisten am Monopol zu beteiligen, gewandt hatte, mit der Begründung, daß man unmöglich auch die Kleinhändler mit dem Risiko des Monopols belasten dürfe, stimmte nun auch das Zentrum geschlossen für den Antrag der Konservativen, der die Kleinhändler am Monopol beteiligen will. Offenbar geschah diese Schwenkung in der Absicht, den ganzen § 1 und damit den ganzen Monopolgedanken zu Fall zu bringen, da ja unsere Fraktion den konservativen Antrag als unannehmbar bezeichnet hatte. Der Zusatzantrag der Konservativen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen; diese hatten vorher erklärt, daß sie für ein reines Reichsregiemonopol seien, in dessen Rahmen natürlich kein Platz für eine finanzielle Beteiligung der Detaillisten wäre. Diese könnten zwar beim Reichsregiemonopol an der Verwaltung beteiligt werden, nicht aber am finanziellen Risiko. Nun wurde abgestimmt über den Abs. 1 des § 1 der Regierungsvorlage mit dem vorher angenommenen konservativen Zusatz. Für die so geänderte Regierungsvorlage stimmten nur die Konservativen und die beiden liberalen Parteien. Die Mehrheit, gebildet vom Zentrum und den Sozialdemokraten, lehnte sie ab. Damit war in der ersten Lesung die entscheidende Bestimmung, Einführung eines Reichsmonopols, abgelehnt.

Nun entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob überhaupt noch eine zweite Lesung in der Kommission stattfinden könne, nachdem der entscheidende § 1 der Regierungsvorlage gefallen ist. Die Kommission beschloß sodann gegen die Stimmen des Zentrums eine zweite Lesung des Entwurfs, und zwar, weil über den Titel und die Ueberschrift des Entwurfs noch nicht abgestimmt war. Es wird demnach in der nächsten Woche die zweite Lesung des Entwurfs mit erneuter Debatte und Abstimmung über § 1 der Regierungsvorlage beginnen.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Das Mandat des Abg. Kölsch (natl.) für den Wahlkreis Offenburg wurde am Donnerstag für ungültig erklärt, nachdem sieben Stimmen kassiert worden waren, die dem Gewählten abgezogen werden mußten. Damit fehlten dann dem Abg. Kölsch drei Stimmen an der Mehrheit.

Im Wahlkreis Kassel unterlag bei den letzten Wahlen der Antisemit Lattmann, der nicht einmal mehr in die Stichwahl kam. In dieser siegte Genosse Hüttmann mit 22 980 Stimmen gegen 22 188 Stimmen, die auf den nationalliberalen Stichwahlkandidaten entfielen. Die Antisemiten legten Protest gegen die Hauptwahl ein und zwar bemängelten sie, daß der Innungsausschuß in Kassel zur Stimmabgabe für den nationalliberalen Kandidaten aufgefordert habe. Sie verlangten, daß 2700 Handwerkerstimmen dem nationalliberalen Kandidaten abgezogen und dem Lattmann zugezählt werden sollten. Auf diese antisemitische Unverfrorenheit ging die Kommission natürlich nicht ein. Das Eingreifen des Innungsausschusses wurde mißbilligt, die Innungsbrüder sind überdies bereits vom Regierungspräsidenten zurechtgewiesen worden. Noch toller war der andere Protestgrund, der dahin ging, daß nach Beginn des Wahlaktes auf den Straßen noch immer Flugblätter verteilt worden sind, was gesetzlich verboten sei! Diese Protestbehauptung erweckte in der Kommission stürmische Heiterkeit. Die Wahl Hüttmanns wurde dann einstimmig für gültig erklärt.

Aus den Kommissionen des Dreiklassenhauses.

In der Budgetkommission wurde beim Medizinaletat die Frage des Geburtenrückganges besprochen, wobei der Minister auf Anregung des Berichterstatters die Aeußerung des Geheimrat Elster tadelte, daß der Geburtenrückgang immer mit einer gewissen Höhe der Kultur zusammenfalle. Ob die Regierung gegen den Geburtenrückgang etwas tun wolle, konnte der Minister noch nicht sagen, weil die Berichte der Regierungspräsidenten noch nicht eingetroffen sind. Die Kommission beschloß übrigens, im nächstjährigen Etat höhere Mittel zur besseren Vorbildung der Hebammen aufzuwenden, um auf diese Weise die Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen. — Eine lange Debatte wurde über das Verhältnis der Aerzte zu den Krankenkassen geführt, wobei sich das fortschrittliche Kommissionsmitglied zum Sprecher des Leipziger Aerzteverbandes machte. Der Standpunkt der Krankenkassen wurde nicht vertreten, weil ja bekanntlich diese wichtige Kommission keinen Vertreter der größten Partei Preußens in ihrer Mitte hat. Interessant ist, daß ein Konservativer in der Tätigkeit der Aerzteorganisation eine Bedrückung von Arbeitswilligen erblickte, während der Fortschrittler ausrief, daß es zum Glück nur sehr wenig deutsche Aerzte gebe, die nicht standestreu seien. — Der Staatsbeitrag zur Bekämpfung der Krebskrankheit wurde von 3000 auf 10 000 M. erhöht. Es schweben Erhebungen darüber, ob eine biologische Anstalt zur Erforschung der Ursachen der Geisteskrankheiten gegründet werden soll, da man auf diese Weise vielleicht auch viel für die Heilung von Geisteskrankheiten tun könnte.

Die Handels- und Gewerbekommission beschäftigte sich u. a. mit Petitionen, die die Achtstundenschicht für den oberschlesischen Bergbau, die Einsetzung einer Untersuchungskommission für die dortigen gesundheitlichen Zustände und die Einberufung des Gesundheitsbeirates verlangten. Die Kommission beschloß über die ersten beiden Punkte Uebergang zur Tagesordnung und über den dritten Punkt Ueberweisung zur Erwägung. Der Staatsregierung wurde dagegen das Ersuchen der Bäckermeister zur Berücksichtigung überwiesen, die verlangen, daß die in der Bäckereiverordnung über die räumliche Beschaffenheit von Bäckereibetrieben festgelegten Erleichterungen nicht nur für befristete Zeit, sondern für die ganze Standdauer des betreffenden Hauses gewährt werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Preußische Jahrbücher." Heft 11. Bd. 151. Herausgegeben von H. Delbrück. Erscheint jeden Monat. Vierteljährlich 6 M. G. Stille, Berlin NW. 7.

Gegr. Stiller 1867

Inventur-Verkauf
der alten Stiller-Firma

Man achte genau auf die Geschäfte der alten Stiller-Firma!

Da der Andrang in den Nachmittagsstunden sehr groß ist, bitten wir, zum Einkauf möglichst die Vormittagsstunden zu benutzen.

MAGGI's Bouillon-Würfel

zeichnen sich durch feinen, natürlichen Fleischbrühgeschmack aus. Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Bouillon. 1 Würfel für eine große Tasse. 5 Würfel 20 Pfg.

Bei der jetzt herrschenden Kälte besonders wertvoll!

A. Wertheim

G. m. b. H.

Leipziger Str. 126–30 / 132–37 **König-Str.** am Bahnhof Alexander-Platz **Rosenthaler Strasse** **Oranien-Strasse**

Versand-Abteilung: Leipziger Str. 132/37

Soweit vorhanden. Inseriertes Obst, Gemüse, Gänsefleisch, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Kolonialwaren

Gem. Backobst Pfd. 28, 40, 50 Pf.
Kalif. Pflaumen Pfd. 22, 28, 34 Pf.
Kalif. Pflaumen extra Pfd. 45, 50, 62 Pf.
Entsteinte Pflaumen Pfd. 50, 58 Pf.
Kalif. Birnen Pfd. 40, 50, 60 Pf.
Kalif. Aprikosen Pfd. 45, 65, 80 Pf.
Kalif. Pfirsiche Pfd. 38, 42, 52 Pf.
Kirschen sauer, Pfund 60, süß 45 Pf.
Amerik. Ringäpfel Pfd. 28, 42 Pf.
Italienische Prünellen Pfd. 80 Pf.
Feigen . . . . . Pfund 23 Pf.

Budapester Mehl . . Pfund 28 Pf.
Olympia-Auszug-Mehl Pfund 23 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl Pfund 20 Pf.
Weizenmehl 000 . . Pfund 17 Pf.
Weizenmehl . . . . . Pfund 16 Pf.
Kartoffelmehl . . Pfund 16, 18 Pf.
Weizenpuder . . . . Pfund 28 Pf.
Maismehl . . . . . Pfund 23 Pf.

Fleischwaren

Rotwurst . . . . . Pfd. 55, 85 Pf.
Jagdwurst . . . . . Pfd. 1.10
Landleberwurst . . . . . Pfd. 1.00
Feine Leberwurst . . . Pfund 1.15
Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
Bauernmettwurst . . . Pfund 1.25
Teewurst . . . . . Pfund 1.30
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.35
Schinkenwurst . . . . . Pfund 1.40
Rollschinken ca. 5–6 Pfund schwer . . Pfund 1.50
Schinkenspeck in Stücken von 1½–4 Pfd. Pfd. 1.25
Fetter Speck extra dick, Pfund 1.05
Landschinken 8–11 Pfd. schwer im Ganzen Pfd. 1.35

Freitag und Sonnabend
Kranzkuchen
nach Gothaer Art m. Crêmefüllung
Stück 45, 90 Pf., 1.35

Moselwein

Obermoseler . . . ½ Flasche 65 Pf.
1911 Wellensteiner . ½ Fl. 82 Pf.
1911 Bullayer . . ½ Flasche 1.10
1911 Enkircher . ½ Flasche 1.30
1911 Trabener Königsberg 1.60
1906 Trabach. Schlossberg 1.85

Rheinwein

Rhein-Hessen-Gau-Pfalz.
1911 Maikammerer ½ Fl. 68 Pf.
1911 Weinheimer ½ Flasche 85 Pf.
1908 Bodenheimer . . ½ Fl. 1.00
1911 Gutenberger Lay ¾ Fl. 1.30
1909 Rüdesheimer . ½ Fl. 1.40
1905 Johannisberger ¾ Fl. 1.70

Bordeauxwein

1909 Les-Bessannes ½ Fl. 85 Pf.
1907 Castillonnais ½ Fl. . 92 Pf.
1909 Cru du Marin ½ Fl. . 1.00
1907 Chât. Terrefort. ½ Fl. 1.20
1907 Chât. Charron . . ½ Fl. 1.40
1907 Chât. Pontet Canet ¾ Fl. 1.85

Kognak

Kognak-Verschnitt . . ½ Fl. 1.25
Fein. Kognak-Verschnitt ¾ Fl. 1.80
Deutscher Kognak Weindestillat ½ Fl. 2.30
Feiner deutscher Kognak Weindestillat ½ Fl. 2.75
Deutscher Kognak C. J. Comte & Co. ½ Fl. 3.00
In Deutschland fertiggestellt
J. G. Monnet & Co. Gold-Etikett ½ Flasche 3.40

Punsch-Extrakt

Feiner Kaiser-Punsch . . . ½ Fl. 2.10
Feiner Burgunder-Punsch
Feiner Arrak-Punsch . . . ½ Fl. 1.10
Feiner Rum-Punsch . . . .
Glühwein-Extrakt . . . . . ½ Fl. 1.60
Arrak-Punsch . . . . . ½ Fl. 85 Pf.
Rum-Punsch . . . . . .

Ständiger Verkauf:

	½ Fl.	¼ Fl.
Kaiser-Punsch	2.10	4.00
Fr. Niehaus Nachfg. Burgunder-Punsch	2.00	3.75
Fr. Niehaus Nachfg. Burgunder-Punsch	2.10	4.00
J. Sellner Burgunder-Punsch	2.40	4.25
Erven Lucas Bols Ananas-Punsch mit Ananasscheiben . .	2.00	3.75
Arrak-Punsch J. Bansi	1.85	3.50
Rum-Punsch J. Bansi	1.85	3.50

Rum und Arrak

Jamaica-Rum Verschnitt ½ Fl. 1.20, 1.80
Jamaica-Rum Verschnitt extra ½ Fl. 2.50
Feiner Jamaica-Rum ½ Fl. 3.20
Very finest old Jamaica-Rum 5.50
Batavia-Arrak Verschnitt ½ Fl. 1.90
Batavia-Arrak Verschnitt extra ½ Fl. 2.50

Frisches Fleisch

Kalbskeule im Ganzen . . . Pfund 1.05
Kalbsrücken im Ganzen . Pfund 1.00
Kalbsbrust Pfd. 80, Spitze 95 Pf.
Kalbskamm u. Bug Pfund 80 Pf.
Schweinekotelettes Pfund 1.10
Schweinefilet . . . . . Pfund 1.25
Kamm und Schuft . . Pfund 1.00
Rückenfett . . . . . Pfund 70 Pf.
Kass. Rippespeer Pfd. 95 bis 1.10

Roastbeef Pfund 1.00, ohne Knochen 1.40
Ochsen-Schmorfleisch Pfd. 1.00
„ Brust u. Fehlrippe Pfund 80 Pf.
„ Kamm u. Querrippe Pfd. 70 Pf.
Talg . . . . . Pfund 50, ausgelassen 60 Pf.
Hammelkeule im Ganzen. Pfd. 95 Pf.
Dicke Rippe 85, Dünnung 70 Pf.
Pökelrinderzunge Pfd. 1.20, Brust 1.00
Rauchfleisch Hamb. Art z. Kochen 1.20, i. ganz. Stücken 1.15

Fische, Wild, Geflügel

Seemuscheln . . . 100 Stück 30 Pf.
Schellfische Pfund 18, 25, 35 Pf.
Kabeljau o. Kopf, in ganz. Fisch Pfd. 18 Pf.
Seelachs o. Kopf i. ganz. Fisch. Pfd. 17 Pf.
Goldbarse . . . . . Pfund 22 Pf.
Rotzungen . . . . . Pfund 30 Pf.
Lachs in ganzen Fischen . . . Pfund 65 Pf.
Zander . . . . . Pfund 85 Pf.
Lebende grosse Schleie . . Pfund 1.15
Lebende Plötzen Pfund 48 Pf.
Leb. Karpfen 90 Pf.

Schneehühner Stück 88 Pf. 1.10
Birkhähne 1.95, Birkhennen 1.80
Fasanenhähne . . . . Stück 3.65
Fasanenhennen St. 1.60, 2.50
Gänse gefroren . . . . . Pfund 60, 70 Pf.
Tilsiter Puten (Hähne) Pfund 85 Pf.
Ungarische Puten
Hähne Pfund 90 Pf., Hennen Pfund 1.00
Suppen- u. Brathühner 1.60 bis 2.75
Enten . . . . . Stück 2.25 bis 3.50
Perlhühner . . . . . Stück 2.50

	Keule	Rücken	Blatt	Ragout
Hirsch u. Wildschwein	1.10	1.00	0.70	0.35

Hasen zerstreift 3.25 bis 3.75

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands.

Geschäftsstelle Groß-Berlin, Engelufer 15.

Maschinisten, Heizer u. Berufskollegen in städtischen Betrieben.

Sonntag, den 2. Februar 1913, vormittags 10 Uhr:

Zwei große Betriebsversammlungen.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Wer vertritt die Interessen unserer Berufsangehörigen in den Gemeindeparlamenten? 2. Betriebsangelegenheiten. 152/3*

Referenten sind die Kollegen **Rudolf Schlichting** und **Max Galle.**

Die Versammlung der Bezirke **Köpenick, Ober-Schöneweide, Grünau, Friedrichshagen** und **Adlershof** findet in **Köpenick, Schönerlinder Straße 5,** im Lokal von **Stippekohl** statt.

Für alle anderen Bezirke findet die Versammlung in **Berlin, „Arminhallen", Kommandantenstraße 59** statt.

Die Ortsverwaltung.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. Zentrale: **Lichtenberg,** Rittergutstr. 19/26.

Heute: **Seefische**

Infolge Zugverspätung war es nicht möglich, die Seefische am Donnerstag heranzubringen. Wir sind infolgedessen gezwungen, die Seefische heute zum Verkauf zu bringen.

Schellfisch . . . per Pfd. **30** Pf. **Schollen** . . . . . per Pfd. **26** Pf.
Seelachs (ohne Kopf) . . **22** „ **Kabliau** (ohne Kopf) . . . **22** „

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Einsetzer.

Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15 (Saal 3):

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **„Die Unfallversicherung nach der neuen Reichsversicherungsordnung."** Referent: Arbeitersekretär Genosse **Link.** 2. Bericht über die Vertragsverhandlungen. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten.

Sämtliche als Delegierte vorgeschlagene Kollegen müssen anwesend sein.

78/9 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I. 134/1

Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, in Schmidts Festsälen, Prinzenallee 33:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Genossen **Hans Weber.** 2. Lohnbewegungen. 3. Verbandsangelegenheiten. 134/2

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

35 **Verkauf nur im Fabrikgebäude!** 35

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. **Verkauf nur im Fabrikgebäude** — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gegen die Polenpolitik!

In unserem Verlage ist erschienen:

Die preußische Polenpolitik.

Von **Hermann Wendel.**

Preis 1,20 M. Ungekürzte Vereinsausgabe 60 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die kommunale Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin.

In den preußischen gesetzgebenden und Verwaltungs-Körperschaften, wo die Liberalen in der Minderheit sind, beteuern sie mit sehr viel Zungenfertigkeit ihre Arbeiterfreundlichkeit. Dort, wo ihnen die Möglichkeit gegeben ist, diese in die Tat umzusetzen, versagen sie hoffnungslos. Der beste Beweis für das mangelnde Wohlwollen der Liberalen den Arbeitern gegenüber ist die Frage der endlichen Einführung der Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage in Groß-Berlin.

Vor etwa zwei Jahren brachten unsere Stadtverordneten und Gemeindevertreter in fast allen Gemeinden, einschließlich Berlins, einen Antrag in Form eines **„Statuts der Arbeitslosen-Unterstützungsordnung der Gemeinde“** ein. Damit war für alle Gemeinden Groß-Berlins eine einheitliche Grundlage zum Handeln gegeben. Zu Taten reichte die bürgerliche „Arbeiterfreundlichkeit“ nicht aus. Abgesehen von den prinzipiellen Gegnern dieser Versicherungsart — und wie wenig Liberale gehören nicht dazu —, wurden hauptsächlich von allen bürgerlichen Gemeindevertretern finanzielle Bedenken gegen die Durchführung vorgebracht.

Es entsteht die Frage: Sind diese finanziellen Bedenken berechtigt? Die Kommission zur Prüfung und Vorbereitung der kommunalen Arbeitslosenversicherung in **Neukölln** hatte im Januar 1912 den Beschluß gefaßt: Einen Organisationsplan auszuarbeiten **und bei dem Zweckverband zu beantragen, seine Kompetenzen behufs Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung in seinem Geltungsbereich zu erweitern.** Der Organisationsplan sowie der Verteilungsplan über die Kosten soll von der Kommission aufgestellt und dem Zweckverband zur Beratung überwiesen werden. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war folgende Erwägung: Würde für einen einzelnen Ort eine Ansässigkeitsfrist als Bedingung vorgeschrieben werden, kämen bei der ständigen Umsiedelung der Groß-Berliner Arbeiter von einer Gemeinde in die andere viele um den Genuß dieser Einrichtung. Ebenso wenn bestimmt werden sollte, daß nur jene Arbeiter **bezugsberechtigt** wären, die am Orte wohnen und **arbeiten.** Dieser Beschluß ist gefaßt worden im Anschluß an den § 3 des von unseren Genossen vorgeschlagenen Statuts, in dem es heißt: „Bedingung für den Bezug . . . ist, daß der Arbeitslose mindestens sechs Monate in der Gemeinde wohnt. . . . Auf diese sechsmonatige Frist ist diejenige Zeit anzurechnen, die unmittelbar vorher in einer Gemeinde Groß-Berlins ohne Unterbrechung zugebracht worden ist, falls diese Gemeinde in gleichartiger Weise eine solche Arbeitslosenunterstützung gewährt und auch in gleicher Weise die Wohnzeit in anderen Gemeinden anrechnet.“

Der Leiter des statistischen Amtes der Stadt Neukölln, Dr. Büchner, hat dem Auftrage der Kommission entsprechend diese statistischen Unterlagen zur Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin als Material unterbreitet. Die Untersuchungen erstreckten sich über Umfang und Zahl der zu Versichernden und über die Höhe der anteiligen Kosten der einzelnen Gemeinden.

Diese statistischen Nachweisungen beanspruchen nur als **Schätzungen** angesehen zu werden, sie haben jedoch weit über den Rahmen Neuköllns hinaus allgemeine Bedeutung.

Schon die Feststellungen über die Zahl der invalidenversicherungspflichtigen Arbeiter beiderlei Geschlechts in Groß-Berlin kann nur eine Schätzung sein. Für die Aufstellung sind statt der Berufszählung die Mitgliederzahlen der einzelnen Krankenkassen zugrunde gelegt. Für die einzelnen Gemeinden Groß-Berlins verbietet sich die Benutzung der Krankenkassenzahlen deshalb, weil diese Zahlen nur die am Orte selbst **Beschäftigten** angeben. Für Groß-Berlin findet dagegen unter den einzelnen Gemeinden ein Ausgleich statt, so daß in der **gesamten** Mitgliederzahl auch die Gesamtheit der in Groß-Berlin wohnenden Krankenkassenpflichtigen enthalten ist. Hiernach sind in der Mitte des Jahres 1911 1 066 000 (655 000 männliche und 411 000 weibliche) Krankenkassenmitglieder ermittelt worden.

Für den **Kostenanschlag** einer Groß-Berliner Arbeitslosenversicherung ist das Jahr 1911 zugrunde gelegt. Der Beschäftigungsgrad war in dem Jahre nach den Nachweisungen nicht ungünstig. Arbeitslos waren 4,4 Proz. (im Vorjahre 4,2 Proz.) der Gewerkschaftler, von denen etwa 44,7 Arbeitslosenunterstützung erhalten haben.

Die Kosten einer Gesamtarbeitslosenunterstützung für Groß-Berlin sind wie folgt berechnet:

Zuschuß zur Selbstversicherung der organisierten Arbeiter.

Es sind im Jahre 1911 verausgabt worden:

	M.
a) Von den **freien Gewerkschaften** Groß-Berlins bei 296 795 Mitgliedern und 265 283 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	1 963 955
b) Von den **christlichen Gewerkschaften** Groß-Berlins bei 5162 Mitgliedern und 1818 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	12 620
c) Von den **Deutschen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereinen** bei 7366 Mitgliedern und 7288 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	32 142
d) Vom **Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband** bei zirka 2300 Mitgliedern und 2000 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	18 696
e) Vom **Katholischen Arbeiterverein** bei 5231 Mitgliedern und 1968 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	5 342
f) Vom **Verein der Deutschen Kaufleute** bei 7110 Mitgliedern und 6500 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	15 244
g) Vom **Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband** bei 9296 Mitgliedern und 8698 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	9 817
h) Vom **Verband Deutscher Handlungsgehilfen** bei 6745 Mitgliedern und 5059 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	5 192
i) Vom **Deutschen Technikerverband** bei 1816 Mitgliedern und 1525 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	9 863
k) Vom **Bund technisch-industrieller Beamter** bei 5076 Mitgliedern und 4320 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern	14 393
Von den 10 größten Organisationen oder Organisationsgruppen mit 346 897 Mitgliedern und 304 447 gegen Arbeitslosigkeit versicherten Mitgliedern insgesamt	2 087 294

Nach den von unseren Genossen beantragten 50 Proz. Zuschuß zu dem Unterstützungssatz der Gewerkschaften würde der zu leistende Zuschuß der Gemeinden Groß-Berlins für das Jahr 1911 rund 1 000 000 M. betragen. Dieser Betrag verringert sich indessen, weil als Vorbedingung für den Genuß der städtischen Arbeitslosenunterstützung ein halbjähriger Wohnsitz in Groß-Berlin verlangt wird. Es dürfte dadurch eine Verminderung von 10 Proz. eintreten, so daß der kommunale Zuschuß an die Organisierten im Jahre 1911 sich auf etwa 900 000 M. stellen würde.

Wie die Erfahrungen in anderen Gemeinden gezeigt haben, sind die Kosten der für die **Nichtorganisierten bestimmten Fürsorgezweige** (Zuschüsse zu den Entnahmen der gesperrten Sparguthaben und fakultative Arbeitslosenversicherungskasse) nicht erheblich. Es dürften dafür nennenswerte Aufwendungen nicht entstehen.

Soweit über die Arbeitslosenversicherungskasse Schätzungen möglich sind, läßt sich folgendes sagen: Die Nachweisungen des statistischen Amtes von Neukölln rechnen nach den Erfahrungen anderer Städte, die nur als sehr bedingt gelten können, da die Groß-Berliner Verhältnisse nicht ohne weiteres mit anderen Städten verglichen werden können, mit einem Ausgabeposten von 50 000 M. für laufende Ausgaben und 400 000 M. für einmalige Ausgaben. Der Beitrag ist auf wöchentlich 25 Pf. vorgesehen, der sich bei zweijähriger Nichtinanspruchnahme der Kasse auf 15 Pf. pro Woche verringert. Aufnahmeberechtigt sind Arbeiter beiderlei Geschlechts, die mindestens ein halbes Jahr am Orte wohnen, während der letzten 2 Jahre regelmäßig beschäftigt waren (!) und nicht dauernd arbeitsunfähig sind. Bei 26wöchentlicher Beitragszahlung erwerben die Mitglieder der Kasse nach einer Wartezeit von einer Woche Anspruch auf Tagegelder von 1 M. bis zur Höchstzahl von 60 Tagen im Rechnungsjahr. Dazu soll dann noch ein Zuschuß aus dem kommunalen Arbeitslosenfonds von 50 Proz. = 0,50 M. kommen. Eine rege Inanspruchnahme dieser Kassenart dürfte in Groß-Berlin nicht zu erwarten sein.

Nach den Berechnungen wird für das 1. Geschäftsjahr der Groß-Berliner Arbeitslosenversicherung in Ansatz gebracht werden müssen:

1. als laufende Ausgabe

a) Zuschuß zur Selbstversicherung der organisierten Arbeiter	900 000 M.
b) Zuschuß zur Entnahme von gesperrten Sparguthaben	10 000 „
c) Zuschuß zu den von der Arbeitslosenversicherungskasse ausgezahlten Beträgen	50 000 „
Als laufende Ausgabe überhaupt	960 500 M.
2. **Als einmalige Ausgabe** zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherungskasse	400 000 „

Die **Verteilung der Lasten** der Groß-Berliner kommunalen Arbeitslosenversicherung wird für die einzelnen Gemeinden sicher nicht ohne Interesse sein. Folgende Maßstäbe kamen für die Berechnung in Betracht, nämlich nach Maßgabe 1. der Bevölkerung, 2. der Mitgliederzahl der Krankenkassen, d. h. der am Orte wohnenden Arbeitsgelegenheit, 3. der Einkommensteuerkraft, 4. der gesamten Steuerkraft (d. h. Steuerkraft aus Einkommen-, Grund- und Gebäude- sowie Gewerbesteuer), 5. des Mittels aus Bevölkerung und Einkommensteuerkraft, 6. des Mittels aus Bevölkerung und gesamter Steuerkraft. Davon ist der Maßstab nach der Bevölkerungsziffer deswegen ausgeschieden worden, weil sie nicht im richtigen Verhältnis zur Arbeitslosigkeit steht. Aber auch, wenn die Mitgliederzahl der Krankenkassen zugrunde gelegt wird, wäre eine einseitige Belastung einzelner Gemeinden die Folge. Da z. B. in Berlin die Zahl der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten eine sehr große ist, würden die westlichen Vororte zu wenig und Berlin zu sehr belastet werden. Auch der Wohnort der Arbeiter kann mit Rücksicht auf die Ueberbürdung der wenig finanzkräftigen Arbeiterwohnsitzgemeinden nicht maßgebend sein. Als geeignet verbleibt somit nur der Maßstab auf die Steuerkraft allein oder auf Steuerkraft und Bevölkerungszahl. Und von diesen erscheint der Maßstab der **gesamten Steuerkraft** als der geeignetste.

Nach diesem Maßstab würde sich der Beitrag für die einzelnen Gemeinden für das Jahr 1911 folgendermaßen verteilen:

	Laufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherungskasse	Ueberhaupt
1. Berlin	617 265	257 193	874 458
2. Charlottenburg	109 866	45 778	155 644
3. Grunewald	8 642	3 601	12 243
4. Schmargendorf	1 711	713	2 424
5. Berlin-Wilmersdorf	42 439	17 683	60 122
6. Schöneberg	49 338	20 558	69 896
7. Berlin-Friedenau	9 362	3 901	13 263
8. „ Steglitz	13 964	5 818	19 782
9. „ Zehlendorf	5 887	2 453	8 340
10. „ Lichterfelde	10 658	4 441	15 099
11. „ Lankwitz	1 998	832	2 830
12. „ Mariendorf	3 484	1 452	4 936
13. „ Tempelhof	4 424	1 843	6 267
14. „ Britz	1 555	648	2 203
15. Neukölln	28 874	12 031	40 905
16. Berlin-Treptow	5 799	2 416	8 215
17. „ Nieder-Schöneweide	1 530	638	2 168
18. „ Ober-Schöneweide	4 618	1 924	6 542
19. „ Stralau	805	335	1 140
20. Boxhagen-Rummelsb.	5 616	2 340	7 956
21. Berlin-Friedrichsfelde	2 923	1 218	4 141
22. „ Lichtenberg	9 790	4 079	13 896
23. „ Weißensee	4 662	1 942	6 604
24. Heinersdorf	186	77	263
25. Pankow	7 463	3 110	10 573
26. Nieder-Schönhausen	2 277	949	3 226
27. Reinickendorf	4 864	2 027	6 891
Groß-Berlin	960 000	400 000	1 360 000

Wie der **Verteilungsplan** deutlich zu erkennen gibt, sind die erforderlichen Kosten für eine kommunale Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin auf der Grundlage des von unseren Genossen zur Beschlußfassung eingebrachten Statuts keine so erheblichen, daß der Plan daran scheitern könnte, wenn ein Wille dazu vorhanden ist.

Gemeindevertreterkonferenz.

Die in den Gemeindeverwaltungen des Kreises Niederbarnim tätigen sozialdemokratischen Gemeindevertreter hielten am Mittwoch im Café Bellevue in Lichtenberg eine Konferenz ab, an der auch Funktionäre der Kreisorganisation teilnahmen. Es waren 156 Teilnehmer aus 49 Orten anwesend, und zwar 39 Stadt-, 88 Gemeindeverordnete, 21 Bezirksleiter und 8 Mitglieder des Kreisvorstandes.

Der erste Punkt der Tagesordnung lautete:

Das Finanzwesen der Gemeinde.

Der Referent Dümwell-Lichtenberg erledigte sich seiner Aufgabe in einem 1½stündigen Vortrage, dem wir die folgenden wesentlichsten Gesichtspunkte entnehmen. Die Gemeinden sind in der Hauptsache angewiesen auf die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer. Ferner kommen in Frage Gebühren für Kanalisation, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke. Seit den Gemeinden die Mahl- und Schlachtsteuer durch Gesetz abgenommen ist, gehen sie mehr und mehr zur Erhebung von Realsteuern über. Gegen diese wenden sich die sogenannten Hausbesitzer, die in Wirklichkeit nichts anderes sind, als die Verwalter des Kapitals ihrer Hypothekengläubiger. Es wird geklagt, der Grundbesitz müsse infolge der Steuerbelastung zusammenbrechen. Diese Klage ist nicht begründet. Der durch die Spekulation künstlich gesteigerte Wert der Grundstücke, die durch die Steuerpolitik des Reiches bedingte Einschränkung des Wohnungsbedürfnisses der Arbeiterbevölkerung sind die hauptsächlichsten Ursachen, die neben den Schwierigkeiten auf dem Geldmarkt die Hausbesitzer in der Möglichkeit, die Steuer abzuwälzen, stören. Eine Verringerung der Grundsteuer würde die Grundbesitzer nicht entlasten. — Ein Mangel des Kommunalabgabengesetzes ist es, daß die Steuerpflicht physischer Personen nicht am Ort ihrer gewerblichen Niederlassung, sondern am Wohnort erfüllt wird. Die Folge davon ist, daß in den Fabrikorten nur die steuerschwachen Bevölkerungsschichten wohnen, wodurch die Gemeinde geringe Einnahmen, aber große Ausgaben, insbesondere für Schullasten und andere soziale Einrichtungen hat. Die steuerkräftigen Fabrikbesitzer dagegen wohnen im Villenort unter ihresgleichen. Diese Gemeinden haben nur geringe soziale Leistungen nötig und kommen deshalb mit niedrigen Einkommensteuerzuschlägen aus, während die aus steuerschwachen Einwohnern bestehenden Gemeinden weit höhere Zuschläge erheben müssen, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden wollen. Auf diese Weise hat sich in Groß-Berlin eine weitgehende Verschiedenheit in der Höhe der Gemeindesteuersätze herausgebildet. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der beseitigt werden müßte durch Vereinbarungen der Gemeinden untereinander, am besten aber durch Zusammenlegung der wirtschaftlich zusammengehörenden Gemeinden. Die Einkommensteuer leidet an dem Uebelstand, daß sie zuweit nach unten, auf die niedrigen Einkommen greift, die Progression nach oben aber zu schwach ist.

Unsere grundsätzliche Forderung geht dahin, daß die Einkommen unter 3000 M. steuerfrei bleiben, die großen Einkommen aber progressiv stärker als jetzt herangezogen werden. Wenn wir diese grundsätzliche Forderung zurzeit nicht durchsetzen können, so müssen wir doch bei den Etatsberatungen in Form von Resolutionen unseren grundsätzlichen Standpunkt zum Ausdruck bringen. Unsere Steuerpolitik muß dahin gerichtet sein, daß wir solche Steuern, welche die finanziell Schwachen belasten, abschaffen oder ihre Einführung verhindern, daß wir aber für solche Steuern eintreten, die möglichst auf starke Schultern abgewälzt werden können. Die Verteilung der Realsteuern auf bebaute und unbebaute Grundstücke läßt sich nicht nach einem Schema regeln. Dabei müssen die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Im allgemeinen ist zu beachten, daß der unbebaute Grundbesitz, wenn er nicht nach dem gemeinen Wert besteuert wird, kein Interesse an der Bebauung hat. Eine solche Besteuerung unbebauten aber für die Bebauung geeigneten Grundbesitzes mag mancher als ungerecht empfinden, der vielleicht ein Stückchen Laubenland sein eigen nennt und nicht die Absicht hat, damit zu spekulieren. Aber in solchem Falle müssen die Interessen des einzelnen zurücktreten hinter die Interessen der Allgemeinheit. — Hinsichtlich der Gemeindeeinkommensteuer sind viele unserer Parteigenossen der Ansicht, wir müßten uns gegen die Erhöhung derselben wehren, weil jeder Steuerpflichtige ohne Ausnahme durch sie belastet wird; man ist deshalb mehr für Erhöhung der Grundsteuer, in der Meinung, sie belaste nur den Grundbesitz. Dies ist nicht ganz richtig, denn die Grundbesitzer wälzen die Steuer nach Möglichkeit auf die Mieter ab. Unser grundsätzlicher Standpunkt ist der, daß die Ausgaben der Gemeinden möglichst aus der Einkommensteuer zu decken sind, diese aber, wie schon gesagt, gerechter geregelt werden muß als es nach dem gegenwärtigen Gesetz möglich ist. Wenn, wie es oft geschieht, bürgerliche Gemeindevertreter sich gegen Aufwendungen zu notwendigen sozialen Einrichtungen wehren, weil dazu kein Geld vorhanden ist, dann müssen wir für Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer eintreten, falls ein anderer Weg, die erforderlichen sozialen Einrichtungen zu schaffen, nicht vorhanden ist. Uebrigens belastet ja die Einkommensteuer die starken Schultern doch mehr als die schwachen. Weiter ist nach Möglichkeit dahin zu streben, daß Gas- und Elektrizitätswerke sowie Verkehrsmittel für die Gemeinde nutzbar gemacht werden. Natürlich darf dabei nicht hinausgegangen werden über die Preise, welche die gleichartigen Privatunternehmungen fordern. Oft entsteht in den Gemeinden die Frage, wie wir uns zur Anleihepolitik zu stellen haben. Wenn Ausgaben für Verbesserung der Schulen, Straßen, Kanalisation, Krankenpflege und andere soziale Einrichtungen nicht anders gedeckt werden können als durch eine Anleihe, dann sollen wir für Anleihen eintreten. Eine Gemeinde, welche Schulden und gute soziale Einrichtungen hat, ist reicher als eine schuldenfreie Gemeinde ohne oder mit unzulänglichen sozialen Einrichtungen. Unter allen Umständen muß es unsere Aufgabe sein, für soziale Verbesserungen in der Gemeinde zu arbeiten und die bürgerlichen Vertreter zu veranlassen, auf diesem Wege mit uns zu gehen. Aber nie dürfen wir vergessen, daß wir unter allen Umständen, auch in der Gemeinde, Sozialdemokraten sind. (Beifall.)

In der

Diskussion

wies Fuhrmann-Weißensee darauf hin, daß das Elektrizitätswerk der Gemeinde Weißensee seine jetzt zum erstenmal erzielten Ueberschüsse zur Herabsetzung des Strompreises verwenden müsse, um die Konkurrenz des städtischen Elektrizitätswerks Neukölln bestehen zu können. Wie solle man sich in solchem Falle verhalten, wo das Elektrizitätswerk der Gemeinde infolge der Konkurrenz einer anderen Gemeinde keinen Ueberschuß abwirft. — Wenn die progressive Einkommensteuer, nach oben verstärkt, eingeführt werden sollte, dann würde das den Gemeinden mit einer steuerschwachen Einwohnerschaft wenig helfen. Wenn die Einkommen unter 3000 Mark steuerfrei blieben, was sollten dann die Gemeinden machen, in denen es nur wenige Einkommen über 3000 Mk. gibt. Ungerecht sei die Steuer, welche die Gemeinde an den Kreis zu zahlen hat. Die Eingemeindung der kleinen, leistungsunfähigen Gemeinden müsse angestrebt werden, bis wir schließlich zu einer Gemeinde Groß-Berlin kommen. Unsere Partei habe sich nicht genug damit beschäftigt, wie die gemeinsame Einziehung und Verteilung der Steuern in allen Gemeinden Groß-Berlins durchgeführt werden kann.

Frenzel-Friedrichsfelde fragt, wie wir uns zur Hundesteuer zu stellen haben.

Kubig-Pankow meint, in manchen Gemeinden sei die Rückständigkeit größer als im preußischen Staat. In Pankow sei manches Gute erst durch Erleuchtung von oben, auf Veranlassung des Landrats durchgeführt worden, weil die Gemeindeverwaltung sich darauf berief, daß sie kein Geld habe. Es dürfte sehr schwer sein, unsere grundsätzliche Steuerpolitik mit einer erfolgreichen Gemeindepolitik zu vereinen. Aermeren Gemeinden sei es nicht möglich, ihre Schullasten aus den laufenden Einnahmen zu decken. Da müßte der Staat eingreifen. Mit wenigen Ausnahmen hätten alle Berliner Vorortgemeinden Ursache, diese Forderung zu erheben. Die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer stoße immer auf den heftigsten Widerspruch bei den Vermögenden, die bei solchen Gelegenheiten immer mit dem Fortzug drohen. Sollte das eintreten, dann müßten wir aber die zurückbleibenden steuerschwachen

Einwohner noch weiter mit Zuschlägen belasten, um die Aufgaben der Gemeinde erfüllen zu können. So führe also unsere grundsätzliche Politik, die uns zur Erhöhung der Einkommensteuer veranlaßt, nach und nach zu unhaltbaren Verhältnissen. Wir könnten aus diesem Dilemma nur dann herauskommen, wenn wir die Gemeinden von Groß-Berlin zur Erhebung von einheitlichen Steuersätzen drängen.

Düwell bemerkte im Schlußwort: Wenn Einkommensteuerzuschläge die einzige Möglichkeit seien, um soziale Einrichtungen durchzuführen, dann müßten wir ihnen zustimmen. Wie das in den einzelnen Fällen zu machen sei, das könne hier nicht festgestellt werden. Wenn das Neukölner Elektrizitätswerk, ohne die Arbeitslöhne zu drücken, den Strom billiger liefern könne als das Weißenseer Werk, dann sei dieses überflüssig. Die Gemeinde solle mit ihren Betriebsanlagen doch nicht kapitalistische Politik treiben. Wenn wir immer daran denken, daß wir auch in der Gemeinde Sozialdemokraten sind, dann werden wir über manche Schwierigkeiten hinwegkommen, auch über die Hundesteuer.

Ueber

„Kommunale Schulpolitik"

sprach Dr. Quarck-Frankfurt a. M. Er führte in 1½stündigem Vortrage u. a. aus: Die Schule sollte ein Institut zur Bildung und Erziehung der Jugend sein, sie ist aber im Klassenstaat ein Mittel zur Dressur der Volksjugend, um diese den Herrschaftsbedürfnissen des Klassenstaates dienstbar zu machen. Das Schulunterhaltungsgesetz von 1906 stellt das ungeheuerliche Prinzip auf, daß die Schüler nicht nach ihrer Fähigkeit, sondern nach der Zufälligkeit ihrer Konfession in zwei Teile geschieden werden. Dadurch soll das Volk unter den Einfluß der Kirche gebracht werden. Das nominelle Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird besonders auf dem Gebiet des Schulwesens sehr stark beeinträchtigt durch Eingriffe der Staatsorgane. Wir müssen dahin streben, daß die Schulen, wie es ursprünglich der Fall war, wieder unter die ausschließliche Verwaltung der Gemeinden kommen. In die Schulverwaltungskörperschaften kommen wir nicht hinein, denn der Staat hat sich im Gesetz von 1906 das Bestätigungsrecht auch für die kommunalen Schulkomissionen gesichert und Sozialdemokraten werden niemals bestätigt. Wir haben also nur die Möglichkeit, in der Gemeindevertretung Einfluß auf das Schulwesen auszuüben. Da ist es unsere Aufgabe, für den Ausbau der Schulorganisation einzutreten. Es muß verlangt werden, daß, abgesehen von den ganz kleinen Gemeinden, die achtklassige, mindestens aber die siebenklassige Volksschule eingeführt wird. Für körperlich schwache und kränkliche Kinder sind Waldschulen einzurichten. Wir haben einzutreten für Herabsetzung der auf die einzelnen Klassen fallenden Schülerzahl und gegen die leider noch zu häufig geübte Prügelpädagogik mancher Lehrer, die in vielen Fällen durch Ueberlastung mit einer zu großen Schülerzahl zu erklären ist. Wir müssen die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel fordern. Den Gegnern dieser Forderung können wir sagen: Die Lehrmittel sind für den Schüler dasselbe wie die Waffe für den Soldaten. So selbstverständlich es ist, daß der Staat den Soldaten die Waffen liefert, so selbstverständlich ist es auch, daß unter der Herrschaft des Schulzwanges den Schülern die Lehrmittel geliefert werden. Wo wir immer können, da müssen wir auch die Gesundheitspflege der Schüler fördern. In dieser Hinsicht dürfen wir uns nicht mit der Erfüllung äußerer Vorschriften begnügen. In Parteikreisen gibt man sich manchmal zufrieden mit der Einführung von Schulärzten. Doch diese leisten in der Praxis oft sehr wenig. Nicht selten bedeutet die Anstellung eines Schularztes nichts anderes, als daß durch sie ein junger Arzt einstweilen versorgt wird, bis er eine ausreichende Privatpraxis hat. Die Volksschüler haben nur einen geringen Vorteil durch die Anstellung von Schulärzten. Die Tätigkeit des Arztes beschränkt sich meist darauf, die Schulkinder einmal im Jahre zu untersuchen und den Fragebogen auch auszufüllen, den preußischen Fragebogen, der auch in unserem Kreisen eine große Rolle spielt. Wir müssen eine wirkliche Gesundheitspflege der Schulkinder verlangen. Den Fragebogen mag der Arzt ausfüllen. Die fortlaufende gesundheitliche Beaufsichtigung und Gesundheitspflege der Kinder wird besser von Krankenschwestern oder Schulschwestern ausgeübt, die hierfür ausgebildet sind. Diese müßten in ständiger Verbindung bleiben mit den ihrer Pflege anvertrauten Kindern und auch den Eltern mit Ratschlägen bezüglich der Behandlung der Kinder zur Seite stehen. Ausbau und Vervollkommnung der Volksschule muß unsere Aufgabe sein. Dagegen müssen wir uns, wo wir immer können, der Einführung von Mittelschulen widersetzen; denn wo sie eingeführt werden, da wird die Volksschule zur Armenschule herabgedrückt. Wo Mittelschulen bestehen, da wird für die Volksschule nichts mehr getan und der Weg zur Einheitsschule wird dadurch versperrt.

Hinsichtlich unserer Stellung zur höheren Schule ist in der Partei eine gewisse Wandlung eingetreten. Bis vor kurzem war unser Standpunkt der: Um die höheren Schulen haben wir uns gar nicht zu kümmern, das ist eine Angelegenheit der besitzenden Klassen. Diese Ansicht herrscht nicht mehr vor. Es ist nicht zu verkennen, daß auch die höhere Schule unser Interesse berührt, und daß wir uns auch um sie zu kümmern haben; denn die höheren Schulen sind nicht bloß Anstalten für die oberen Zehntausend, sondern es gibt Minderbemittelte, auch Arbeiter, die sich von ihrem Lohn, oft mühsam, so viel absparen, um ihre Kinder in eine höhere Schule zu schicken. Wir müssen auch schon deshalb uns für die höhere Schule interessieren, weil sie ein Glied der von uns erstrebten Einheitsschule ist. Wir müssen dafür sorgen, daß die Möglichkeit des Uebergangs begabter Volksschüler auf die höhere Schule und der Besuch der letzteren durch Arbeiterkinder erhalten und ausgedehnt wird. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Freistellen in höheren Schulen nicht erst nach Bitten und Eingaben als Almosen gegeben werden, sondern die Freistellen müssen ohne weiteres den begabten Volksschülern zufallen. — Jetzt, wo wir vor den Landtagswahlen stehen, ist die beste Gelegenheit, alle Ziele unserer Schulreform auf die Tagesordnung zu setzen und zu propagieren. (Lebhafter Beifall.)

Zur Diskussion über den Vortrag wurde das Wort nicht gewünscht.

Zum Schluß nahm die Konferenz eine von Tarnow-Friedrichshagen eingebrachte Resolution ein. Sie lautet:

„Wir halten die Errichtung einer kommunalen Zentralstelle für notwendig und ersuchen den Parteivorstand in Erwägung darüber einzutreten."

Aus der Partei.

Die Sozialdemokraten Hessens

hielten letzten Sonntag in Offenbach eine Frauenkonferenz und eine Konferenz der Jugendausschüsse des Großherzogtums Hessen ab. Die Frauenkonferenz war von 77 Delegierten, darunter 34 Frauen aus allen Teilen Hessens besucht. Genossin Luise Zietz-Berlin referierte über die Frage: „Wie gewinnen und wie schulen wir die Frauen für die politische Bewegung?" Nach einer sehr lebhaften Diskussion über die zahlreichen Anregungen, die der Vortrag gegeben, wurde beschlossen, Frauendiskussionsabende zu schaffen zur besseren theoretischen Schulung der Frauen, wie zu ihrer Heranbildung zur praktischen Mitarbeit im Interesse der Arbeiterbewegung. Besonders wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, parteigenössische Frauen auszubilden für die kommunale Tätigkeit, in der Armenpflege und in den verschiedenen Gemeindeverwaltungskörperschaften, die die Kommunalgesetzgebung in Hessen möglich mache.

Die Konferenz der Jugendausschüsse war von 112 Delegierten beschickt. Nach einem Referat des Landesparteisekretärs Neumann wurde die Gründung eines Jugendagitationsbezirks für Hessen beschlossen. Als Vorort wurde Offenbach und als Leiter Parteisekretär Neumann bestimmt. Nach dem ebenfalls beschlossenen Regulativ soll alljährlich eine Konferenz des Bezirks abgehalten werden, zu der jeder Ort zwei Delegierte senden kann, von welcher einer möglichst ein Jugendlicher sein soll. Die Bezirksleitung soll die Agitation systematisch betreiben, bei den Erwachsenen das Verständnis für die Jugendbewegung fördern, Auskünfte und Anregungen geben und das für die Bewegung wichtige Material sammeln.

Gemeindewahlerfolge.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig, die am Dienstag und Mittwoch stattfanden, errangen unsere Genossen in der dritten Wählerklasse einen vollständigen Sieg. Von den 46 700 Steuerzahlern der Stadt sind nur 13 500 wahlberechtigt, da das Wahlrecht und das Bürgerrecht mit 7,50 M. erkauft werden müssen. Nur 0,38 Proz. der Steuerzahler gehören der ersten, 2,34 Proz. der zweiten, aber 97,3 Proz. der dritten Wählerklasse an. Dabei haben die 2,7 Proz. Bürger der ersten und zweiten Klasse 24, die 97,3 Proz. der dritten Klasse nur 12 Stadtverordnete zu wählen. Der Wahlkampf war außerordentlich heftig. Ueber 90 Proz. der Wähler gaben ihre Stimme ab. Die vier sozialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt.

Bei der durch die vollzogene Eingemeindung der Stadt Lechhausen nach Augsburg notwendig gewordenen Ergänzungswahl zum Gemeindekollegium eroberten unsere Genossen im Bezirk Lechhausen drei Sitze, während das Zentrum nur zwei und die Liberalen nur einen Sitz erhielten. Der Erfolg der Sozialdemokratie ist um so höher einzuschätzen, als das Wahlrecht an die Entrichtung einer Bürgerrechtsgebühr von 60 M. geknüpft ist. Die sozialdemokratische Fraktion im Augsburger Gemeindekollegium ist nun 9 Mann stark.

Aus der amerikanischen Partei.

Die Mitgliederzahl der Partei der Vereinigten Staaten hat sich in folgender Reihe entwickelt: Im August 1901 gegründet; keine genauen Berichte über die zwei ersten Jahre. 1903 war die Mitgliederzahl 15 975; 1906 26 784; 1909 41 479; 1910 58 011; 1911 84 716 und 1912 117 984. Also ein Wachstum auf fast das Siebeneinhalbfache in neun Jahren. Die Zunahme des letzten Jahres ist um 4000 größer als der ganze Mitgliederstand im Jahre 1907.

Fremdsprachige Nationalgruppen gibt es jetzt acht: die böhmische, finnische, ungarische (1912 gegr.), jüdische (desgl.), italienische, polnische, skandinavische (Schweden, Norweger, Dänen), südslawische (Slowenen, Serben, Kroaten). Am 1. März d. J. kommt die deutsche Gruppe hinzu.

Die Auflage des „Appeal to Reason" betrug im Jahre 1901 im ganzen 8 175 400, 1906 waren es 17 814 700 Wochennummern; 1910 28 288 100 und 1912 36 091 400. Das macht eine Erhöhung der durchschnittlichen Auflage von 157 200 auf 694 100.

Vom Rastatter Denkmalsfonds.

Die Gelder, welche zur Schmückung und Unterhaltung des Sammelgrabes und Denkmals der 1849er Standrechtsopfer gespendet werden, stehen unter der Verwaltung eines Komitees. Soeben gibt der Rechner Franz Peter in Achern (Baden) den Kassenbericht für das Jahr 1912:

Einnahmen:	
Von Sozialdemokraten in Neukölln (durch A. Gk.)	19,— M.
Von W. Bade in Hamburg	29,— „
Zins (3¾ Proz.)	41,64 „
Saldovortrag vom 1. Januar 1912	1086,22 „
Summa	1175,86 M.
Ausgaben:	
Grabkranz	8,— M.
Gärtnerlohn	12,— „
Porto	—,95 „
Summa	20,95 M.
Vortrag auf neue Rechnung	**1154,91 M.**

Dieser Betrag ist bei der Sparkasse Achern laut Sparbuch angelegt. Um weitere Zusendungen an die Adresse des Rechners wird gebeten.

Parteiliteratur.

Die Polendebatten im Reichstage, bei denen Genosse Wendel so überaus nachdrücklich den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat, geben Anlaß, auf eine Schrift hinzuweisen, die wertvolles Material zur Polenfrage liefert. Es ist dies die 86 Seiten starke, im Verlag der Vorwärtsbuchhandlung erschienene Broschüre „Die preußische Polenpolitik" von Hermann Wendel. Der Preis der Schrift beträgt 1,20 M. ungekürzte Vereinsausgabe 60 Pf.

Personalien.

Eine Verstärkung der Redaktion erfährt am 1. April d. J. das „Harburger Volksblatt". Als dritter Redakteur wurde der bisherige Expedient und Berichterstatter H. Bering gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßprozesse gegen den „Avanti".

Rom, den 28. Januar. (Eig. Ber.) Gegen unser Zentralorgan sind nicht weniger als fünf Prozesse anhängig gemacht worden wegen seiner Artikel und Karikaturen nach dem Blutbad von Roccagorga. Er soll durch sie zum Klassenhaß und zum Aufstand aufgereizt, soll das Heer und die Institutionen verächtlich gemacht haben und solche bösen Dinge mehr. Der Titel eines Artikels „Staatliche Mörder" ist inkriminiert, weiter eine Karikatur, in der ein Offizier eine Fahne und einen Galgen schwingt, weiter ein Bild, das einen auf Arbeiter schießenden Soldaten darstellt. Alles in allem können einige 10 Jahre Gefängnis dabei herauskommen!

Jugendbewegung.

Folgen eines „Schülermanövers".

Man schreibt uns aus Halle:

Die jugendliche Kriegsspielerei, die in jüngster Zeit schon viel Unheil angerichtet und Blutopfer gefordert hat, brachte über die Familie des Barbierherrn Fexer in Gräfenhainichen bei Halle schweres Unglück. Am 2. September veranstaltete der Lehrer Emil Hiensch aus Gräfenhainichen ein sogenanntes Schülermanöver, an dem auch der zwölfjährige Sohn des Barbierherrn Fritz Fexer teilnehmen mußte, da es sich um eine „Schulfeier" handeln sollte. Lehrer Hiensch, der mit der Leitung der Feier beauftragt worden war, soll den daran teilnehmenden 150 bis 200 Schülern erlaubt haben, Schußwaffen mitzubringen, damit das Sedanfest „die richtige Weihe" bekomme. Auch dem 12jährigen Schüler Matthei soll er gestattet haben, eine richtige Pistole mit einem Piston zum Aufsetzen des Zündhütchens mitzubringen. Matthei lud seine Schußwaffe, machte damit Unsinn und Schießversuche, wobei er die Pistole scherzhaft nach dem Gesicht des kleinen Fexer richtete. Letzterer verbat sich den Unfug und schlug schließlich nach M.s Waffe. Dabei traf er unglücklicherweise den Hahn und brachte die Waffe zum Entladen. Durch die Explosion des Zündhütchens wurde dem F. ein etwa vier Millimeter großes Stück Kupfer in das linke Auge getrieben. Der Junge kam in die Universitätsklinik nach Halle, wo nach längerer Krankheit und Operation festgestellt wurde, daß das linke Auge völlig erblindet ist und das rechte Auge eventl. in Mitleidenschaft gezogen werden könne.

Der Vater des Knaben klagte nun vor der Zivilkammer des Landgerichts Halle gegen den Lehrer Hiensch auf Schadenersatz und berief sich u. a. auf § 839 des B. G.-B., wonach ein Beamter, der seine Pflicht verletzt, zum Schadenersatz verpflichtet ist. Der Lehrer habe durch die Aufforderung zum Mitbringen von Waffen und durch ungenügende Beaufsichtigung der Schüler sehr lässig gehandelt. Es wird verlangt, die Zahlung eines Schmerzensgeldes von mindestens 1500 M. und für den Knaben vom 15. Lebensjahre ab eine Jahresrente von 900 M. Obwohl in der Sache schon mehrere Termine stattgefunden haben, ist vorläufig noch nicht abzusehen, wann das Urteil gefällt wird, da es noch fraglich ist, ob die vorgesetzte Behörde des Beklagten nicht noch den sog. Konflikt erhebt. Immerhin mögen sich die Jungdeutschlandschwärmer den Fall recht dringend zur Warnung dienen lassen.

Blutdürstige Jugenderzieher.

Die in München-Gladbach im Volksvereins-Verlag (seit 1. Januar unter Ausschluß der Oeffentlichkeit *) erscheinende katholische Jugendzeitschrift „Efeuranken" orientiert ihre jugendlichen Leser in einer besonderen „Rundschau" über die politischen Tagesereignisse. Von welcher Güte diese Aufklärungen im allgemeinen sind, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man (im Oktoberheft 1912) liest: in Marokko erhält Frankreich „für sein falsches Verhalten gegen Deutschland seine Strafe." Ueber die Balkanfrage werden die Leser in folgender Weise orientiert (Oktober- und 2. Novemberheft 1912):

„Hoffen wir, daß es in der Türkei endlich zur Aufteilung oder ähnlichem kommt. Das Gebilde hat kein Recht, zu existieren".

„Ideal genommen, ist ja die Vernichtung und das Verschwinden der mohammedanischen Türkei zu wünschen und zu begrüßen . . ."

Es ist dabei zu beachten, daß der Nachdruck auf die „mohammedanische" Türkei gelegt werden soll. Heißt es doch an einer anderen Stelle über Japan: „. . . wenn es gelingt, es zu christianisieren, wird es das junge, starke, pulskräftige Herz der Menschheit werden". In dieselbe Kerbe haut schließlich auch noch der vielbekannte Herr Erzberger in einem Artikel über „Kolonialberufe". Er preist darin den Beruf des Missionars als den idealsten Kolonialberuf und begründet das mit den Worten: „. . . und doch legt uns die Erwerbung der Kolonie auch die Pflicht der Christianisierung derselben auf".

Nach diesen Proben wird es nicht mehr verwundern, daß die „Efeuranken" in die allgemeine Kriegshetze einstimmen und sich dabei (im 2. Oktoberheft 1912) folgende blutzünftigen Redensarten zuschulden kommen lassen:

„Ich begreife Oesterreich nicht, wie es so zusehen kann. Es muß mit Militär einschreiten, mit Säbeln und Kanonen und Blut den Ballanbündlern diktieren, wie sein Einfluß auf den Balkan gewahrt und seine Interessen bis an das Schwarze und Griechische Meer gesichert werden, nicht mit Federn und Tinte und den wässerigen Diplomaten."

Wirkungsvoll ergänzt werden diese Ausführungen durch die Auslassungen der Zeitschrift über die Todesstrafe anläßlich des Wiener Juristentages. Da heißt es im Oktoberheft 1912:

„Wir haben noch keinen zwingenden Grund, von der Praxis der Bibel und der ganzen bisherigen Menschheit abzuweichen, und ewiger Kerker ist schlimmer als Tod." —

Die „Efeuranken" gelten als die beste katholische Jugendzeitschrift. Man wird also an den Spruch denken dürfen: „Wenn das geschieht am grünen Holz, was soll's am dürren werden?"

Aus Industrie und Handel.

Krise in der schweizerischen Stickereiindustrie.

In der schweizerischen Stickereiindustrie herrscht seit Wochen eine empfindliche Geschäftsstockung als offenbare Folge der Wirren auf dem Balkan und der allgemeinen Kriegsgefahren, die bereits zu Betriebseinschränkungen auf der ganzen Linie und teilweise auch zu Arbeiterentlassungen geführt hat. Verschiedene Stickereifabriken haben den Betrieb ganz eingestellt und die Arbeiter entlassen, andere die tägliche Arbeitszeit zum Teil bis auf 7 Stunden herabgesetzt oder die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage auf 5 oder 4 reduziert. Eine Arboner Stickereifabrik hat an den ersten fünf Wochentagen die acht- und am Sonnabend die nur dreistündige Arbeitszeit. Eine St. Galler Firma hat von 12 Schifflistickmaschinen nur noch 2 bis 3 in Betrieb. Von überallher wird über Massenkündigungen und Entlassungen von Stickereiarbeitern berichtet. Dabei sind die Preise und dementsprechend die Löhne sehr gedrückt, so daß auch die weiterbeschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, ganz abgesehen von der ungenügenden Beschäftigung, nur einen geringen Verdienst erzielen. Es ist wirkliche kapitalistische Anarchie, wenn mitten in dieser Krise von der Gründung einer neuen Aktiengesellschaft mit 370 000 Fr. Aktienkapital in Kronital bei St. Gallen zur Erstellung einer neuen Stickereifabrik mit 20 Automat-Schifflimaschinen berichtet wird.

Der Verein der schweizerischen Stickereiexporteure hat beschlossen, die Betriebseinschränkung in der Schifflistickerei zu unterstützen und nur den ihren Betrieb einschränkenden Maschinenbesitzern Arbeit zu geben, vorausgesetzt, daß die Besitzer von mindestens 50 Proz. aller Schifflimaschinen der Schweiz und des Vorarlbergs die Einschränkung durchführen. Ein großer Teil der Stickereifabrikanten in der Schweiz wie im Vorarlberg hat sich in der Tat bereits für die Betriebseinschränkung erklärt.

Die Krisenkasse der Unternehmerorganisation der Stickereiindustrie hat bereits ihre Unterstützungstätigkeit aufgenommen und sie gewährt auch der Arbeitslosenkasse des freien Textilarbeiterverbandes einen Zuschuß bis zu 60 Proz. der von dieser geleisteten Unterstützung, im Maximum bis zu 1,50 Fr. täglich.

Bemerkenswert ist, daß insgesamt das Geschäftsjahr 1912 für die schweizerische Stickereiindustrie ein gutes war und der Ausfall im Export nach den Vereinigten Staaten durch erhöhte Ausfuhr in andere Länder wettgemacht werden konnte. Jedenfalls können die Stickereikapitalisten die gegenwärtige Krise mit Ruhe ertragen, während die besitzlosen Arbeiter das ganze Elend der Krise zu tragen haben.

Höchste Kreditanspannung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank. Das Wiener Noteninstitut mußte infolge der Kriegswirren im Jahre 1912 enorme Beträge den Banken und Sparkassen, die von den Einlegern bestürmt wurden, zur Verfügung stellen. Die Bank besaß Ende 1912 diskontierte Wechsel für 1341 Millionen Kronen, das ist 199 Millionen mehr als im Vorjahre. An beliehenen Wertpapieren (Lombard) hatte die Bank 355 Millionen Kronen (168 Millionen mehr als im Vorjahr!). Natürlich stieg der Banknotenumlauf bedeutend und zwar um 275 Millionen auf 2816 Millionen. Der Metallschatz sank um 128 Millionen auf 1508 Millionen. Die Aktionäre und der Reservefonds beziehen 40 Millionen Reinertrag.

Soziales.

Vom Schlachtfeld der Arbeit!

Nach den vom Reichsversicherungsamt im „Reichsarbeitsblatt" veröffentlichten Hauptergebnissen der Unfallversicherung für das Jahr 1911 betrug die Zahl der neuen Unfälle, für die im Jahre 1911 zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, 132 114 gegen 13 114 im Vorjahre. Von den entschädigten Unfällen hatten 9443 den Tod zur Folge. An 19 617 Hinterbliebene Getöteter wurde im Rechnungsjahr zum ersten Male eine Rente gezahlt. Darunter befinden sich 6373 Witwen (Witwer), 12 953 Kinder (Enkel) und 291 Verwandte der aufsteigenden Linie. Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 716 584.

*) Die Zeitschrift ist seitdem aus dem Postvertrieb zurückgezogen!

Schon diese vorläufige Mitteilung zeigt, daß abermals der Blutstrom auf dem Schlachtfeld der Arbeit gestiegen ist. Und trotzdem werden alle auf Verminderung der Unfälle gerichteten Anträge der Sozialdemokratie abgelehnt!

Die Weihnachtsgratifikation vor dem Gewerbegericht.

1. Gegen die **Versicherungs-Aktiengesellschaft „Deutschland"** klagte der frühere Angestellte B. vor der Kammer 7 des Gewerbegerichts auf Zahlung eines Teiles der **Weihnachtsgratifikation** im Betrage von 82 M. Der Kläger war vom März 1911 bis 30. November 1912 als Aktenhefter bei der beklagten Gesellschaft in Stellung. An Gehalt bezog er monatlich 85 M. Wie Kläger in der gestrigen Verhandlung angab, erhielt er im ersten Jahre seiner Tätigkeit eine Weihnachtsgratifikation, die ihm deshalb auch für das Jahr 1912 bis zum Tage seiner Entlassung zustehen müsse. — Der Vertreter der Beklagten beantragte Abweisung der Klage. Dem Kläger stehe kein Recht zu, eine Weihnachtsgratifikation zu fordern. Diese wurde nur verabfolgt, um den Angestellten aufzumuntern und zur ferneren Dienstbeflissenheit zu bewegen. Zwei als Zeugen vernommene Beamten der Beklagten sagten aus, daß mit dem Kläger beim Engagement über die zuzahlende Gratifikation nicht gesprochen wäre. Es sei üblich, daß alle Beamten — wenn sie Weihnachten noch im Dienste der Beklagten stünden — eine Gratifikation erhielten.

Das Gericht **verurteilte** die Beklagte zur Zahlung der geforderten 82 M. Das Weihnachtsgeld — über dessen Zahlung zwar eine vertragliche Bestimmung nicht getroffen wäre — sei als ein Teil des Lohnes zu betrachten. Das Weihnachtsgeld würde nicht allein für die Zukunft gegeben, sondern gelte auch als Belohnung für die Dienste des Angestellten vor Weihnachten.

2. Vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts klagte der Arbeiter S. gegen den Apothekenbesitzer **Birnbaum** auf Zahlung von 15 M., die ihm vom verdienten Lohn abgezogen wurden. Der Kläger war mit einer 14tägigen Kündigung als Arbeiter bei dem Beklagten beschäftigt. Als Weihnachtsgeschenk hatte er 15 M. erhalten. Nach den Feiertagen kündigte Kläger das Arbeitsverhältnis. Da er vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit verließ, **zog ihm der Beklagte die 15 M. Weihnachtsgeld vom Lohne ab.** In der Verhandlung gab der Beklagte an, der Kläger habe die 15 M. zu Unrecht erhalten und sei auch mit dem erfolgten Abzug einverstanden gewesen. Beklagter erhob außerdem Widerklage. Der Kläger habe sich des Kontraktbruches schuldig gemacht, denn er habe die vereinbarte Kündigungsfrist nicht eingehalten. Schließlich nahm er aber die Widerklage zurück und verpflichtete sich, an den Kläger im Wege des **Vergleichs** 10 M. zu zahlen. Leider ging der Beklagte auf diesen Vergleich ein, der ihm ein Drittel seines berechtigten Anspruches nimmt.

Fortschritte der Technik in der Landwirtschaft.

Die Maschine, die im Gewerbe revolutionierend gewirkt hat, indem sie das Handwerk überholte und an seine Stelle industrielle Kapitalisten und proletarische Lohnarbeitermassen setzte, hat ihren Einzug in immer größerem Umfange in die Landwirtschaft gehalten. Im Jahre 1907 waren bereits in **1 497 975 landwirtschaftlichen Betrieben** des Deutschen Reiches Maschinen in Anwendung. Dampfdreschmaschinen befanden sich in 488 867 Betrieben, Mähmaschinen in 801 325 Betrieben, breitwürfige Säe- und ähnliche Maschinen in 290 039 Betrieben, Hackmaschinen in 14 412 Betrieben, Kartoffelerntemaschinen in 11 004 Betrieben, Dampfpflüge in 2995 Betrieben usw.

Neuerdings ist eine „Zentralverkaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel", ein großzügiges kapitalistisches Unternehmen in Halle a. S., gegründet worden. Diese Vertriebsstelle legt besonderen Wert darauf, zu den verschiedenen im letzten Jahrzehnt bekannt gewordenen Maschinen immer wieder **neue**, verbesserte Maschinen in die Landwirtschaft einzuführen. Damit hat sie bei den Großagrariern gute Erfolge erzielt. Jetzt ist ein **Rübenheber** mit Abschneidevorrichtung neu konstruiert worden, der sich in der Praxis bereits vorzüglich bewährt hat. Er kostet 5000 M. Dieser hebt nicht nur die Rüben, sondern köpft sie auch und legt sie auf eine Bank. Eine weitere Neuerung ist ein **Selbsteinleger bei der Dampfdreschmaschine.** Er ist zum Schutz gegen Unfallgefahren bestimmt und vom 1. April 1913 an bei sämtlichen Dampfdreschmaschinen auf Grund von Anordnungen der Berufsgenossenschaften anzubringen. Verbesserungen haben auch die **Melkmaschinenanlagen** erfahren, die sich in der Praxis gut bewährt haben. Eine Neuheit sind sodann noch die **Spinnmaschinen**, die zur Wiederverwendung der Bindfäden von den gelösten Garben benutzt werden. Aus den Fäden werden brauchbare Ackerleinen, Stränge und dergleichen hergestellt.

Die Einführung neuer, kostspieliger Maschinen hat wiederum zur Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens geführt. So sind neuerdings vielfach **Pfluggenossenschaften** gegründet worden, das sind Vereinigungen, die einen Dampfpflug zur Benutzung für die Mitglieder angekauft haben. Dadurch werden für die Genossenschaftsmitglieder Arbeitskräfte an Menschen erspart. Es kann auch die Zahl der Zugtiere dadurch zum Teil verringert werden. Der **Motorpflug** hebt bei seiner Arbeit Steine, zerkrümelt den Ackerboden und steigert dadurch die Ertragsfähigkeit. Auch sonst haben sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten stark vermehrt.

Soziale Rückständigkeit preußischer Volksschulen.

Wie weit die preußische Volksschule in sozialer Beziehung rückständig ist, beweist eine von der „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins" gemachte kurze Zusammenstellung über sogenannte „Wohlfahrtseinrichtungen" in der preußischen Volksschule auf.

Danach waren erst in 1786 (unter 30 863) Schulverbänden **Schulärzte** tätig, in nur 530 wurde **Schulzahnpflege** getrieben, nur 415 wiesen **Schulbrausebäder** auf! Die anderen Einrichtungen sind noch spärlicher vorhanden. So zählte die Statistik 1911 nur **11 Waldschulen; freie Lernmittel** gewährten nur 15 Schulverbände. Auch die **Schulspeisung** erfolgt nur ganz vereinzelt, nämlich in 107 Schulverbänden. 19 hatten **orthopädischen Turnunterricht** und 40 **Stotterer**kurse eingerichtet. An nur einigen Stellen endlich stehen den Kindern mit schlechtem Schuhzeug bei nassem Wetter **Pantoffeln** zur Verfügung; eine Einrichtung, der in Rücksicht darauf, daß über 106 000 Volksschüler einen Schulweg von über 2½ Kilometer zurückzulegen haben, aus sanitären Gründen die weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Zum Kapitel der ländlichen Polizeigewalt in Ostpreußen.

Im Dorfe Kruglanken, Kr. Angerburg, erhielt am 23. Januar ein Landarbeiter, der mit seiner Tochter und deren Ehemanne, einem Schmied, bei Tische saß, den Besuch des Gemeindevorstehers und eines Gendarmen. Der Gendarm erklärte die **beiden jungen Eheleute für verhaftet**, weil sie der Brandstiftung verdächtig seien. Einen Haftbefehl konnten die Beamten nicht vorzeigen. Die junge Frau wies darauf hin, daß sie sich von ihrem 3 Monate alten Säugling, den sie an ihrer Brust nährt, nicht trennen könne. Die Beamten erwiderten: „Dann nehmen Sie das Kind mit." In Begleitung des Gendarmen und des Gemeindevorstehers wanderten die jungen Eheleute mit ihrem 3 Monate alten Säugling, der notdürftig in ein Tuch gewickelt war, zum weitentlegenen Bahnhof. Hier beauftragten die Beamten einen Arbeiter, der einen Begleitbrief an das **Amtsgericht** in **Angerburg** erhielt, das Ehepaar mit dem Kinde per Bahn nach Angerburg zu transportieren. Gegen 2 Uhr langte der Transport dort im Amtsgerichtsgebäude an. Der Mittagspause wegen war hier das Bureau geschlossen. Die Leute mußten mit dem inzwischen sehr unruhig gewordenen Kinde bis 3 Uhr im Hausflur des Amtsgerichts stehen. Als dann Beamte erschienen, wurde jeder der Verhafteten in eine Zelle gesperrt, die Frau mit ihrem Kind in eine mit einer Verbrecherin belegten Zelle.

Endlich 7 Uhr abends war es gelungen, den Amtsrichter herbeizuholen, dieser ließ sofort die verhafteten Eheleute zum Verhör vorführen. Der Transporteur vermochte ihm nur den Brief des Gemeindevorstehers aber keinen Haftbefehl zu übergeben. Nach kurzem Verhör, bei dem die Verhafteten glaubhaft nachweisen konnten, daß sie als Täter der angeblichen Brandstiftung eines alten Schuppens auf einem Gut in der Nähe von Kruglanken nicht in Frage kommen können, **hob der Amtsrichter die Haft sofort auf und entließ die Leute.** Um aber einer etwaigen nochmaligen Verhaftung vorzubeugen, erhielten die Entlassenen einen vom Amtsgericht gestempelten großen Zettel folgenden Inhalts mit auf den Weg:

Die ..... schen Eheleute aus K ... sind auf Beschluß des Gerichts aus der Untersuchungshaft entlassen.

Angerburg, den 23. 1. 13. Unterschrift.

Diesen Zettel sollten sie an ihre Türe heften, um eine etwaige Wiederholung solch ungesetzlicher Verhaftung vorzubeugen. Da die Entlassenen ohne Geld waren, auch nichts zu essen bekommen hatten, erhielten sie von der Gefängnisinspektion 1 M. zu Bahngeld für die Rückreise und 50 Pf. zu Semmel. Im Bahnwagen vierter Klasse schloß sich dem Ehepaar mit dem Säugling auch der Arbeiter an, der sich für seine Transporteurspesen einen ganz netten Rausch angetrunken hatte. Nach einstündiger Bahnfahrt und nach Zurücklegung eines dreiviertel Stunden langen Weges langten die Opfer ländlicher Beamtenwillkür spät abends zu Hause an, um sich von den ausgestandenen Schrecken und Aufregungen zu erholen. **Gegen die eifrigen Beamten, die allein auf Grund einer haltlosen Denunziation vorgegangen waren, ist Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt worden.**

Von wem mag die Denunziation ausgegangen sein?

Der Verhaftete stand bei dem Gutsbesitzer T. in G. im Dienst. Er wurde von diesem fortgesetzt schikaniert, Brennmaterial, Kartoffeln und Deputatgetreide vorenthalten und schließlich mitten im Winter, am 16. Januar, mit Frau und Säugling aus der Wohnung auf die Straße gesetzt. Die Familie fand Unterkunft im benachbarten Dorfe bei den Eltern der Frau. In der Nacht zum 16. Januar brannte auf dem Gute ein wertloser Schuppen. Der Mann beteiligte sich noch eifrig an der Löscharbeit. Eine Woche darauf erfolgte die geschilderte ungesetzliche Verhaftung.

Wie lange noch soll in Ostelbien Gutsherrschaftswillkür, verstärkt durch ortspolizeiliche Unkenntnis herrschen?

Aus der Frauenbewegung.

Geburtenrückgang und Frauenfrage.

In der Deutschen Gesellschaft für Mutterschutz und Kinderrecht referierte am Dienstag Dr. Rudolf Goldscheid aus Wien über „Geburtenrückgang, Menschenökonomie und Frauenfrage". Während man bis vor noch nicht allzu langer Zeit mit Malthus alle sozialen Uebel auf Uebervölkerung zurückzuführen suchte, sieht man heute die Geburteneinschränkung selbst als einen sozialen Mißstand an. Die Malthussche Theorie war im Grunde nichts anderes als ein Vorwand für die Herrschenden, der Bekämpfung sozialer Schäden aus dem Wege zu gehen. Was leichter, als der Natur, der natürlich bedingten Uebervölkerung, die eigenen Versäumnisse in die Schuhe zu schieben und die Notleidenden durch Ermahnung zur Enthaltsamkeit zur Beseitigung der Uebel aufzufordern. Da aber Malthus die künstliche Einschränkung durch Präventivmittel für unsittlich erklärte und nur die sexuelle Abstinenz zuließ, konnte so die Verantwortung von der Natur mit auf die unteren Klassen abgewälzt werden. Die Kindereinschränkung hat aber mit Ueberschreitung der von Malthus gesetzten Schranken inzwischen so große Fortschritte gemacht, daß heute die herrschenden Klassen bereits für ihr zahlreiches und billiges Arbeitsmaterial fürchten. Inzwischen ist das Verantwortlichkeitsgefühl unter den Menschen erstarkt. Sie wollen nicht mehr Kinder in die Welt setzen, als sie ernähren können. Solange die Ursachen schwieriger Lebensbedingungen fortbestehen, wird sich die Geburteneinschränkung noch stärker fortsetzen. Für die Zukunft ist in den Kulturländern daher noch mit einem zunehmenden Rückgang des Geburtenüberschusses zu rechnen. Die Klagen darüber sind aber unberechtigt, solange man nicht auf die Erhaltung der Geborenen die größte Sorgfalt verwendet. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß nicht nur die Größe des Zuwachses, sondern auch seine Qualität von Wichtigkeit ist. Bisher hat man nur für das Finanz- und Betriebskapital Sorge getragen, aber sich um das organische Kapital, den Menschen, kaum gekümmert und mit dem Menschenmaterial nicht gespart. Erst mit der Versicherungsgesetzgebung hat man begonnen, die Abnutzung des Menschenmaterials ebenso abzuschreiben wie die Abnutzung der Maschinen und Gebäude, die jeder Kaufmann in seiner Bilanz berücksichtigt. Nicht die Erhaltung der Art, sondern die Art der Erhaltung ist von Bedeutung. Die Entwickelung der Oekonomie führt von der Ausbeutung zur Ausnutzung. Bei der Verwertung des Menschenmaterials ist man über die Ausbeutung noch nicht hinausgekommen. Wenn der Staat Nachwuchs verlangt, muß er auch Gegenleistung durch Fürsorge buchen. Gerade an der Frau sündigt man am meisten. Man zwingt sie zur Berufsarbeit und zur Mutterschaft, ohne ihr die Vereinigung zu erleichtern. Der Weg zu dieser Befreiung führt aber nur über das politische Wahlrecht. Die Frauenfrage ist mehr als eine Frauenfrage; die Frau ist die wichtigste Förderin der Menschenökonomie. Mehr als bisher wird die Gesellschaft daher sich mit den Problemen der Frau beschäftigen müssen. — Goldscheid fesselte durch seine ihm eigentümliche Art der Verquickung biologischer und ökonomischer Begriffe für die Erkenntnis der sozialen Entwickelung. Während er den ganzen Komplex der Fragen im Auge behielt, verrannte sich der zweite Redner, Dr. Franz Oppenheimer, in seine Lieblingsidee der „inneren Kolonisation" als Allheilmittel gegen den Kapitalismus.

Versammlungen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher der Küchenmöbelbranche. In der Mitgliederversammlung, die am Mittwochabend in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße, stattfand, berichtete der Branchenleiter Opitz über die Tätigkeit der Verwaltung im Jahre 1912. Es fanden 10 Branchenversammlungen, 10 Vertrauensmännersitzungen, 23 Kommissionssitzungen, 6 Bezirksversammlungen und 350 Werkstellensitzungen statt. Dazu kamen noch 2 Versammlungen der Arbeiter der sächsischen Möbelbranche und 20 Werkstellensitzungen. — Es gelang, die Ueberstunden fast ganz verschwinden zu lassen. In bezug auf den Arbeitsnachweis ermahnt die Branchenleitung, in allen Fällen darauf zu achten, daß der Nachweis zur vollen Anerkennung kommt. Der Redner geht auf einzelne Kämpfe mit Unternehmern während des Jahres näher ein. Die Aussperrung der feiernden Arbeiter am 1. Mai war in diesem Jahre besonders groß; es wurden 73 Mitglieder ausgesperrt.

Dem Bericht folgte keine Diskussion. Die Neuwahl des Obmannes der Branche wurde in geheimer Abstimmung vorgenommen und ergab die Wahl von Opitz. Die Versammlung wählte auch eine Tarifverhandlungskommission.

Peek & Cloppenburg

BERLIN C, Gertraudtenstraße 25, 26, 27

Düsseldorf, Schadowstraße-Eckstraße Hamburg, Graskeller-Rödingsmarkt

Alpentrachten

für Damen und Herren

Ständig am Lager: Miesbach, Schliersee, Tegernsee, Berchtesgaden, Algäu, Zillertal, Steiermark, Kärnten, Meran, Sarntal, Wipptal, Oetztal, Pustertal, Passeyer, Leutasch, Flößer-, Holzknecht- u. Musikanten-Kostüme.

Jedes Stück wird auch einzeln abgegeben

Für Damen:

Röcke M. 4.-, 6.-, 7.-, 8.50, 11.-, 12.-, 15.50 bis 35.-
Dirndl-Kostüme (Brixentaler Leibelrock) in schönen Farben und Mustern M. 5.75, 8.—, 10.— bis 16.50
Mieder mit Haken M. 1.75, 2.-, 3.-, 4.25, 7.- bis 18.-
Blusen, Batist ..... M. 2.50, 3.50, 4.25
Schürzen 1.5.-, 2.-, 2.75, 3.25, 3.75, 5.-, 7.-, 8.-, 9.- bis 15.-
Gebäumte Bänder, per Meter M. 0.15, 0.25, 0.35 bis 2.75
Miedertücher ohne Fransen M 1.—, 1.20, 1.40 bis 4.—
Miedertücher mit Fransen M. 1.10, 1.40, 1.50, 2.25 bis 6.-
Taschentücher, sogenannte Bündentücher M. 0.15 0.30, 0.40, 0.85, 1.50
Strümpfe, weiß, blau, rot, einfarbig u. geringelt M. 0.60
Hüte, Filz M. 1.—, 1.25, 1.75, 2.—, 2.25, 2.50 bis 6.—
Hüte, Stroh ..... M. 1.50, 1.75, 2.— bis 3.25
Miederketten mit Münzen M. 0.60, 1.—, 1.25, 1.50 2.25, 2.50, 3.50 bis 15.—
Halsketten M. 0.80, 1.—, 1.25, 1.50, 1.75, 2.50 bis 9.—
Armbänder M. 0.90, 1.—, 1.20, 1.40, 1.75 bis 3.50

Großes Lager in Ohrringen, Broschen, Haarnadeln, Miedertuchsteckern, Anhängern, Münzen usw.

Für Herren:

Joppen M. 4.75, 5.50, 6.50, 8.50, 9.—, 10.—, 12.— 14.— bis 27.—
Hosen ..... M. 3.75, 5.—, 6.50, 7.—, 7.50, 8.50 in Leder von M. 19.— bis 35.—
Westen .. M. 2.—, 3.25, 3.50, 4.—, 4.50, 6.—, 6.75
Hüte . M. 1.—, 1.25, 1.75, 2.—, 2.50, 3.— bis 10.—
Schmuckfedern ..... von M. 0.05 bis 8.—
Hosenträger M. 1.10, 1.75, 2.—, 2.50, 3.50 bis 9.—
Gürtel M. 1.75, 2.75, 3.75, 4.25, 5.25, 6.— bis 12.—
Halstücher ..... M. 0.40, 0.50, 1.25, 1.75
Krawatten-Ringe M. 0.15, 0.30, 0.40, 0.60, 0.70, 0.90 bis 5.—
Wadenstutzen . . M. 1.40, 1.75, 2.25, 3.—, 3.50, 4.50 bis 6.—
Hemden, grob Leinen M. 2.25, extra grob M. 4.—
Uhrketten ..... M. 1.25, 1.75, 2.—, 2.50, 3.—
Schützen-Abzeichen u. Halter für Federn M. 0.15 bis 2.—

Großes Lager in geschnitzten Hirschhornwaren, wie Knöpfe, Gürtelbroschen usw.

„Miesbach" Damen-Kostüm, kompl., einfach M. 13.25, 15.75, 17.75, besser 18.50, 24, 27 bis 75

„Miesbach" Herren Kostüm, kompl., einfach M. 13.-, 15.-, 18.-, besser 20.-, 22.-, 25.- bis 60.-

Alte Original-Trachten in reichster Auswahl am Lager

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Dienstag, den 28. Januar 1913 verstarb unser Mitglied, der Genosse 2262b

Max Schubert

Bezirksführer im 120a Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersuchen

Die Funktionäre d. 8. Abt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Elektromonteur

Albert Nieß

Romintener Str. 12, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

111/20 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stockarbeiter

Louis Klose

Glienicke a. d. Nordbahn, Kurfürstenstr. 59, im Alter von 53 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 31. Januar, nachmittags 1½ Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Glienicker Gemeindefriedhofe statt.

Um rege Beteiligung ersucht

78/10 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater, der Kutscher

Karl Rienitz

durch Unfall plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet heute 2 Uhr auf dem Stahnsdorfer Friedhofe statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und guten Vaters

Fritz Bellin

sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen unseren herzlichsten Dank. 3891

Emma Bellin und Sohn.

Neukölln.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw. „Grundstein zur Einigkeit". Sonntag, den 2. Febr., vorm. 10 Uhr, im Lokal von O. Wolf, Kirchhofstr. 41

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal 1912 und Jahresbericht. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

149/5 **Die örtliche Verwaltung.**

Wegen gänzlicher Aufgabe

der Charlottenburger Filiale Nehringstr. 34, Ecke Magazinstr.

aussergewöhnlich billiger Schuh-Verkauf

Herrenstiefel jetzt nur 4.95

Herrenstiefel jetzt nur 5.75

Damen-Lackschuhe jetzt nur 5.95

Damen-Lackschuhe jetzt nur 5.75

Damenstiefel jetzt nur 4.65

Damenstiefel jetzt nur 5.75

Noch nie dagewesene Gelegenheitskäufe

Lewinsohn

Rosenthalerstr. 40-41 | Gr. Frankfurterstr. 110 | Charlottenburg Nehringstr. 34

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Die Beerdigung des Genossen

J. Wollheim

findet **heute** nachmittag 1½ Uhr von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Adlershof und Umgeg.

Am Dienstag, den 28. Januar, verstarb an Herzschwäche unser Mitglied

Julius Duchauffour

Grünau, Köpenicker Straße 79.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, am 31. Januar, nachm. 3¾ Uhr, von der Halle des Grünauer Gemeindefriedhofes aus statt. 72/6

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Gärtner

Paul Wegner

im Alter von 22 Jahren nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 1. Februar, um 4 Uhr von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 381

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 27. Januar verstarb unser Genosse, der Schneider

Heinrich Rülke

Graunstr. 25. Bezirk 597.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags 3¾ Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 224/13

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Schöneberg.

Am 27. d. M. verstarb unser Mitglied

Richard Callé.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten Schöneberger städtischen Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

257/5 **Die Ortsverwaltung.**

Kronenbock

ein schwarz, dunkles Bier von vorzüglichem Geschmack und großer Bekömmlichkeit, ist in Flaschen und Siphons, sowie Gebinden überall erhältlich oder nach telephonischem Anruf Amt Lützow 9122 direkt durch

Act.Ges. Schloßbrauerei Schöneberg.

Die Qualität ist hervorragend.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 2. Februar.

2. Abt.: 1 Uhr: Wannsee (Fürstenhof).
3. Abt.: 1 Uhr: Müggelheim (Kroppens).
4. und 7. Abt.: 1 Uhr: Wilmersdorf (Gesellschaftshaus).
5. Abt.: 2 Uhr: Steglitz (Birkenwäldchen).
6. Abt.: 12½ Uhr: Steglitz (Birkenwäldchen).
8. Abt.: 1½ Uhr: Zehlendorf (Mief) 10/5

Starts an den bekannten Stellen.

Heute Zentralfahrwartsitzung.

Hört! Hört!

Regenschirme von **2.50** an | **Lederne Handtaschen** von **3.50** an.

Kein Laden, Fabrikniederlage.

A. Möhle, Alexandrinenstr. 121, 1 Tr. Nähe Hallesches Tor.

Vorwärtslesern 5 Proz. Rabatt.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Filiale Berlin I.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Militärschneider, Kollege

Heinrich Rülke

im Alter von 62 Jahren am 28. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 1. Februar, nachmittags ¾4 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

162/10 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen in Deutschland.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 26.)
Verwaltungsstelle Berlin IV.

Nachruf.

Am 27. Januar verschied im 22. Lebensjahr nach langem Leiden unser Mitglied, Fräulein 282/3

Elise Mielke.

Ehre ihrem Andenken!

Vorwärts-Bibliothek

Der Prinzipienreiter

Eine Erzählung aus dem Jahre 1840

Von **Wilhelm Blos**

Preis gut gebunden 1 M.

Der neue Band.

Deutscher

Arbeiter-Stenographen-Bund

Ortsgruppe Groß-Berlin. **System „Roller"** Ortsgruppe Groß-Berlin.

Die Größe einer stenographischen Organisation ist zurzeit noch abhängig von der staatlichen Monopolisierung und den materiellen Mitteln, über welche sie zur Propaganda verfügt.

Arbeiter und Genossen, laßt Euch daher nicht durch große Zahlen blenden! Die Rollersche Stenographie ist 25 Proz. kürzer als das System Stolze-Schrey und bedarf nicht hinterher der Erlernung schwierigerer Oberstufen. Für die Arbeiterschaft kommt als vollkommenste Kurzschrift die Rollersche Stenographie, hervorgegangen aus der Arendsschen, in Betracht, deren leichter Aufbau am schnellsten zur praktischen Verwendung befähigt.

Neue unentgeltliche Unterrichtskurse für Damen und Herren beginnen:

Montag, d. 3. Februar, abds. 8½ Uhr:	**Abt. Wedding,** Chausseestr. 64, Bockbrauerei.
Dienstag, „ 4. „ „ „	**Abt. Charlottenburg,** Bismarckstr. 38, Wernicke.
Donnerstag, 6. „ „ „	**Abt. Gr.-Lichterfelde,** Ferdinandstr. 15, Schiller.
„ „ „ „ „	**Abt. Zentrum,** Kaiserstr. 35, Jägerheim.
„ „ „ „ „	**Abt. Gesundbrunnen,** Drontheimer Str. 4, Fritsch.
„ „ „ „ „	**Abt. Südost,** Muskauer Str. 25, H. Friedrich.
Freitag, d. 7. „ „ „	**Abt. Moabit,** Emdener Str. 19, Köhlerhütte.
Sonntag, „ 9. „ vorm. 10 Uhr:	**Abt. Pankow,** Schmidtstr. 19, Gaßmann.

Der Unterricht ist unentgeltlich, die Lehrmittel kosten 3 M., für Jugendliche 2,50 M.

Anmeldungen können schriftlich, auch zu Beginn des Unterrichts in den Lokalen erfolgen.

Um rege Beteiligung ersucht 266/15

Die Ortsgruppenleitung.
Richard Wolf, Berlin-Pankow, Nordbahnstr. 3.

Kranken- u. Sterbe-Zuschusskasse der Schneider Berlins.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Vorstandsmitglied

Heinrich Rülke

im Alter von 62 Jahren am 27. Januar plötzlich (durch Unglücksfall) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. Februar, nachmittags ¾4 Uhr von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Zur Einsegnung

Anzüge

Neueste Modelle

ein- u. zweireihig, aus blauem u. schwarzem Cheviot, erstklassige Verarbeitung, hervorragende Stoffe, vorzügliche Passform

M. 15.50 17.– 20.– 22.–
M. 25.– 28.– 33.– 35.–
M. 39.– 44.– 48.–

Kleider

Gr. Auswahl apart. Neuheiten, sehr preiswert

M. 19.– 25.– 32.– 38.–

Schuhe, Hüte, Wäsche
Handschuhe, Krawatten
in reicher Auswahl zu sehr billigen Preisen

H. Weltmann Nachf.

Stefan Esders

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42 BERLIN C Spandauer Strasse 70-71

Das Haus hat keine Zweig-Niederlassung in Berlin

Am 27. Januar, abends 6 Uhr, verstarb unser Kollege, der Angestellte der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin

Otto Schneider

im 28. Lebensjahr.

Wir verlieren in ihm einen stillen, freundlichen und jederzeit zuvorkommenden Kollegen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 266/14

Die Angestellten der Allg. Orts-Krankenkasse zu Berlin.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 31. d. Mts., nachm. 4½ Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße 37/38, statt.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am Montag, den 27. d. M. verschied nach langem, schwerem Leiden unser Bureaubeamter Herr

Otto Schneider

im 38. Lebensjahre.

Der Verstorbene, welcher seit 2. Mai 1910 in unserer Verwaltung tätig war, war ein Vorbild treuester Pflichterfüllung, dessen Andenken wir in Ehren halten.

Der Vorstand.

W. Piehl, Vorsitzender.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 31. Januar, nachmittags 4½ Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37–38 statt.

Engelhardt

Special Hell

Flasche 10 Pf.
Ueberall käuflich!

Ein **Qualitätsbräu**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Landrat, Regierung und die Stadt Berlin.

Zur Treptower Eingemeindungsfrage nimmt nun auch das „Teltower Kreisblatt" Stellung und sucht das Verhalten des Landrats von Teltow zu verteidigen. In dieser Verteidigungsschrift heißt es u. a.:

„Schon seit Jahr und Tag verhandelt Berlin mit Treptow in der Eingemeindungsfrage. Aber erst im vergangenen Monat, nachdem es mit Treptow grundsätzlich einig zu sein glaubte, ist es zum ersten Male an Kreis und Provinz herangetreten. Der Kreisausschuß hat mit Rücksicht darauf, daß die bisherigen Verhandlungen über seinen Kopf hinweg geführt worden sind, und weil erst neuerdings die Königliche Staatsregierung ihre frühere Erklärung,

wonach Eingemeindungen nach Berlin nicht mehr erfolgen können,

wiederholt hat, grundsätzlich jede Verhandlung abgelehnt. Dasselbe zu tun war auch Treptow dringend empfohlen worden unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß anderenfalls lediglich neue Erregung und neue Zwietracht zwischen Berlin und Kreis gesät werden würde.

Wenn unter diesen Umständen der Vorsitzende des Magistrats von Berlin den Versuch macht, den Vorsitzenden des Kreisausschusses entgegen dem Willen der Kreisverwaltung zu mündlichen Verhandlungen zu bestimmen, so mußte er sich wohl selbst sagen, daß er damit zu keinem Ziele kommen konnte.

Wenn im übrigen die Darstellung, die in der Presse von den Vorgängen gegeben wird, durchblicken läßt, als habe der Landrat einen Empfang des Oberbürgermeisters abgelehnt, so widerspricht dies der Wahrheit. Der Herr Oberbürgermeister hat mit dem Landrat „kurzer Hand" einen Termin zur mündlichen Verhandlung vereinbaren wollen. Dies ist vom Landrat unter Hinweis auf den mitgeteilten Kreisausschußbeschluß abgelehnt worden."

Demgegenüber hält sich das Nachrichtenamt des Magistrats für ermächtigt, den Wortlaut der zwischen den Beteiligten gewechselten Schreiben — ohne weitere Erläuterung — zu veröffentlichen. Der Magistrat von Berlin richtete unter dem 11. Januar an den Landrat des Kreises Teltow folgendes Schreiben:

„Der Gemeindevorstand in Treptow hat uns mitgeteilt, daß die Gemeindevertretung in ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß gefaßt hat, „daß sie dem — Ew. Hochwohlgeboren seinerzeit mitgeteilten — Antrage der Stadt Berlin vom 11. Dezember 12 auf Vereinigung der Landgemeinde Berlin-Treptow mit der Stadtgemeinde Berlin vorbehaltlich der zu vereinbarenden Bedingungen grundsätzlich zustimmt". Nachdem diese Kundgebung vorliegt, ist es für uns von Wert, Ew. Hochwohlgeboren darzulegen, welche Stellung die Stadt Berlin angesichts der nunmehrigen Sachlage einzunehmen gesonnen ist, und welche für den Kreis bedeutsamen Momente unsererseits dabei in Erörterung zu bringen sind. Der unterzeichnete Oberbürgermeister wird sich gestatten, demnächst kurzer Hand mit Ew. Hochwohlgeboren wegen des Zeitpunktes der danach erwünschten Unterredung in Verbindung zu treten. Nach dem Ergebnisse dieser Besprechung werden wir uns erlauben, weitere Mitteilung folgen zu lassen."

Hierauf ging nachstehende Antwort von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses beim Oberbürgermeister Wermuth ein:

„Euer Exzellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 11. d. Mts. zu erwidern, daß ich zu meinem Bedauern außer stande bin, in die gewünschte Unterredung über die Eingemeindung von Treptow nach Berlin einzutreten, weil ich mich dadurch in Widerspruch zu dem Euer Exzellenz bekannt gegebenen Kreisausschußbeschluß vom 17. v. Mts. setzen, statt ihn pflichtgemäß ausführen würde. Der Kreisausschuß kann seinerseits von diesem Beschluß, der grundsätzlicher Natur ist, nicht zurücktreten. Er würde damit seiner bisherigen in langen Jahren bewährten Politik untreu werden."

Ein einmal gefaßter Beschluß kann nicht für alle Ewigkeit gelten zumal Umstände eintreten können, die eine Aufhebung eines gefaßten Beschlusses oft zur gebieterischen Notwendigkeit machen. Im vorliegenden Falle liegen neue Beschlüsse zweier Gemeinden vor und es hätte nicht von vornherein jedwede Verhandlung unmöglich gemacht werden dürfen. Daran ändert auch nichts der Hinweis auf eine Rede des früheren Oberpräsidenten jetzigen Kultusministers Trott zu Solz, die am 26. Februar 1909 gehalten wurde und in der jedwede Eingemeindung von Vororten nach Berlin abgewiesen wird. Im jetzigen Spezialfalle liegt ein Antrag auf allgemeine Eingemeindung von Vororten nach Berlin gar nicht vor, sondern lediglich wird die Eingemeindung Treptows nach Berlin verlangt, eine Forderung, die nach Lage der Sache nur abgelehnt werden kann, wenn man die beiden Gemeinden aufs schwerste schädigen will.

Unsere Kommunalfreisinnigen im Roten Hause werden aus dieser Sachlage von neuem erkennen können, in welch schwierige Lage sie die Stadt Berlin gebracht haben, als sie seinerzeit unter dem Minister Herrfurth fortgesetzt erwogen und berieten, als dieser Minister die Stadt Berlin zu einer großzügigen Eingemeindung direkt veranlaßte. Damals wurde der Zeitpunkt von unseren Freisinnigen verpaßt, als die Staatsregierung die Eingemeindung verlangte.

Der inzwischen geschaffene Zweckverband kann nicht das leisten, was ein wirkliches Groß-Berlin leisten würde. Aber abgesehen selbst hiervon, eine Eingemeindung der Gemeinde Treptow nach Berlin ist so dringend, daß ein weiterer Aufschub die Gemeinde noch mehr schädigt, als das bisher schon der Fall war.

*

Auch die offiziöse „Berliner Korrespondenz" äußert sich zu den Vorwürfen, die in dieser Sache und in der Angelegenheit, betreffend die Uebertragung der Wohnungspolizei der Regierung gemacht worden sind. Sie will nicht gelten lassen, daß es nur Uebelwollen gegen Berlin sei, das ihr Verhalten bestimme. Die Regierung bemüht sich krampfhaft, diese Ansicht zu zerstreuen. Soweit es sich insbesondere um die Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt Berlin handelte, sucht die Regierung die Tatsache, daß sie die Stadt Berlin 7 Monate ohne Antwort gelassen hat, auf die sonderbarste Weise zu entschuldigen. Sie läßt in der „Berliner Korrespondenz" erklären:

„Die Brüskierung wird darin gesehen, daß die Staatsregierung einen Antrag des Magistrats auf Uebertragung der Wohnungspolizei von Mitte Juli v. J. bisher sachlich unbeantwortet gelassen hat. Hierzu hat der Minister des Innern in dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses ausgeführt, daß dieser Antrag eine baldige Erledigung schon aus dem Grunde ausschließen mußte, weil er von einer Denkschrift begleitet war, die sich gegen die Ueberweisung der Wohnungsaufsicht auf die Stadt aussprach und zu deren Einzelausführungen der Magistrat nach seinen eigenen Angaben im übrigen noch keine Stellung genommen hatte; gleichwohl habe der Oberpräsident, dem der Antrag eingereicht war, die Polizeipräsidenten in den bei der Errichtung von Wohnungsämtern beteiligten Städten zu Gutachten herangezogen. Das gesamte Material sei im Ministerium des Innern erst vor kurzer Zeit eingelaufen. Hier sei es ungesäumt in Behandlung genommen worden, und werde in bereits eingeleiteten kommissarischen Verhandlungen mit den zugleich beteiligten Ministerien der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe beraten. Der Minister bezeichnete hierbei den Antrag nach bestimmten Richtungen hin als diskutierbar, wenn auch seine Durchführung großen Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Wohnungspolizei von Bau- und Gesundheitspolizei begegne. Diese Darstellung wird zur Genüge kennzeichnen, daß eine Brüskierung des Magistrats durch die Staatsregierung in dieser Angelegenheit ebensowenig erblickt werden kann, wie die Staatsregierung sich durch den Magistrat zu Berlin für brüskiert erachtet hat, wenn dieser bei einer Reihe von Anfragen der Regierung seine Beantwortungsfristen weit über die hier in Betracht kommende Zeitspanne hinaus erstreckt hat."

Die Regierung klammert sich hier an der dem Antrage des Magistrats beigelegten Denkschrift eines Magistratssekretärs, die wegen ihrer Rückschrittlichkeit in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von unserem Genossen Heymann charakterisiert worden ist. Wenn die Regierung keine anderen Ausreden hat, ihr Verhalten zu rechtfertigen, so steht es sehr schlimm um ihre Verteidigung, und jeder Unbefangene bekommt den Eindruck, die Regierung hat keine Gründe, um ihre Haltung zu rechtfertigen.

Höchst belustigend ist endlich folgender Satz in dem offiziösen Rechtfertigungsartikel:

„Wenn endlich angedeutet wird, daß Berlin sich „bei dem Waldgeschäft, das der Fiskus mit dem Zweckverband machen will," der angeblichen „Brüskierung erinnern und sein Verhalten danach einrichten" werde, so wird übersehen, daß der Fiskus kein Interesse an dem Waldverkauf hat, dieses Interesse vielmehr auf seiten der im Zweckverbande vereinigten Kommunen besteht, deren Bevölkerung durch den Waldgürtel ihre Erholungsstätte finden soll."

Diese Aeußerungen sind allerdings das stärkste Stück, das die Regierung sich leistet. Man höre: „Der Fiskus hat kein Interesse am Waldverkauf." Und dabei weiß nahezu jedes Kind, daß der Zweckverband vorzugsweise gegründet worden ist, um dem Fiskus für teures Geld die Wälder abzukaufen, damit dieselben für die Groß-Berliner Bevölkerung erhalten werden. Noch heute wird gehandelt und gefeilscht, um den Fiskus zu veranlassen, die Preise einigermaßen dem Objekt angemessen festzusetzen, obwohl der Fiskus selber die Pflicht hätte, die Wälder für die erholungsuchende und steuerzahlende Bevölkerung zu erhalten. Aber der Fiskus hat kein Interesse an dem Waldverkauf! I bewahre!

*

Zum Streit um die Wohnungspolizei wird der „Vossischen Zeitung" aus Kreisen der städtischen Verwaltung Berlins geschrieben:

„In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses und in der „Berliner Korrespondenz" ist die Behauptung aufgestellt worden, daß der Antrag des Magistrats auf Ueberweisung der Wohnungspolizei vom 16. Juli 1912 von einer Denkschrift begleitet gewesen sei, die sich gegen die Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt ausgesprochen habe. Diese Behauptung ist unverständlich; das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Denkschrift des Magistratsassessors Dr. Siegel bezeichnet auf der in Frage kommenden Stelle Seite 18 gerade das Fehlen jeglicher Polizeigewalt auf seiten der Stadt als einen bedauerlichen Mangel, der sich unangenehm fühlbar mache. Sie erwägt nur, ob auch ohne Polizei eine kommunale Wohnungsaufsicht möglich sei, und kommt mit Einschränkung zu einer Bejahung der Frage. Die Denkschrift schließt auch die fragliche Erörterung mit den Worten: „Wenn wiederum ein Gesetzentwurf über das Wohnungswesen eingebracht wird, so wird es sich empfehlen, daß die Stadtgemeinde die Forderung erhebt, daß den Gemeinden durchweg die zur Durchführung der Wohnungsaufsicht nötigen polizeilichen Zwangsbefugnisse übertragen werden." Die Denkschrift steht daher durchaus nicht zu der Ansicht des Magistrats in irgend einem Gegensatz und konnte in keiner Weise gegen den Antrag des Magistrats auf Uebertragung der Wohnungspolizei verwertet werden."

*

Der Provinziallandtag nahm dann in seiner gestrigen Sitzung nochmals Veranlassung — wiederum einstimmig — sich grundsätzlich gegen jede Eingemeindung von Provinzialgebiet in den Bereich der Stadt Berlin mit aller Entschiedenheit auszusprechen und deshalb auch die wiederholt nachgesuchte Aufnahme von Verhandlungen wegen der Ueberlassung von Treptow unbedingt abzulehnen.

Was zu erwarten war. Gerade im Provinziallandtag war schon bisher der größte Widerstand gegen jede Eingemeindung von Orten der Provinz nach Berlin geleistet worden, was für die Regierung Anlaß genug war, sich ohne weiteres den Wünschen der von den Agrariern beherrschten Provinzialvertretung zu fügen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

4. Kreis. Die Residenzsäle, Landsberger Str. 31, Inhaber F. Walterstein, stehen jetzt der organisierten Arbeiterschaft zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Nauen B.-T. steht uns nunmehr auch das Lokal Zum großen Stein, Inh. Laper, zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Steglitz-Friedenau. Heute Freitag, den 31. Januar, abends 8½ Uhr, findet bei Heizmann, Steglitz, Florastr. 2a, der Lehrabend für junge Parteigenossen statt. Genosse Däumig wird über „Die Entwickelung zum Sozialismus" vortragen.

Petershagen, Fredersdorf und Umgegend. Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Zum alten Dessauer" in Petershagen, Hennickendorfer Straße: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die kommenden preußischen Landtagswahlen, die Rechte und Pflichten der werktätigen Bevölkerung hierzu. Referent: Genosse Max Barth.

Zu obiger Versammlung findet am Sonntagvormittag eine Handzettelverbreitung statt. Das Material ist spätestens am Sonnabend abzuholen in Petershagen bei A. Claas, Bruchmühlenstraße; in Fredersdorf bei Grosse.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

unterhielten sich gestern über das Projekt der Zusammenlegung der Polizeireviere, mit dem Herr v. Jagow die Bevölkerung Berlins überrascht hat. Eine Anfrage freisinniger Stadtverordneter ersuchte den Magistrat um Auskunft, was er da tun wolle. Stadtverordneter Knauer führte zur Begründung eine Reihe von Bedenken an, die ihm aufgestoßen sind. Auch das findet er bedenklich, daß bei längeren Wegen zu den Polizeiwachen künftig die Schutzleute vielleicht — weniger Sistierungen vornehmen werden. Stadtrat Hamburger suchte die Vorzüge herauszustreichen, die diese neueste Jagowsche Reform seiner Meinung nach hat. Einspruch dagegen zu erheben, habe der Magistrat keinen Anlaß. Weniger freundlich äußerte sich Stadtverordneter Bry, doch faßte auch er die Polizei nicht allzu unsanft an. Genosse Liebknecht bescheinigte diesen Rednern, daß die Berliner Polizei mit ihnen zufrieden sein könne. An sich sei gegen die Revierzusammenlegung nicht viel einzuwenden; aber der Hauptgrund und Hauptzweck dieser Maßregel müsse vor der Oeffentlichkeit festgestellt werden. Unser Redner wies auf die politischen Motive hin, die Herrn v. Jagow den Wunsch eingegeben haben, die „Schlagfertigkeit" und „Stoßkraft" der Polizei zu steigern. Ihm komme es darauf an, bei Streiks oder Demonstrationen die Polizei leichter mobilisieren zu können. Zu einem praktischen Ergebnis konnte die Debatte nicht führen, die Stadtverwaltung hat ja in Berlin über das Polizeiwesen nicht zu entscheiden. Mit der Erklärung des Magistratsvertreters war die Anfrage erledigt.

„Herr im Hause" zu werden, sollte die Stadtverwaltung nicht nur für das Polizeiwesen anstreben. Auch in der Betätigung auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist ihr mehr Selbständigkeit zu wünschen, aber hier, wo sie sie haben könnte, überläßt sie am liebsten anderen das Feld. Kennzeichnend für die Stellung, die gegenüber solchen Aufgaben der Berliner Stadtfreisinn einzunehmen liebt, ist der Streit um die Forderung eines kommunalen Arbeitsnachweises. Einen kleinen Schritt auf dem Wege zu ihrer Erfüllung bedeutet der gestern vorgelegte Magistratsantrag, dem Zentralverein für Arbeitsnachsweis die Beihilfe aus dem Stadtsäckel wieder zu erhöhen, aber dafür nunmehr auch der Stadtgemeinde mehr Einfluß auf die Geschäftsführung zu sichern. Genosse Dupont zeigte, daß nur eine vollständige Uebernahme in die Regie der Stadt den oft beklagten Mängeln des Arbeitsnachweises abhelfen kann. Sie sei um so notwendiger, weil dieses Institut unter privater Leitung immer mehr in ein reaktionäres Fahrtwasser zu geraten drohe. Gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Magistrat um baldigste Uebernahme des Arbeitsnachweises zu ersuchen, wandte sich Oberbürgermeister Wermuth. Er warnte vor Uebereilung und suchte zu beschwichtigen durch die Erklärung, daß die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises nicht auf die Dauer von der Hand zu weisen sei. Der Antrag unserer Genossen fand bei den Freisinnigen keine Unterstützung und wurde von ihnen nicht mal der Ueberweisung in einen Ausschuß für wert gehalten. Einem Ausschuß wurde die Magistratsvorlage überwiesen.

Weiter ist Berlin in einer anderen Verstadtlichungsfrage vorgerückt. Die Verstadtlichung des Rettungswesens, die so oft von unseren Genossen gefordert wurde, ist beschlossene Sache. Gestern legte der Magistrat den Plan für die nunmehr durchzuführende Neuordnung des Rettungswesens vor. Daß die Gegner der Verstadtlichungsidee wenigstens hier sich endlich eines Besseren haben belehren lassen, stellte Genosse Weyl mit Befriedigung fest. Den Stadtverordneten Sachs verdroß es, dem Freisinn seine späte Einsicht vorgehalten zu sehen.

Zu einer Debatte über kommunale Bodenpolitik kam es aus Anlaß eines Magistratsantrages über Grundstücksverkäufe. Gegen die Veräußerung von Grundbesitz der Stadt erhoben unsere Genossen Ewald und Arons lebhaften Einspruch, indem sie auf den Ausweg der Erbbaupacht hinwiesen. Die freisinnige Mehrheit, die hier noch nicht zur Einsicht gekommen ist, beschloß den Verkauf.

Der Fortbezug russischen Fleisches

durch die Gemeinden Groß-Berlins über den 1. April hinaus ist durch die endlich erteilte Genehmigung des Landwirtschaftsministers bis zum 1. Oktober gesichert. Mit dieser Genehmigung ist zwar der Weiterbezug des ausländischen Fleisches den Sommer hindurch sichergestellt, aber ein besonderes Entgegenkommen gegen die großstädtische Bevölkerung bedeutet die Antwort des Landwirtschaftsministers nicht. Wenn der Fleischbezug ein wirklich vorteilhafter sein soll, so muß die Gemeinde größere Bewegungsfreiheit haben. Und diese Bewegungsfreiheit kann nur in der Bewilligung eines längeren Zeitraumes für die Einfuhr ausländischen Fleisches liegen. Nur dadurch ist es der Gemeinde möglich, günstige Abschlüsse zu machen, die den Gemeindeangehörigen zugute kommen. Von einem Minister, der den Gemeinden den Rat erteilt, mit Viehgenossenschaften langjährige Verträge zu schließen, müßte man eigentlich ohne weiteres erwarten, daß er die verlangte Genehmigung auf einen längeren Zeitraum erteilt, als es geschehen ist.

Soweit es sich um den Umsatz des eingeführten Fleisches handelt, muß festgestellt werden, daß die großstädtische Bevölkerung heut schon selber herausgefunden hat, daß die Qualität des eingeführten Fleisches mit dem des hiesigen Fleisches sich jederzeit messen kann. Die Fleischermeister, die anfänglich bestrebt waren, der Bevölkerung den Genuß des russischen Fleisches zu verekeln, haben sich mit der Zeit überzeugen müssen, daß das Publikum sein Urteil sich selber bildet. Und wir haben erleben müssen, daß es Fleischermeister gegeben hat, die es sich angelegen sein ließen, sich russisches Fleisch zu verschaffen, um es der Kundschaft als hiesiges Fleisch zu verkaufen. Uns ist ein großes Warenhaus bekannt, das vor einiger Zeit recht bedenkliche Praktiken angewendet hat, um im Besitz größerer Mengen russischen Fleisches zu gelangen. Seitdem der Magistrat dazu übergegangen ist, den Fleischverkauf in zahlreichen Läden betreiben zu lassen, ist den Wünschen der breiteren Massen der Bevölkerung zum erheblichen Teile Rechnung getragen worden. Erinnert sei noch daran, daß in letzter Zeit der Magistrat bestimmt hat, daß Fleisch ohne Knochen mit 10 Pf. Aufschlag pro Pfund verkauft werden kann, um auch die Klagen über zu große Knochenbeilagen zu beseitigen. Sodann sollen auch gehacktes Rind- und Schabefleisch sowie gepökelte Zungen, Eisbeine und Spitzbeine verkauft werden dürfen. Die vom Magistrat festgesetzten Preise sind immer noch erheblich niedriger als sie sonst für das hiesige Fleisch gefordert werden, und es kann nur gewünscht werden, daß die Bevölkerung von der zu ihren Gunsten geschaffenen Einrichtung möglichst ausgiebigen Ge-

brauch macht. Der Verkauf erfolgt in Läden, in denen besondere Plakate auf das ausländische Fleisch hinweisen. Der größte Teil der Läden ist von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend bereit gestellt worden, zu denen in Kürze einige weitere hinzukommen werden.

Der Stillstand in der Entwickelung der Berliner Verkehrsmittel mit eigenem Bahnkörper. Ein Stillstand in der Verkehrsentwickelung der öffentlichen Verkehrsmittel der Reichshauptstadt mit eigenem Bahnkörper, der Stadt- und Ringbahn wie der Hoch- und Untergrundbahn, wurde von uns für das Jahr 1912 festgestellt. Diese Beobachtung beschäftigt die Fachwelt und weitere Kreise fortgesetzt. Man frägt sich nach den Gründen. Bei der Hochbahn werden verschiedene Ursachen ins Feld geführt. Mehr als die Hälfte der Abnahme glaubt man auf die Abwanderung der Raucher zurückführen zu müssen. Als weitere Gründe werden angeführt der Umbau und das Umsteigen beim Gleisdreieck, die Störung des Verkehrs der Untergrundbahn in der inneren Stadt durch den Wassereinbruch im vergangenen Sommer, der steigende Wettbewerb eines anderen Schnellverkehrsmittels, des Automobilomnibusses. Man glaubt, daß das Publikum sich den billigeren Verkehrsmitteln, der Straßenbahn und dem Pferdeomnibus zuwendet. Für den Stillstand der Entwickelung bei der Stadt- und Ringbahn dürfte keiner dieser Gründe geltend gemacht werden können. Hier dürfte in erster Linie die steigende Unzufriedenheit mit der langsamen und veraltenden Art der Beförderung erheblich mitwirken.

Schulferien 1913. Die Ferien an den Unterrichtsanstalten im Amtsbereich des Provinzialschulkollegiums von Berlin sind für das Schuljahr 1913 wie folgt festgesetzt: Zu Ostern schließt der Unterricht am Mittwoch, den 19. März, und beginnt wieder am Donnerstag, den 3. April. Zu Pfingsten schließt der Unterricht am Freitag, den 9. Mai, und beginnt am Freitag, den 16. Mai. Bei den Sommerferien schließt die Schule am Freitag, den 4. Juli, und beginnt wieder am Dienstag, den 5. August. In Groß-Berlin beginnt der Unterricht aber erst wieder am 12. August. Im Herbst ist Schluß am 27. September, Wiederbeginn am 15. Oktober, in Groß-Berlin am 8. Oktober. Vor Weihnachten schließt der Unterricht am 23. Dezember und beginnt wieder am 6. Januar.

Der goldene Fahrstuhl.

Man erinnert sich, wie die Beziehungen der bürgerlichen Presse zu den bürgerlichen Spielklubs vor Jahren außerordentlich plastisch dadurch dargestellt wurden, daß ein reicher Börsen- und Spieljobber für einen bekannten Klub der bürgerlichen Presse das Geld für die Einrichtung eines Fahrstuhls erlegte. Etwas Aehnliches, nur weniger massiv und weniger durchsichtig, wird uns aus bürgerlichen Kreisen mit der Bitte um warnende Veröffentlichung mitgeteilt. Nach diesen Mitteilungen, die für wahr zu nehmen wir allen Grund haben, sollen einige Berliner bürgerliche Blätter, die aber selbst in diesen Kreisen und darüber hinaus als minderwertig bekannt sind, darum über merkwürdige Vorgänge in einem Spielklub in der Bellevuestraße sich in verdächtiges Schweigen gehüllt haben, weil ihnen auf dem nicht mehr ungewohnten Wege einer regelmäßigen Annoncenzufuhr eines Zigarren vertreibenden Mitgliedes des Klubs der Mund gestopft wurde. In dem gekennzeichneten Klub sollen auf mehr oder weniger offene Art wie schon früher, so ganz besonders in den letzten Wochen, Hunderttausende verloren worden sein. Wenn man bedenkt, wieviel Tausende von Familien arbeitender Menschen sich tagaus, tagaus abrackern müssen, um nur ein Tausendstel eines solchen einzigen Spielabendverlustes zu erobern, so wird man es begreifen, wenn wir der Zuschrift aus bürgerlichen Kreisen hier gern den Raum für ihre Veröffentlichung dargeboten haben.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Feuerwehr.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Feuerwehrgefährt und einem Straßenbahnwagen spielte sich gestern vormittag gegen 9½ Uhr an der Ecke der Prinzen- und Sebastianstraße ab. Ein Zug der Feuerwache 2 in der Köpenicker Straße kehrte von einem Brand in der Sebastianstraße zurück und wollte aus der Sebastianstraße in schnellem Tempo in die Prinzenstraße einbiegen. In dem Augenblick, als der Wagen des Brandmeisters v. Fricken, der nach Ablöschung des Brandes als erster fortgefahren war, um die Ecke bog, kam ein Straßenbahnwagen der Linie 37 von der Köpenicker Straße in der Richtung Kreuzberg in ziemlich schneller Fahrt. Da an der Straßenkreuzung sich Glatteis gebildet hatte, vermochte der Fahrer des Feuerwehrwagens Kosnacki die Pferde nicht mehr zu zügeln und der leichte Wagen prallte mit voller Wucht gegen den Motorwagen. Bei dem Zusammenstoß wurde Brandmeister v. Fricken, der Fahrer Kosnacki und der Mitfahrer Welck auf das Pflaster geschleudert, wobei der Brandmeister eine leichte Rippenquetschung und Kopfverletzung, der Mitfahrer eine Kopfverletzung und der Kutscher eine schwere Rippenquetschung und innere Verletzungen davontrug. Die drei Verunglückten wurden nach der Unfallstation in der Kommandantenstraße gebracht, wo der Arzt nach Anlegung von Notverbänden den Brandmeister v. Fricken und den Mitfahrer Welck in ihre Wohnungen entlassen konnte, während Kosnacki in das Urban-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Einen schaurigen Fund machte Mittwoch der Verwalter eines Hauses in der Königgrätzer Straße. Als er über den Flur ging, entdeckte er am Fuß der Treppe ein Paket aus braunem Packpapier. Er öffnete es und fand darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die er dann er Revierpolizei übergab. Im Schauhause wurden bei der vorläufigen Besichtigung Spuren eines gewaltsamen Todes an der kleinen Leiche festgestellt. Die Packpapierhülle enthielt einen aufgeklebten Zettel, dessen Aufschrift aber unleserlich gemacht worden ist. Die Leiche war außerdem in weißes Leinentuch mit roter Kante eingewickelt.

Ein Eisenbahnunfall hat sich Mittwoch vormittag in der Nähe des Bahnhofs Charlottenburg zugetragen. Der 35jährige Rangierer Leonhard Engelhardt aus der Kaiser-Allee 119 in Friedenau, der auf der genannten Station angestellt war, befand sich gegen 8 Uhr morgens auf dem Wege nach seiner Arbeitsstätte. Als er die Stadtbahngleise überschritt, wurde er in der Nähe des Lokomotivschuppens von der Maschine eines ihm entgegenkommenden Personenzuges, dessen Annäherung er nicht bemerkt hatte, erfaßt und umgestoßen. Obwohl der Zug fast augenblicklich zum Stehen gebracht werden konnte, war der Rangierer doch bereits unter die Lokomotive geraten und ein Rad war ihm über das rechte Bein gegangen, das fast völlig vom Körper abgetrennt worden war. Der Schwerverletzte wurde von Bahnbeamten nach der nahen Unfallstation gebracht, wo ihm Notverbände angelegt wurden. Von dort aus wurde E. nach dem Krankenhause Westend geschafft.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Mittwoch abend auf dem Bahnhof Papestraße ereignet. Dort versuchte der 50jährige Schmied Hermann Schroeder aus der Feurigstraße 44 in Schöneberg, auf einen Stadtbahnzug aufzuspringen, der sich eben in Bewegung gesetzt hatte. Sch. kam jedoch dabei zu Fall und geriet zwischen die Trittbretter der Waggons und den Bahnsteig. Glücklicherweise konnte der Zug bald zum Stehen gebracht werden. Unter großer Mühe gelang es den Verunglückten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Schmied hatte schwere Kopfverletzungen und Quetschungen am ganzen Körper davongetragen. Er erhielt auf der Hilfswache in der Vorbergstraße Notverbände und wurde dann nach dem Schöneberger städtischen Krankenhause geschafft.

In eine gefährliche Situation geriet am gestrigen Donnerstagnachmittag der Arbeiter Walter Köhler, Neue Jakobstr. 5 wohnhaft. K., der in der Fabrik von Hartmann in Neukölln angestellt ist, wollte nach Feierabend ein Bad nehmen und begab sich in den Baderaum. Während er das heiße Wasser aus dem Kessel abließ, versah er den Badeofen wieder mit Kohlen. Dabei schloß er jedoch aus Unachtsamkeit die Ofenklappe, so daß die Gase in den Raum eindrangen und K. im Bade betäubten. Ein zufällig hinzukommender Kollege fand Köhler bereits bewußtlos auf. Der von der nahen Unfallstation herbeigerufene Arzt rief Köhler mittels Sauerstoffapparates ins Leben zurück und veranlaßte seine Ueberführung in das Krankenhaus.

Schweinefleisch aus Schleswig-Holstein hat die Stadt Schöneberg für die Einwohnerschaft besorgt, das am Sonnabend zum Verkauf eintrifft. Die Abgabe des Fleisches an das Publikum soll durch die Schöneberger Fleischermeister zu billigeren Preisen als bisher erfolgen.

Großfeuer. Gestern abend kurz nach 6 Uhr gerieten einige am Schäfersee in Reinickendorf gelegene Eisschuppen in Brand. Da das Feuer auf eine danebenliegende Schweinemästerei und auf einige Wohnhäuser in der Residenzstraße überzuspringen drohte, erbat sich die Reinickendorfer Feuerwehr die Hilfe der Berliner Feuerwehr, die dann auch mit zwei Löschzügen anrückte. Den vereinten Kräften gelang es, das Feuer auf den Brandherd zu beschränken. Die Ursache des Brandes war bisher nicht festzustellen. Bei den Löscharbeiten zog sich bedauerlicherweise ein Feuerwehrmann durch Ausgleiten auf der Leiter eine Fußverletzung zu.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Daß die postalischen Verhältnisse in Lichtenberg beinahe auf der Höhe eines hinterpommerschen Dorfes stehen, wird durch eine neue Entscheidung der kaiserlichen Oberpostdirektion wieder einmal dargetan. Im Auftrage der Stadtverordnetenversammlung und entsprechend zahlreich geäußerten Wünschen aus der Bürgerschaft hatte der Magistrat in mehreren Eingaben die Einführung der Telegramm-Nachtbestellung erbeten. In der Antwort zeigt sich die Verwaltung wieder vollständig auf der Höhe der ihr eigenen Argumentation. Da die Interessierten wissen, daß nachts nicht ausgetragen wird, bestellen sie natürlich keine Telegramme. Und nun konstatiert die Oberpostdirektion, daß „von den nach den Bestimmungen der Telegraphenordnung auch während der Nacht zu bestellenden Telegrammen nach dem Jahresdurchschnitt noch nicht ein Stück auf den Monat entfalle". Die Antwort ist verblüffend genial. Gerade so wie die ablehnende Antwort in bezug auf die geforderte Rohrpostverbindung. Kaufleute, Industrielle und Private bringen ihre eiligen Postsendungen nach Berlin, weil Lichtenberg der Eilbeförderung ermangelt. Mit unbekümmerter Seelenruhe stellt dann die Oberpostdirektion fest: In Lichtenberg werden nur wenige Eilsendungen aufgegeben, mithin erübrigt sich die Anlage einer Rohrpostverbindung! Aber die Postdirektion läßt Gnade vor Recht ergehen und sie bestimmt: „Um jedoch den dortseitigen Wünschen entgegenzukommen, wird vom 1. Februar ab versuchsweise die Telegrammnachtbestellung eingeführt werden. Sollte sich jedoch nach längerer Zeit herausstellen, daß von der Einrichtung kein ausreichender Gebrauch gemacht wird, so müßte sie wieder aufgehoben werden. Die Auflieferung von Telegrammen kann beim Postamt in Berlin-Lichtenberg während der ganzen Nacht erfolgen." — Der Postdirektion wäre übrigens zu empfehlen, den Schalterdienst etwas mehr den gesteigerten Verkehrsansprüchen anzupassen. Die Aufgabe eines Einschreibebriefes, die Einzahlung von Geldern, der Einkauf von Postwertzeichen bedingt oft eine Wartezeit von ½—1 Stunde. Ganz besonders sind die Annehmlichkeiten an der Post, wenn jemand an einem Schalter eine halbe Stunde gewartet hat und er wird dann zum anderen Schalter geschickt, um Freimarken zu erlangen, obwohl beide Schalterschilder den Verkauf von Postwertzeichen anzeigen. Eine solche Behandlung des Publikums ist einfach unpassend. Die Post ist des Publikums wegen eingerichtet, dessen dürfte auch die verehrliche Direktion sich bewußt sein.

Einen schrecklichen Tod hat am gestrigen Donnerstagmittag der dreijährige Kurt, der Sohn des Arbeiters Wnitzke aus der Seumestraße gefunden. Die Mutter des Kindes hatte einen Waschtrog auf den Boden der Küche gestellt und ihn zur Hälfte mit kochendem Wasser gefüllt. Der Knabe, der in der Nähe spielte, näherte sich dem Troge rückwärts und stürzte in das Wasser. Ein sofort hinzugerufener Arzt ordnete die Ueberführung nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhause an, wo der Kleine jedoch kurz nach seiner Einlieferung verstarb.

Neukölln.

Von einem Automobil überfahren. Als am gestrigen Donnerstagmittag die 35jährige Frau Zienecke, Hermannstr. 232 wohnhaft, in der Bergstraße einen Pferdeomnibus verlassen und den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde sie von einer in raschem Tempo herannahenden Autodroschke überfahren. Die Verunglückte, die eine Gehirnerschütterung und Oberschenkelbruch davongetragen hatte, fand im Krankenhause Buckow Aufnahme.

Charlottenburg.

Ein Einzelverkauf von russischem Rinder- und Schweinefleisch findet am Sonnabend im Charlottenburger Fleischschauamt, Spreestr. 30, zu den bekannten billigen Preisen statt, und zwar vormittags von 9 bis 12 Uhr und soweit der Vorrat reicht, nachmittags von 2 Uhr ab.

Adlershof.

In die Wählerliste zur Gemeindevertreterwahl sind im ganzen 2400 Wähler eingetragen. Von diesen gehören 1845 der dritten, 537 der zweiten und nur 9 Wähler der ersten Abteilung an. Auf das Wahlrecht übertragen bedeuten die Ziffern, daß ein Wähler der ersten Abteilung in Adlershof mehr als 59mal soviel Recht wie ein Wähler der zweiten und 205mal soviel Recht wie ein Wähler der dritten Abteilung besitzt. Gegen das Vorjahr ist nur eine unwesentliche Veränderung eingetreten. 1912 gehörten von 2252 eingeschriebenen Wählern 1768 der dritten, 477 der zweiten und 7 der ersten Abteilung an.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Wie werden die Interessen der ärmeren Bevölkerung der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst von der Gemeindevertretung gewahrt? So lautete das Thema über das Gemeindevertreter Genosse Pinseler in einer am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Der Referent rollte in großen Zügen die sozialpolitischen Forderungen unserer Partei an die Gemeinde auf. Hierauf streifte er noch die Frage des russischen Fleischverkaufs, auch kam er auf die Erbauung der eigenen Gasanstalt zu sprechen. Zum Schluß der Versammlung wurden noch einige Angelegenheiten erörtert, mit denen sich die Kreiskonferenz des näheren beschäftigen soll.

Pankow-Niederschönhausen.

In der Sitzung der Gewerkschafts-Unterkommission wurden nach Entgegennahme des Berichts die bisherigen Vertreter wiedergewählt. Zu der bevorstehenden Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer teilte Genosse Gütig mit, daß die Aenderung des Statuts genehmigt sei, die Neuwahlen würden wahrscheinlich im Februar stattfinden. Die Aufstellung der Kandidaten soll in einer öffentlichen Versammlung kurz vor der Wahl erfolgen.

Da die Reichsversicherungsordnung am 1. Januar 1914 in Kraft tritt, unter den Delegierten aber noch große Unkenntnis herrscht, soll ein Kursus über dieselbe veranstaltet werden. Als Vortragender ist der Genosse Koblenzer gewonnen. Der Kursus beginnt am 19. Februar und erstreckt sich auf sechs Abende. Der Beitrag für den Kursus beträgt 1 M. für alle sechs Abende. Anmeldungen sind zu richten an den Obmann Genossen Gütig, Pankow, Binzstr. 35. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Sitzung. Unentschuldigt fehlte der Vertreter der Zimmerer.

Pankow.

Von Taubendieben heimgesucht wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ein Bewohner des Hauses Spiekermannstr. 5 namens Waltersdorf. Der oder die Diebe verschafften sich Eingang zum Hausboden und stahlen alsdann 60 Tauben. Um gegen Verwechselung der Tauben geschützt zu sein, hatte der bestohlene Besitzer derselben sie vorher unter den Flügeln mit dem Namen Waltersdorf gestempelt.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Die Gemeindevertretung stellte in ihrer letzten Sitzung die Jahresrechnung für 1911 fest. Da diese für Umsatz-, Grundwert- und Wertzuwachssteuer einen Restbetrag von zirka 20 000 M. aufwies, wurde beschlossen, für Stundungen größerer Steuerbeträge in Zukunft Verzugszinsen in Höhe von 4 Proz. zu erheben. Angenommen wurde eine neue Umsatzsteuerordnung, die eine Steuerfreiheit ausspricht, wenn der Käufer eines Hauses bei Subhastation das Grundstück zur Rettung seiner Hypothek übernehmen muß. Bezüglich des Anschlusses der Gemeinde an das vom Kreise Niederbarnim geplante Zentralwasserwerk wurde beschlossen, eine eingehende Prüfung vorzunehmen und insbesondere von einem Sachverständigen ein Gutachten einzufordern, das einen Vergleich zwischen den Kosten der Errichtung eines Gemeindewasserwerks und des Anschlusses an das Kreiswasserwerk ermöglicht. Genosse Tobias wies eindringlich darauf hin, daß bei einer Wasserversorgung auch an eine Entwässerung gedacht werden müsse, denn mit dieser liege es in unserer Gemeinde sehr im argen. Bei Verlesung des Protokolls über die vorhergegangene geheime Sitzung erfuhr die Oeffentlichkeit, daß die Gemeindevertretung — natürlich gegen die Stimmen unserer Genossen — der Diakonissenstation (Verein Frauenhilfe) eine jährliche Beihilfe von 150 M. bewilligt hat. In unserer Nr. 225 v. J. hatten wir schon über diese, durch ihre Begleitumstände interessante, die Tätigkeit des Landrats beleuchtende Angelegenheit berichtet. Der fromme Verein blitzte erst mit seinem Antrag — durch das Eingreifen unserer Genossen — bei der Gemeindevertretung ab, steckte sich dann hinter den Landrat und erhielt mit dessen Hilfe die Geldunterstützung, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde Vertretung im Vorstande erhalten solle. Das paßte dem Verein aber nicht, er wandte sich wieder an den Landrat, dieser ergriff abermals seine Partei und ersuchte die Gemeindevertretung um die Bewilligung einer Beihilfe, ohne daß Bedingungen daran geknüpft werden. Das lehnte die Gemeindevertretung ab. Wir fragten damals, ob nun wieder der Landrat in Bewegung gesetzt wird? Das ist geschehen und zwar mit Erfolg. Das Zauberwort: „der Herr Landrat wünscht es", hat seine Wirkung auf die bürgerlichen Vertreter nicht verfehlt. Sie sind jetzt zu Kreuze gekrochen, haben aber dieses Mal vorher die Türen zugemacht — was nachzufühlen ist.

Rahnsdorf.

Zur Bekämpfung der Mückenplage sollen mit Beginn nächster Woche ab durch die freiwillige Feuerwehr die Kellerwände sämtlicher Grundstücke abgebrannt werden. Kosten entstehen dadurch den Hausbesitzern nicht.

Tegel.

Gemeindevertreterwahlen in der dritten Klasse stehen demnächst bevor infolge Wahl eines Eingesessenen (Hausbesitzers) an Stelle des Herrn Wistuba, dessen Mandat seit einigen Jahren gerichtlich angefochten wurde, und eines Ersatzmannes für Genossen Lichtenberg (Nichteingesessenen), der von Tegel verzieht. Unsere Genossen haben mithin die Pflicht, die Wahl rechtzeitig so zu organisieren, daß diese Mandate der Sozialdemokratie, die sie zu beanspruchen hat, erhalten bleiben.

Nieder-Schönhausen.

Ueber den preußischen Parteitag referierte in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Taubmann, Weißensee. An das Referat schloß sich eine längere Diskussion, speziell über die Frage der Doppelkandidaturen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde, einer Anregung des letzten Frauenleseabends zufolge, beschlossen, für den kommenden Sommer mit dem hiesigen Hausarztverein ständige Kinderspiele und Ausflüge zu arrangieren. Zu diesem Zwecke wurde ein Ausschuß von 6 Personen gewählt. Alsdann erfolgten mehrere Neuaufnahmen.

Nowawes.

Die Gemeindeverwaltung verlegt am Montag, den 3. Februar, die bisher im Hause Zietenstr. 1 mietsweise untergebrachten Bureaus des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, das Versicherungs- und Wahlbureau sowie die Ausgabestelle für Quittungskarten und Angestelltenversicherung nach dem eigens für diesen Zweck hergerichteten Hause Lindenstr. 56. Dorthin werden am Mittwoch, den 4. Februar, auch die Bureaus der Standesamtsverwaltung verlegt. Diese Uebersiedelung nach dem in nächster Nähe des Rathauses befindlichen neuen Heim liegt nicht nur im Interesse des Publikums, sondern auch in dem der Verwaltung, die dadurch eine bequemere Verbindung der verschiedenen Bureaus unter einander schafft und voraussichtlich auch an Verwaltungskosten sparen wird.

Gerichts-Zeitung.

Eine fortgesetzte Versammlung — oder eine neue?

Diese Frage beschäftigte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I in einer Verhandlung gegen die Genossen Gastwirt Alfred Paersch und Maschinenformer Johannes Russow in zweiter Instanz.

Am 10. Mai 1912 fanden sechs öffentliche politische Versammlungen statt, welche gegen die Vorgänge im Preußischen Landtage bei der Ausweisung des Genossen Borchardt protestierten. Im „Stadttheater Moabit" referierte der Landtagsabgeordnete Hirsch. Hier war der Genosse Paersch Leiter. Eine andere Versammlung, welche von dem Genossen Johann Russow geleitet wurde, war für die „Pharussäle" angemeldet; dort hielt Dr. Liebknecht die Rede. In beiden Versammlungen war der Zudrang von Anfang an so groß, daß im Einverständnis in Moabit direkt auf Wunsch der Polizei nach Füllung der Säle die Menge in den Garten geleitet wurde, wo sie wartete. In beiden Versammlungen sagten die Leiter zu der Polizei, daß sie die Versammlung in den Garten „verlegen" würden, weil der Andrang zu groß wäre. Die Polizeibeamten erklärten in beiden Fällen, daß sie nach dem Gesetze eine Genehmigung hierzu nicht zu geben hätten; aber sie wendeten auch nichts dagegen ein. Auch machte verständigerweise keiner der Polizeibeamten von § 14 des Vereinsgesetzes Gebrauch, welcher die Auflösung der Versammlung im Garten gestattet hätte, wenn sie eine neue, unangemeldete Versammlung gewesen wäre.

Im „Moabiter Stadttheater" redete Genosse Hirsch zuerst im Saal, dann wurde dort die Resolution vorgelesen, und der Leiter der Versammlung ersuchte die im Saal Anwesenden, nicht in den Garten nachzudringen, um die dort Versammelten nicht zu stören. Darauf begab sich das Bureau mit dem Redner und den Polizeibeamten nach dem Garten, wo Hirsch ein zweitesmal sprach. Nach Beendigung seiner Rede fand die übliche Aufforderung zum Beitritt zur Organisation und ein Hoch auf die Sozialdemokratie statt, worauf die Versammlung ausdrücklich für geschlossen erklärt wurde.

Ebenso wurde in den „Pharussälen“ vorgegangen; nur daß Dr. Liebknecht hier zuerst im oberen Saal, dann im unteren Saal und endlich im Garten sprach.

Das ganze Verfahren war zweckmäßig. Hätte die Polizei die Verlegung der Versammlung verhindert, so wäre eine zwecklose und vielleicht gefährliche Aufregung unter den Tausenden, die nur noch im Garten Platz fanden, hervorgerufen worden.

Der Ruhm, daß die Polizei im vorliegenden Falle recht vernünftig und zweckmäßig gehandelt hatte, genügte einem der Vorgesetzten der beteiligten Polizeioffiziere nicht. Vielmehr leitete einer von ihnen ein — **Strafverfahren gegen die Versammlungsleiter** ein, weil diese durch die Verlegung in den anderen Saal der „Pharussäle“ und in die Gärten neue, unangemeldete und ungenehmigte Versammlungen veranstaltet hätten.

Die Sache wurde, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, am 25. Oktober 1912 vor dem **Schöffengericht Berlin-Mitte**, Abteilung 137, verhandelt. Hier erkannte das Gericht, daß auch die Versammlung in dem zweiten Saal der „Pharussäle“ richtig angemeldet gewesen wäre, weil die Anmeldung sich nicht auf einen Saal beschränkt hätte, und sprach **insoweit frei**. Dagegen sah das Gericht in den Reden in den Gärten neue, ungenehmigte Versammlungen unter freiem Himmel, und zwar deshalb, weil die Rede, wegen deren die Teilnehmer zusammengekommen waren, bereits im Saal fertig gehalten worden wäre und damit der Zweck der Versammlung erfüllt und diese selbst beendet gewesen wäre. Jeder Versammlungsleiter wurde deshalb zu **3 Mark Geldstrafe** verurteilt.

Gegen das Urteil legten sowohl die **Angeklagten als die Staatsanwaltschaft Berufung** ein. Die Staatsanwaltschaft wollte Bestrafung des Genossen **Russow** auch wegen der Rede in dem zweiten Saal der „Pharussäle“; während die beiden Angeklagten, vertreten durch **Rechtsanwalt Wolfgang Heine**, Freisprechung auch wegen der Veranstaltung in den Gärten verlangten.

Die **Beweisaufnahme** in zweiter Instanz bestätigte vollkommen denselben Tatbestand, von dem das erste Gericht ausgegangen war. Hiernach war nach den Reden in den Sälen die ausdrückliche Aufforderung an die dort Anwesenden ergangen, die Veranstaltungen in dem Garten nicht zu stören, sondern abzuwarten, „bis die Versammlung **beendet** wäre“. Es wurde auch festgestellt, und namentlich von den Polizeibeamten zugegeben, daß in Berlin herkömmlicherweise die sozialdemokratischen Versammlungen immer so zum Abschluß gebracht worden, wie im vorliegenden Falle nach Schluß der Reden in den Gärten erfolgt war. Interessant war auch die von dem Verteidiger gemachte Feststellung, daß auch die **überwachenden Polizeioffiziere** in ihren **Berichten** nicht im geringsten das Vorgehen der Versammelten als unzulässig oder nur zweifelhaft gekennzeichnet hatten, sondern daß **irgend einer höheren Polizeiinstanz** vorbehalten geblieben war, darin etwas Strafbares zu entdecken.

Die **Staatsanwaltschaft** hielt ihre Berufung aufrecht. Der **Verteidiger** wies aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes nach, daß eine Versammlung sehr wohl „verlegt“ werden könnte, auch wenn bereits eine Rede gehalten worden wäre. Er betonte auch, daß dieselbe Rede in derselben Versammlung von demselben Redner sehr wohl mehrere Male hintereinander gehalten werden könne, wenn ein Teil der Versammelten sie das erstemal nicht habe hören können. Das sei z. B. bei großen Massenversammlungen unter freiem Himmel durchaus üblich. Die Versammlung würde „verlegt“, wenn die maßgebenden Personen — Leiter, Bureau, Redner — sich an einen anderen Ort begäben und dort die Versammlung fortsetzten. Es sei keineswegs nötig, daß die ganze Masse der Zuhörer ihnen folgte. Wo das Bureau der Versammlung tage, da sei die Seele und der Sitz der Versammlung.

Das **Gericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft**, indem es die Anmeldung für die **„Pharussäle“** für völlig ausreichend erachtete, um die Versammlung in **beiden** Sälen, gleichgültig, ob die zweite nun eine neue oder nur eine Fortsetzung wäre, zu **decken**. Das **Gericht hob ferner auch den verurteilenden Teil des Erkenntnisses erster Instanz auf und sprach die Angeklagten völlig frei.** Es nahm an, schon dadurch, daß von vornherein ein Teil der Versammelten in die Gärten gelenkt worden wäre, wäre die **Verlegung** der Versammlung zum Ausdruck gelangt. Es wären Versammlungslokal hiernach sowohl der Saal als der Garten gewesen.

Das Urteil ist richtig. Weshalb aber so viel unnötige Arbeit? **Um** einer irrigen polizeilichen Spintisiererei willen!

Aus Ostpreußen.

Wegen angeblicher Beleidigung des **Landstallmeisters Runge in Georgenburg** hatte sich vor der **Insterburger Strafkammer** der **Dampfmühlenbesitzer und Kirchenältester Weitkowitz aus Leipenningken** zu verantworten. Er hatte dem Landstallmeister den **Vorwurf des Meineides** gemacht. Diesem Prozeß sind bereits mehrere Prozesse vorangegangen. Runge hatte vor Gericht unter seinem Eide ausgesagt, daß ihm von einem Schriftwechsel über die Jagd, die er gepachtet hatte, nichts bekannt sei. Dagegen bekundete der Gutsvorsteher und Oberamtmann Sauvant, daß er den **Schriftwechsel dem Landstallmeister vorgelegt** und die Sache mit ihm besprochen habe.

Das Gericht hat in diesem Falle den Aussagen des Sauvant vollen Glauben geschenkt und angenommen, daß sich der **Landstallmeister nur geirrt habe**. Weiter hatte der Landstallmeister unter seinem Eide vor Gericht erklärt, daß er dem Postagenten Radspuhn **gut gesinnt** sei. Es wurde aber durch Zeugenaussagen festgestellt, daß er dem Postagenten die Wohnung gekündigt und zu einem Zeugen gesagt hätte, er möchte den Radspuhn **vor Gericht nur ordentlich reinlegen**. Beschwören brauche er es ja nicht. Dann hatte der Landstallmeister in bezug auf den Postagenten bei einer Gelegenheit gesagt: **„Der Kerl muß raus!“** Als Radspuhn von einem Gutsbesitzer ein Fuhrwerk zum Arzt erhielt, sagte der Landstallmeister: **„Der Kerl kriegt kein Fuhrwerk und wenn er hinterm Zaun verreckt.“** Und vor Gericht hatte der Herr Landstallmeister gesagt, er hätte sich gegen Radspuhn — **wohlwollend verhalten.**

Nach dieser Affäre wurde der Landstallmeister — **zum Patronatsvertreter** der Kirche zu Georgenburg ernannt. Weitkowitz erhob dagegen Bedenken und erklärte in einer **schriftlichen Beschwerde**, daß Runge einen Meineid geleistet habe. Als er in einer Gemeindekirchenratssitzung von dem Landstallmeister gefragt wurde, ob er die Behauptung bezüglich des Meineides aufrecht erhalte, bejahte das Weitkowitz. Darauf wurde gegen — ihn Beleidigungsklage angestrengt. Er wurde jedoch **freigesprochen**, da ihm der Schutz des § 193 zugebilligt werden mußte.

Am 2. November 1911 erklärte Weitkowitz in einer Sitzung des Gemeindekirchenrats, solange die von uns der Staatsanwaltschaft genannten Zeugen nicht vernommen sind, **bleiben wir bei unserer Meinung, daß Runge einen Meineid geleistet** hat. Gegen den Landstallmeister ist auch Anzeige wegen Meineid erstattet worden, doch das Verfahren gegen ihn ist **nicht eröffnet** worden. Dagegen wurde gegen Weitkowitz **abermals die Beleidigungsklage angestrengt**. Es fand vor Gericht eine ausführliche Beweisaufnahme statt, in der all die Runge belastenden Aussagen wieder gemacht wurden. Trotzdem kam der Gerichtshof zu einer **Verurteilung des Angeklagten**; es erkannte auf **800 M. Geldstrafe**. Der § 193 wurde ihm diesmal nicht zugebilligt. In der Urteilsbegründung wurde erklärt, daß nach Ueberzeugung des Gerichts **Runge in der Tat objektiv unrichtig ausgesagt habe**. Doch sei nicht erwiesen, daß dies wider besseres Wissen geschehen sei. **Dem Landstallmeister sei das Gedächtnis entschwunden.**

In der Verhandlung kam noch zur Sprache, daß der Landstallmeister einen der Gestütsverwaltung gehörigen **alten Schimmel** seinem Kutscher übergab. Der Schimmel wurde als **„eingegangen“** in den Büchern des Landgestüts in Abgang gestellt, von dem Kutscher mit **15 M.** bezahlt und nach zwei Jahren an einen Roßschlächter für **50 M.** weiter verkauft. Der Landstallmeister mußte zugeben, daß die Sache mit dem Schimmel seine Richtigkeit habe.

Nette Zustände in Ostpreußen.

Aus aller Welt.

Kapitalistischer Raubbau.

Im Dezember des verflossenen Jahres veröffentlichte die Verkehrskommission der amerikanischen Eisenbahnen ihren Jahresbericht, der eingehend die Unfälle im amerikanischen Eisenbahnwesen behandelt. Der Bericht hebt hervor, daß viele Unfälle, bei denen Verluste von Menschenleben zu beklagen waren, durch Ausübung der nötigen Vorsicht, sowie Verwendung geeigneter Sicherheitsvorrichtungen hätten vermieden werden können. Die angeführten Zahlen ergeben, daß bei einer Gesamtzahl von 8215 Zugentgleisungen während des verflossenen Jahres 1877 Unfälle auf Mängel des Bahnbettes und 3847 auf fehlerhafte Ausrüstung zurückzuführen sind; das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 652 Zugentgleisungen infolge schlechten Bahnbettes und 1023 Entgleisungen infolge schlechter Ausrüstungen.

Die Kommission hat festgestellt, daß von 31 untersuchten Entgleisungen 14 direkt oder indirekt auf ein schlechtes Bahnbett zurückzuführen sind. In fünf von diesen 14 Fällen hätten sich die Unfälle verhüten lassen, wenn man die Vorschriften für die Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit beachtet hätte. Bei einer schweren Zugentgleisung ergab die Untersuchung des benachbarten Bahnbettes 906 verfaulte Bahnschwellen auf einer Strecke von 147 Schienenlängen, bei zwei Schienen wurden 12 Schwellen gefunden, die verfault und total unbrauchbar waren. In zahlreichen Schienen waren die Speichen so locker, daß man sie leicht mit der Hand herausnehmen konnte.

Die Gesamtzahl der bei den Eisenbahnunfällen verunglückten Personen betrug 1912 180 123, von diesen 10585 Tote und 169538 Verletzte. Vergleicht man die erschreckend hohe Ziffer mit der des Vorjahres, so ergibt sich eine Zunahme von 189 Toten und 19379 Verletzten. Von den Getöteten waren 318 Passagiere, 3635 Bahnangestellte und 6622 andere Personen; unter letzteren sind viele Opfer der Bahnkreuzungen. Die Zahl der getöteten Bahnleute hat um 133 zugenommen, die der getöteten Passagiere hat sich um 38 verringert. Von den Verletzten waren 16 386 Passagiere, 142 442 Angestellte und 10 710 andere Personen.

Die im Bericht enthaltenen Tatsachen zeigen, daß es den Privatkapitalisten auf Menschenleben gar nicht ankommt, wenn es heißt, die Interessen des festgelegten Kapitals zu fördern. Mit Leben und Gesundheit der Angestellten und der Bevölkerung wird Raubbau getrieben und sichert damit das Steigen der Dividenden!

Kaufet Käse, ihr erwerbt die Seligkeit.

Die „Frommen“ verstehen es preislich, Geschäft und Christentum in Uebereinstimmung zu bringen. So verschickt ein von Geistlichen geleitetes französisches Stift, wie die „Frankf. Kl. Presse“ meldet, folgendes Reklamezirkular für seine Käsefabrik:

„Mein Herr! Wir beehren uns, Ihnen die Lieferung von Käse zu offerieren, der von purifizierten Händen reuiger Mädchen in unserem Heim in X. hergestellt wird. Die auf ihr letztes Minimum reduzierten Arbeitslöhne gestatten uns, die erste Qualität zum Preise von . . ., die zweite Qualität zum Preise von . . . zu liefern. Jeder Käufer von 20 Kilo auf einmal hat Anrecht auf eine Totenmesse, die ich in der Kapelle des Etablissements zelebrieren lasse. Privatleute, die sich auf Detailbestellungen beschränken, erhalten mit jedem Käse einen Gebetbon. Wenn sie fünf solcher Bons zusammen haben, so brauchen sie sie nur franko an unser Oekonomat zu richten, um für einen Messebon akkreditiert zu werden. Da unsere Käse innerhalb des Heims von Frauen hergestellt werden, die an die äußersten Raffinements von Sauberkeit gewöhnt sind, so sind sie von unvergleichlicher Qualität. Sie kosten, heißt mehr davon bestellen! Man richte die Bestellungen, begleitet von einem Postmandat, an den Abbé B., den Direktor des Heims für reuige Mädchen.“

Alles, was sein kann! Die Käseleinschmecker haben das tröstliche Bewußtsein, einen Leckerbissen zu essen, bei dessen Herstellung die Arbeitslöhne bis auf ihr letztes Minimum reduziert sind. Sollten sie dann darüber Gewissensbisse empfinden, so sorgen die gratis gelieferten Gebetzettel wieder dafür, daß **sie** trotzdem in den Himmel kommen.

Ein fetter Prozeß.

Ein Erbschaftsprozeß, dessen Objekt sich auf 800 Millionen Frank beläuft, wurde am Mittwoch vor dem Gericht in Tunis in erster Instanz verhandelt. Die Erben des verstorbenen tunesischen Generals Ben Ayed haben gegen die tunesische Regierung einen Prozeß auf Herausgabe des von dem General hinterlassenen Vermögens angestrengt, das sich auf 800 Millionen Frank beläuft, und erreicht, daß die tunesische Regierung verurteilt wurde. Diese hat jedoch sofort gegen das Urteil Revision eingelegt. Neuer Termin ist auf den 19. Juni angesetzt und dann wird es sich entscheiden, ob der Staat das Geld behalten darf oder den Erben auszahlen muß. Die Kosten dieses Prozesses betragen bereits ein Vermögen.

Die streikende Justiz.

Wie aus Zürich gemeldet wird, ruht zurzeit im schweizerischen Kanton Thurgau die gesamte Rechtspflege, nachdem es sich als unmöglich erwiesen hat, für den mit 2880 Mark dotierten Posten eines Bezirksrichters einen Vertreter zu finden. Die Schweizer Juristen fordern entschieden höhere Richtergehälter und verweisen zur Begründung ihrer Forderung darauf, daß beispielsweise der Pförtner des Bundespalastes von Bern ein Jahresgehalt von 3200 Mark erhält, also mehr als ein akademisch gebildeter Richter im Kanton Thurgau, der bei seinem geringen Einkommen unmöglich leben kann, und der überdies bei Uebernahme des Amtes zum Verzicht auf die einträgliche Privatpraxis gezwungen ist. Inzwischen haben sich die Prozesse gehäuft, für deren Führung der erkennende Richter gleichzeitig mit den Anwälten fehlt, die ebenfalls in den Ausstand getreten sind. Angesichts des Notstandes will der Große Rat versuchen, das Problem zu schneller Lösung zu bringen.

Kleine Notizen.

Gefährliche Erdarbeiten. Bei den Abbruchsarbeiten des Eisenbahnforts in Königsberg i. Pr. stieß am Donnerstag ein Arbeiter auf einen unter dem Boden verborgen liegenden Sprengkörper. Es erfolgte eine Explosion, durch die vier Arbeiter verletzt wurden. **Drei davon mußten ins Krankenhaus gebracht werden.**

Die eingefrorene Frauenleiche. Im Finowkanal bemerkte ein Arbeiter aus Eberswalde beim Rohrschneiden den Körper einer toten Frau, die im Eise eingefroren war. Es wird angenommen, daß die Frau beim Ueberschreiten des Eises eingebrochen ist, sich mit dem Oberkörper über dem Eise gehalten hat und so erfroren ist.

Kesselexplosionen. Die Kammfabrik Eßmann in Salzuflen wurde durch eine Kesselexplosion vollkommen zerstört. Sieben Arbeiter wurden schwer verletzt. — In der Flanellfabrik der Firma Fischer u. Seige in Pößneck explodierte Donnerstagvormittag ein Dampfkessel. Dabei wurde ein Feuermann getötet, drei andere Personen schwer verletzt.

Großfeuer an Bord eines deutschen Dampfers. Der auf der Fahrt von Hamburg nach Australien befindliche deutsche Dampfer „Magdeburg“ ist brennend in den Hafen von La Coruna eingelaufen. Der Mannschaft gelang es im Verein mit der Hafenfeuerwehr, nach mehreren Stunden des Feuers Herr zu werden. Das ganze Innere des Schiffes ist jedoch zerstört.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 2. Februar: Wanderung nach Fichtenau (Besuch der Grabstätte der Dichterin Klara Müller-Jahnke). Fahrgeld 40 Pf. Abfahrt Hermannstraße 7,28 Uhr, Berg- und Kaiser-Friedrich-Straße entsprechend später.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** ist soeben das 18. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Präsidentenwahl in Frankreich. Von Compère-Morel. — Das sozialistische Votum bei der amerikanischen Präsidentenwahl. Von Hermann Schlüter. — Internationale Finanz und Politik in China. Von Th. Rothstein (London). — Treitschkes Briefe. Von Fr. Mehring. — Literarische Rundschau: Paul Louis, Le Parti Socialiste en France. Von G. Stekloff. — Zeitschriftenschau. Von n. s.

Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 59: Ueber Sprache und Stil. Von Fr. Mehring. Ein Künstlerroman. Von Otto Wittner. Drei Gestaltungen des Prometheus. Von G. G. Ludwig. — Bücherschau: Hermann Wagner, Das dunkle Tor. Konrad Häntsch, Schiller und die Arbeiter. — Lose Blätter: Zehnmal mehr als Goethe.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Aus Natur und Geisteswelt. 57. **Die Entwickelung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert.** Von L. Pohle. — 110. **Das astronomische Weltbild im Wandel der Zeit.** Von S. Oppenheim. — 167. **Die Funkentelegraphie.** Von Thurn. — 179. **Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.** Von P. Arndt. — 197. **Einführung in die Infinitesimalrechnung.** Von G. Kowalewski. — 379. **Experimentelle Abstammungs- und Vererbungslehre.** Von E. Lehmann. — 385. **Maße und Messen.** Von W. Block. — 387. **Differential- und Integralrechnung.** Von M. Lindow. — 391. **Grundlagen der Elektrotechnik.** Von A. Roth. — 392. **Michelangelo.** Von E. Hildebrandt. — 402. **Das Deutschtum im Ausland.** Von R. Hoeniger. Einzelbd. 1 M., geb. 1,25 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Wahlkreis Ueckermünde-Usedom-Wollin. Die Landsmannschaft ersucht Parteigenossen und -Genossinnen, welche aus dem Wahlkreis gebürtig und hier wohnen, sich in der am 2. Februar im Lokale von Rodrigo, Borsigstr. 24, nachmittags 4 Uhr tagenden Versammlung aus Parteiinteressen einzufinden.

Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 2. Februar, Wanderungen: I. Ludwigsfelde—Diethersee—Tremsdorf—Michendorf; Abfahrt nach Ludwigsfelde vom Anhalter Bahnhof früh 6,15 Uhr (4. Klasse). — II. Scharmützelsee, Glubig-, Spring- und Melangsee (mit Schlittschuhen); Abfahrt vom Görlitzer Bahnhof früh 7,20 Uhr nach Scharmützelsee (4. Klasse).

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 2. Februar: Tour nach Britz—Buckow—Rudow—Adlershof—Nieder-Schöneweide—Forsthaus Kanne—Marienthal—Neukölln. Treffpunkt 9—9½ Uhr: Endstation der Straßenbahnlinie Nr. 28 in Britz, Mariendorfer Allee (Schultheiß-Quelle). — Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 29. Januar 1913. nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,90—00,00, mittel 00,00—10,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,50—18,10, mittel 16,80—17,40, geringe 16,10—16,70. Hafer, gute Sorte 18,60—20,40, mittel 17,00—18,50 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,70—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	773	SO	4	heiter	—12	Haparanda	762	NO	2	wolkenl.	—16
Hamburg	768	SO	4	heiter	—9	Petersburg	771	WNW	3	Schnee	—8
Berlin	772	O	2	halb bd.	—11	Scilly	758	SW	4	wolkig	8
Frankf. a. M.	766	NO	1	heiter	—5	Aberdeen	753	S	4	bedeckt	6
München	766	O	3	wolkenl.	—10	Paris	759	O	1	bedeckt	6
Wien	772	ONO	1	wolkenl.	—8						

Wetterprognose für Freitag, den 31. Januar 1913.

Trocken und zunächst vorwiegend heiter bei strengem Frost und frischen südöstlichen Winden; später gelinder und langsam zunehmende Bewölkung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 1. cm	seit 28. 1. cm[1])	Wasserstand	am 29. 1. cm	seit 28. 1. cm[1])
Memel, Tilsit	234[5])	+7	Saale, Grochlitz	208	—24
Pregel, Insterburg	—2[4])	0	Havel, Spandau[2])	90[6])	+5
Weichsel, Thorn	194	+3	„ Rathenow[2])	90[6])	—8
Oder, Ratibor	120	—10	Spree, Spremberg[2])	100	—34
„ Krossen	130[6])	+3	„ Beeskow	82	—1
„ Frankfurt	149[5])	+3	Weser, Münden	303	—45
Warthe, Schrimm	84[3])	—2	„ Minden	456	—13
„ Landsberg	36[3])	—4	Rhein, Maximiliansau	450	—5
Netze, Vordamm	36[3])	0	„ Kaub	358	—12
Elbe, Leitmeritz	100	—27	„ Köln	449	—31
„ Dresden	—4	+1	Neckar, Heilbronn	189	—23
„ Barby	289	+5	Main, Hanau	330	—1
„ Magdeburg	225	+8	Mosel, Trier	211	—22

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Oberhalb der Stadt Eisstand. [5]) Treibeis. [6]) Eisgang.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. N. 555. Die nächtlichen Störungen brauchen Sie nicht zu dulden. Falls Aufforderung zur Unterlassung erfolglos bleibt und Sie Ihre Behauptung beweisen können, erscheint eine Klage auf Vertragslösung durchführbar. — **L. K. 15.** In der Regel ja, jedoch nur den Wert des im letzten Monat zerschlagenen Geschirrs. — **H. P. 100.** Erscheint nicht ausreichend. — **R. S. 59.** Der Lohnausfall reicht zum Steuererlaß nicht aus.

— **F. E. 60.** Nein. — **P. G. 66.** 1. Sie sind auch dem erstgeborenen Kinde gegenüber unterhaltungspflichtig. 2. Etwa 6 Mark wöchentlich. 3. Ja. — **E. B. 31.** Nein. — **H. W. 12.** 1. Nein. 2. Ja. — **P. W. 8.** 1. Ein privatrechtlicher Vertrag genügt, muß aber formgerecht sein. Ein Pfandvertrag würde mangels körperlicher Uebergabe rechtsunwirksam sein. Es ist ratsam, einen Rechtsanwalt oder Notar mit der Abfassung des Vertrages zu beauftragen. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. 2. Hinterlegen Sie die Miete für die beiden Monate. — **G. U. 400.** Wenn Sie die übernommene Schuld bezahlt haben, sind Sie unseres Erachtens zur Herausgabe der Sachen nicht verpflichtet. — **Ewald Wulff.** Der Mietsstempel beträgt für die fragliche Zeit eine Mark. — **W. R. 1000.** Der Steuerbetrag kann noch eingefordert werden. — **R. R. 105.** Durch Testament. — **H. R. 53.** Ihre Frau soll sofort reklamieren, soweit die Steuer für das Steuerjahr 1911 in Frage kommt. — **A. Z.** 1. Nein. Zuständig ist das Polizeipräsidium. 2., 3. und 4. Ja. 5. und 6. Nein. — **A. 47.** Die Vorschriften über den Ladenschluß finden Anwendung. Jedoch kann die Schankkonzession erteilt werden. — **H. F. 11.** 1. Ja. 2. Ohne Zustimmung des Eigentümers nicht zulässig. 3. Der Eigentümer kann die entbehrlichen Sachen einbehalten. Falls er eine dahingehende Erklärung abgibt, ist die Entfernung der Sachen strafbar. — **E. E. H. 100.** 1. In der Regel 1 Proz. 2. In zwei Jahren, beginnend mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. 2. Ja. — **M. W. 19.** 1. Ja. 2. Nein. — **G. B. 131.** Die Frage läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mietsvertrag beantworten. — **F. 30.** Nein. Sie können nur die Ausstellung einer Freipolice fordern. — **A. B. 100.** Es käme nur ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens in Frage, ein solcher erscheint aber aussichtslos. — **Braunschweig 1883.** 1., 2. und 3. Es kann gegen alle Beteiligte bis zu einem Jahre erkannt werden. 4. Auch das wäre möglich. 5. Unter gewissen Umständen erfolgt Brotlieferung. Der Betreffende muß sich mit dem Wahlvereinsvorstand in Verbindung setzen. 6. Um derartige Albernheiten kümmern wir uns nicht. — **Nr. 200.** Etwa 20 M. — **M. T. Zoll.** Richten Sie eine Anfrage an das Zollamt unter Angabe der Menge, die Sie beziehen wollen. — **X.** Ja. — **L. P. 5.** Die Forderung ist verjährt, sofern nicht vor Ablauf v. J. der Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls bei dem Gericht eingegangen ist. — **A. R. 100.** Das veranlaßt die Polizei, der Adressen anzugeben sind. — **H. R. 93.** Die Fassung genügt. Es ist aber ratsam, den Satz „Vermögen besitze ich nicht" fortzulassen, sowie das Datum über die Unterschrift zu setzen. Die Zuziehung von Zeugen ist nicht erforderlich. Das Testament kann dem Gericht überreicht werden. Geschieht das nicht, so muß es unmittelbar nach dem Ableben eingereicht werden. — **H. P. 111.** 1. Nein. 2. Das Mädchen kann auch einen anderen Arzt konsultieren. 3. Die Kur- und Verpflegungskosten ist die Herrschaft zu tragen verpflichtet. 4., 5. und 6. Nein, sofern das Mädchen ordnungsmäßig gekündigt hat. 7. Nein. 8. Fragen Sie beim Verband an. 9. Leider setzt das Gesetz eine bestimmte Arbeitszeit nicht fest. 10. Ja, sofern die Behauptung bewiesen werden kann. — **L. 84.** Ihre Schwiegermutter soll ein Gesuch um Gewährung von Ratenzahlungen an die Gerichtskasse richten. Eine Verpflichtung, hierauf einzugehen, besteht für die Kasse nicht. — **R. S. 2.** Nein. — **A. F. 100.** Vom 15. zum 1. — **E. P. 20.** 1. Ja. 2. Nein. — **R. R. 72.** Die Hinzuziehung von Zeugen ist nicht erforderlich, aber zulässig. — **F. B. 1234.** Die Zahlungsklage kann dem Schuldner auch im Geschäft zugestellt werden. — **G. R. 16.** Das Geld ist sicher. — **E. H. 27.** Es ist keiner der beiden zahlungspflichtig. — **W. D. 1889.** Sie sind zahlungspflichtig. Durch einen Einspruch gegen den Zahlungsbefehl verursachen Sie lediglich Mehrkosten. — **Aengstliche 100.** 1. Ja. 2. Ob ein mündlich geschlossener Mietsvertrag vorliegt, läßt sich erst nach näherer Kenntnis des Sachverhalts beurteilen. 3. In vier Jahren, beginnend mit Ende des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist. — **A. K. 66.** Haben keine Verwendung. — **P. P. 12.** Der Anwalt ist zur Durchführung des Pfändungsverfahrens verpflichtet. 2. Die Kosten fallen dem Schuldner zur Last. 3. Die Beschlagnahme kann nur durch die Strafbehörde erfolgen, wenn begründeter Verdacht vorliegt. 4. Nein. — **R. Schm. 23.** Ihre Angaben reichen zur Beurteilung der Frage nicht aus. — **A. 500.** 1. Ja. 2. Der Mann würde pflichtteilsberechtigt bleiben. 3. Um die Erbfolge auszuschalten, ja. — **A. M. 67537.** Nein. — **E. Z. 30.** 1. Es wäre alsdann ein Strafverfahren und die Ausweisung zu erwarten. 2. Erscheint ausgeschlossen, da ein Staatszugehörigkeitszeugnis und ein Leumundszeugnis beigebracht werden muß. 3. Erklärung dem Standesbeamten gegenüber. Die Legitimierung der Kinder erfolgt kostenlos. 4. Ja, und zwar nach § 360, Ziffer 8, auch § 271 des Reichsstrafgesetzbuches. — **F. 552.** 1,50 M. pro Kalenderjahr. — **Tempelhof 44.** Sie können beim Provinzial-Schulkollegium, Linkstr. 42, Beschwerde führen. — **A. Z.** Nein.

„...Zehn Tage später setzte ich meinem Manne unvermischten Kathreiners Malzkaffee vor und er hat keinen Unterschied gemerkt."

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Theater und Vergnügungen

Freitag, 31. Januar 1913.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Kerkyra.
Kgl. Schauspielhaus. Wieselchen.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Weltmacht des Eisens. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. C. Eckstein: Herbst im Walde.
Deutsches Opernhaus. Eugen Onegin.
Lessing. Gabriel Schillings Flucht.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin.
Komödienhaus. Retter in der Not.
Kammerspiele. Schöne Frauen.
Groß-Berlin. Das Fürstenkind.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Schiller O. Uriel Acosta.
Schiller-Charlottenburg. Die Haubenlerche.
Luisen. Nora.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Rose. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schufticana.

Anfang 8¼ Uhr.

Lustspielhaus. Majolika.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Der Zaungast.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Helden.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

* * *

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
Sonnabend, nachmittags 3,15 Uhr: **Zopf und Schwert.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Das Konzert.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**
Sonnabend, nachm. 3,10 Uhr: **Wallensteins Tod.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hedda Gabler.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **König Lear.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Theater am Nollendorfplatz 5.
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Theater des Westens.
Wiedereröffnung Sonnabend, 1. Febr.
Zum 1. Male:
Die beiden Husaren.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Veber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: Gastspiel: **Melanie Spielmann: Nora oder: Ein Puppenheim.** Schauspiel in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von J. Engeroff.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: **Der Wunschpeter und das Glücksglasmännlein.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Gastspiel Melanie Spielmann: **Nora oder: Ein Puppenheim.**

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten von Adolph L'Arronge. Musik von R. Bial. — Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Tausend und eine Nacht.**
Abends 8 Uhr: **Mein Leopold.**

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor.
Allabendlich 8¼ Uhr:
Goldener Leichtsinn.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Sonntag, den 2. Februar im Gewerkschaftshause:
Künstlerischer Unterhaltungsabend.
Beginn 7½ Uhr.
Mitwirkende: **Paul Michaelsches Volksliederquartett** aus **Leipzig.** × **Margarete Walkotte.** × **Erwin Feustel.**
Entree 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei H. Horsch, Engelufer 15. 299/17*

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikk. 1. Garde-Dragoner-Regts., Dirig.: Oberm. **Baarz**
— **Zillerthaler und Tegernseer Sänger** —
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königsbier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. **Eintritt 50 Pf.** **Anfang 8 Uhr.**
Dienstag, d. 4. Febr.: Gr. Fastnachtsfeier. Kart. im „Clou" zu haben!

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute!!! Elitetag! des amüsantesten
Bockbierfestes: Auf der Alm.
Das Kostüm in 10 Minuten
Jubel — Trubel. Ueberraschungen.
Anfang 8 Uhr. **Entree 30 Pf.**

Eisbahn Karpfenteich
Treptower Park
eröffnet.

Neue Welt
Arnold Scholz **Hasenheide 108/114**
Heute Freitag, den 31. Januar:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Voranzeige! Morgen Sonnabend, den 1. Februar:
:: **Bockbierfest in sämtlichen Festsälen** ::
über 10 000 Personen fassend.
Im neuen Saal: Großer Ball.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Freitag, den 31. Januar:
Kean od. Genie und Leidenschaft.
Komödie in 5 Akten von A. Barney.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anf. 8¼ Uhr.
Voranzeige! Freitag, 7. Februar: Benefiz für Frl. **Hedwig Krahmer: Stolz und Liebe.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand der Spree!
Sonntagnachmittag 4 Uhr:
Der Heimatlose.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Ing. A. Keßner:
Die Weltmacht des Eisens.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. C. Eckstein:
Herbst im Walde.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, 31. Januar, abends 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Berlins größte Attraktion! Prolongiert! **Césarios Löwen- und Tigergruppe.**
Die wildeste Dressur d. Gegenwart
Um 9¼ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Zum Schluß:
Das Fest des Maharadschah sowie **Der Brand des Palastes**

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Letzter Tag
des Januar-Programms mit
„Brüderlein fein".
Morgen Sonnabend: Gastspiel
Harry Walden
in „Der Herzog von Westminster"
Groteske in 1 Akt
v. M. Mark u. Harry Walden.
Vorher 8 Uhr:
Die neuen Spezialitäten.

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit **Anton** und **Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 (Theaterk.)

Zirkus Busch.
Heute Freitag, 31. Januar, abends 7½ Uhr:
Das große Abschieds-Programm
der glänzend. Januar-Attraktionen:
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!!)
Toulouse, Balance-Akt
Mac Norton
das Phänomen d. Magentrainings!
Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla"
in 6 glänzenden Akten.

Folies Caprice.
Anfang 8¼ Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Zwei rote Rosen.
Burleske m. Gesang — und das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10¼ halb.Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.

Zum 6 letzten Male:
Cavalleria schufticana.
Anfang 8 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des für den verstorbenen Stadtv. Geh. Baurat Herzberg (Fr. Fr.) zum Mitgliede der Versammlung gewählten früheren (nach Ablauf seiner 6 Jahre Wahlzeit nicht wiedergewählten) unbesoldeten Stadtrats königl. Baurats Rumspöttel.

In den Ausschuß für die Vorlage betr. die Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht hat die sozialdemokratische Fraktion Grunwald, Heimann, Dr. Rosenfeld, Wengels, Wurm delegiert; Vorsitzender des Ausschusses ist Stadtv. Sökeland (A. L.).

Einstimmig ist in der Ausschußberatung die Magistratsvorlage zur Annahme gelangt, welche behufs schnellerer baulicher Erschließung des Scheunenviertels die Gewährung einer Hypothek von 2 Millionen Mark an den Verein „Neue Freie Volksbühne“ zum Bau seines am Bülowplatz projektierten eigenen Theaters und außerdem einige Modifikationen des mit den Eigentümern des Scheunenviertels abgeschlossenen Vertrages vom 18. Januar 1911 vorsieht, so die Verlängerung der Frist für die Rückzahlung des Restkaufgeldes vom 1. Januar 1916 bis 1. April 1919 und seine Verzinsung mit 4 Proz. Referent ist Stadtv. Liebenow (A. L.)

Stadtv. Gronewaldt (A. L.): Die Errichtung des Theaters im Scheunenviertel können wir ja alle nur freudig begrüßen. Sehr verdrossen aber hat die neue Vertragsklausel wegen der Fristverlängerung. Die Sanierung des Viertels ist nicht mit diesen 2 Millionen, sondern nur durch strikte Ausführung der früher gefaßten Beschlüsse zu erreichen.

Ohne weitere Debatte wird der Ausschußvorschlag angenommen.

Auch die Magistratsvorschläge wegen Errichtung von Baulichkeiten auf den städtischen Gütern und wegen Baues eines Anschlußgeleises vom Güterbahnhof Großbeeren sind in der Ausschußberatung nach längerer Erörterung schließlich einstimmig angenommen und die Kosten mit 297 250 M. bewilligt worden. Die Anfuhr der Baumaterialien soll schon im Laufe des Winters beginnen.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung den Ausschußbeschlüssen bei.

Von der Neuen Linken ist am 15. Oktober v. J. folgende Anfrage eingebracht worden:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß der Polizeipräsident eine Zusammenlegung der Einzelreviere zu Großrevieren beabsichtigt? Welche Stellung gedenkt er dazu einzunehmen?

Nachdem der Magistrat sich bei Herrn v. Jagow erkundigt und von diesem ausführliche schriftliche Auskunft erhalten hat, ist letztere der Versammlung zugleich mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Anfrage zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden.

Stadtv. Dr. Knauer (N. L.): Berlin hat den größten Teil der ungeheuren Kostenlast für die Polizei zu tragen, und seine Bürgerschaft ist schon deshalb an der neuen Maßnahme sehr interessiert. Entsprungen sein soll sie den Bestrebungen, Ersparnisse zu machen. Ob dem Urheber genügende Praxis beiwohnt, muß dahingestellt bleiben. Der erste Teil der Reform will die Schaffung von Bezirksämtern, dient also der Dezentralisation. Anders steht es mit der Absicht, die bestehenden 117 Polizeireviere in 42 Großreviere zusammenzulegen. Das ist eine Zentralisation, unter der die Sicherheit des Publikums ebenso wie die Raschheit des Geschäftsganges leiden muß. Von der Neuerung sind die Schuhleute in den beiden versuchsweise eingerichteten Großrevieren keineswegs entzückt; auch die Polizeioffiziere können von der Verringerung der Chance zum Avancement als Reviervorsteher kaum besonders erbaut sein. Die in der Denkschrift des Polizeipräsidenten für die „Reform“ angeführten Gründe erscheinen mir nicht stichhaltig. Das Motiv, große Polizeiaufgebote schneller zur Stelle zu haben, trifft auch nur für ganz seltene Ausnahmefälle, nicht aber für die Regel zu. Namentlich aber bleibt es rätselhaft, wo die Ersparnisse herkommen sollen; schon die Kosten für die erforderlichen größeren Räumlichkeiten machen sie illusorisch. Hoffentlich werden die Interessen der Bürgerschaft bei der Durchführung der Maßregel voll berücksichtigt werden.

Stadtrat Hamburger: Eine unmittelbare Einwirkung auf diese organisatorische Maßnahme der Polizei steht der Stadt nicht zu. Mir scheint das Leitmotiv der Begründung ein sehr gesundes: tunlichste Ausnutzung der vorhandenen Kräfte. Der Sicherheitsdienst und die allgemeine Polizeiverwaltung sollen streng getrennt werden; die Befugnisse der Großreviere sollen im Interesse des Publikums eine Ausdehnung erfahren. Damit wird dem Publikum unleugbar ein Dienst erwiesen. Die Sparsamkeit steht dabei dem Polizeipräsidium nicht im Vordergrunde. Die Behauptung einer Verminderung der Sicherheit ist haltlos, denn bis jetzt hat sich im Sicherheitsdienst absolut nichts geändert. Die kleine Unbequemlichkeit des weiteren Weges für einen Teil der Bürgerschaft muß in den Kauf genommen werden.

Stadtv. Bry (A. L.): Die endliche Trennung von Polizei und Sicherheitsdienst können wir nur mit Freuden begrüßen. Es wird einen wirklichen Fortschritt für unser ganzes Berliner öffentliches und Privatleben bedeuten, wenn in Zukunft nur noch die eigentlichen Sicherheitsbeamten Uniform tragen. In den meisten Einzelheiten können wir der Begründung, die uns der Polizeipräsident gegeben hat, nur beistimmen.

Stadtv. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir können uns dem Vertrauensvotum nicht anschließen. Es handle sich nicht darum, Sparsamkeit obwalten zu lassen, meint der Polizeipräsident; am Schlusse stellt er aber schmunzelnd fest, daß er 100 000 M. Ersparnisse zu machen gedenke. Seine sonstige Begründung ist nach vielen Seiten sehr bedenklich. Die Bürgerschaft besorgt Belastung durch die größeren Entfernungen. Der Polizeipräsident beweist uns nun aber, daß trotz der Verringerung der Reviere die Entfernungen geringer geworden sind!. Bei dem Wachstum der Bevölkerung, bei der Zunahme der Geschäfte sollte man doch weit eher eine Vermehrung der Reviere erwarten. Immerhin ließe sich den hervorgetretenen Mißständen auch in anderer Weise beikommen. Heute haben die Revierbureaus die denkbar ungeeignetste Lage an den Grenzen ihrer Bezirke. Bisher sind nur zwei Großreviere eingerichtet worden; da konnte der Polizeipräsident Räumlichkeiten mit zentraler Lage beschaffen. Aber wird das auch bei den übrigen 40 Großrevieren der Fall sein? Durch seine Mitteilung an uns hat er sich geradezu moralisch verpflichtet, alle Mittel in Bewegung zu setzen, damit die künftigen Bureaus in der Mitte der Großreviere liegen. Es ist bereits hervorgehoben, welche Rolle in der Begründung der Hinweis auf die größere Geschlossenheit, Wucht und Stoßkraft der Polizeimannschaften spielt. Diese Bemerkung zeigt den politischen Charakter der Maßregel. Man kann sie vielleicht in Verbindung bringen mit den Versuchen, sich ein leichter mobilisierungsfähiges Heer zu sichern gegen alle Bestrebungen der Sozialdemokratie, gegen Streiks, Straßendemonstrationen und dergl. Wir wissen, wenn wir an die Moabiter Krawalle denken, wie die Polizei darunter gelitten hat, daß die Offiziere und Beamten sich vorher nicht genügend gekannt und verständigt hatten. Ob ein uniformierter oder ein nichtuniformierter Beamter herumläuft, erscheint uns nebensächlich. Polizei ist Polizei. Der Argumentation des Dr. Knauer, der befürchtet, daß manche Sistierungen nicht vorgenommen werden könnten, weil dem Polizeibeamten der Weg zu weit sein werde, stehe ich verständnislos gegenüber. Es wird bei uns nicht zu wenig, sondern zu viel sistiert, die Leistungen des Beamten werden nach der Zahl der Sistierungen beurteilt. Wir können jetzt nicht nachprüfen, wie weit die neue Maßregel wirklich eine Besserung der Zustände herbeiführen kann; wir können daher auch keine Verantwortung für die künftige Gestaltung der Dinge übernehmen. Andererseits ist die geradezu demonstrative Betonung der Maßregel gegen die Arbeiterbewegung nicht im geringsten geeignet, uns sachlich zu beeinflussen, denn wir haben keine Angst vor der Berliner Polizei, auch wenn sie ihre Streitkräfte noch besser als heute gegen den inneren Feind mobilisiert. Immerhin haben wir die lebhafte Besorgnis, ob das Berliner Polizeipräsidium, das sich schon in so vielen Beziehungen als unfähig erwiesen hat, hier wirklich etwas Ersprießliches geleistet hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Knauer tritt in seinem Schlußwort einigen Ausführungen des Magistratsvertreters und des Stadtv. Bry entgegen. Die Mißstände in einer Verwaltung könne der Außenstehende leichter erkennen, als wer mitten in dieser Verwaltung stehe. Den politischen Gesichtspunkt, den Stadtv. Dr. Liebknecht geltend gemacht, in diese Frage hineinzutragen, hält Redner für verfehlt. Tatsache sei, daß in dem Großrevier Monbijouplatz—Alexanderplatz die Prostitution zugenommen habe.

Damit ist die Anfrage erledigt.

An das Schulgebäude der Viktoriaschule soll auf dem Grundstück der Luisenstädtischen Oberrealschule ein Anbau errichtet werden, der für beide Anstalten neue Unterrichtsräume bietet. Die Kosten sind auf 87 000 M. veranschlagt.

Stadtv. Dr. Arons (Soz.): Wir sind für die Vorlage, möchten aber zugleich folgendes hervorheben: Der Berliner Stadtschulrat erklärte schon 1826, Berlin brauche 8 höhere Töchterschulen. Wir werden erst im nächster Zeit diese Zahl erreichen, welche schon 1826 für notwendig gehalten wurde. Die bestehenden privaten höheren Töchterschulen werden sich auf die Dauer kaum halten können. Gesetzliche Verpflichtungen hat ja die Stadt Berlin nur für das niedere Schulwesen, während das höhere Sache des Staates ist. Für Berlin hat der Staat ganze drei höhere Töchterschulen eingerichtet, eine schon an sich sehr geringe Zahl. Die eine dieser Schulen, bisher in der Kleinbeerenstraße gelegen, wird jetzt in den äußersten Westen verlegt; die zweite, in der Kochstraße, soll nach dem äußersten Süden verlegt werden, was nur beweisen würde, welchen Einfluß die Tempelhofer Gründer, Haberland und Kollegen, auch auf die staatliche Unterrichtsverwaltung haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Stadtschulrat Michaelis: Die Augustaschule in der Kleinbeerenstraße wird nach dem Terrain des Botanischen Gartens verlegt; über das Schicksal der Elisabethschule in der Kochstraße ist uns noch nichts bekannt. Daß Berlin auch auf dem Gebiete des höheren Töchterschulwesens organisatorisch vorgehen will und wird, ist wohl auch dem Vorredner nicht unbekannt.

Die Vorlage wird angenommen.

Für Bureauzwecke schlägt der Magistrat jetzt, nachdem die Mietung des Hauses Stralauer Straße 44/45 von der Versammlung abgelehnt worden, die Mietung von Räumen im Hause Spandauer Straße 65/67 und Neuer Markt 13/14 vor. Der Mietvertrag soll auf fünf Jahre bei einem jährlichen Mietpreise von 25 000 M. abgeschlossen werden.

Stadtv. Brake (N. L.) hält den Preis von 24 M. pro Quadratmeter für recht hoch und empfiehlt Ausschußberatung.

Stadtrat Selberg bittet, davon abzusehen; ein besseres Angebot werde nicht ausfindig zu machen sein, die Verwaltung dagegen könne leicht in große Verlegenheit kommen.

Oberbürgermeister Wermuth: Auch ich bitte dringend, diesem Wunsche des Magistrats zu entsprechen. Ich darf Sie vielleicht an die immer noch aktuelle Geschichte von den Sibyllinischen Büchern erinnern. (Heiterkeit.)

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.) tritt für die Vorlage ein, desgleichen Stadtv. Hintze (Soz.), der die betreffenden Räume für gutgelegen, für zurzeit genügend und auch für nicht zu teuer erklärt.

Nachdem noch Stadtv. Cassel (A. L.) sich ebenfalls für sofortige Annahme ausgesprochen, wird dem Magistratsvorschlage beigetreten.

Für die Neuwahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des am 1. April d. J. zurücktretenden Stadtrats Ledermann wird Vorbereitung durch einen schon bestehenden Ausschuß beschlossen.

An der Ehrenberd-, Rother- und Rudolfstraße, auf dem Terrain der ehemaligen Englischen Wasserwerke, besitzt die Auer-Gesellschaft ausgedehnte Fabrikanlagen und Geschäftsräume, die jetzt erweitert werden sollen. Dazu bedarf es des Erwerbs angrenzenden, ebenfalls der Stadt gehörigen Terrains. Zwei Blöcke sollen für 441 880 und 794 729 M. bei 10 bezw. 20 Proz. Anzahlung für 118 M. pro Quadratmeter veräußert werden.

Stadtv. Ewald (Soz.) bemängelt die verschiedene Höhe der Anzahlungen, sowie, daß die Verzinsung des Restkaufgeldes bei dem größeren Grundstück erst vom April 1918 ab erfolgen soll, wodurch der Stadt ein großer Ausfall erwachse, den man auf 225 000 M. berechnen könne. Redner bemerkt weiter: Die Auergesellschaft hat 1905 100 M. pro Quadratmeter gezahlt; seitdem sind die Grundstücke dort viel wertvoller geworden (Widerspruch). Es kommt doch darauf an, wo die Grundstücke liegen; hier sind die neuen Hafenanlagen geschaffen worden. Jetzt sind 113 M. geboten, also nicht einmal die 115 M., die schon vor 7 Jahren ein Ausschuß der Versammlung als angemessen festsetzte. — Dann sind wir aber prinzipielle Gegner des Verkaufs städtischen Grundbesitzes; man soll endlich einmal dazu übergehen, ihn in Erbbaupacht zu geben. Das von Tietz am Dönhoffplatz bebaute, ursprünglich einer Stiftung gehörige Grundstück ist auf 30 Jahre an die Firma verpachtet worden, und die Firma hat gleichwohl die Verpflichtung übernommen, dort einen Prachtbau hinzustellen. Erbbaupacht macht man aber nicht auf 30, sondern auf 90 Jahre. Wir beantragen Ausschußberatung.

Stadtrat Rast: Ich habe mich lange zu der Einsicht durchgerungen, daß man die Grundstücke nicht liegen lassen soll, bis sie sich durch den Zinsverlust ganz von selbst verzehren. Wir wären viel besser weggekommen, wenn wir früher mehr und leichter verkauft hätten.

Stadtv. Gelpcke (Fr. Fr.) hält den Preis für angemessen, hebt hervor, daß der Käufer ein großer Steuerzahler Berlins und der Hauptabnehmer der Gaswerke sei, und plaidiert für sofortige Annahme der Vorlage; ebenso Stadtv. Salinger (N. L.), der auch bestreitet, daß durch die Hafenanlage der Grundwert dort gestiegen sei.

Stadtv. Dr. Arons: Kollege Ewald wünscht Ausschußberatung vor allem zur Prüfung der Frage, ob die Vergebung in Erbbaupacht angezeigt ist. Berlin hat nicht mehr viel eigenes Terrain, man soll nicht ohne Not auch noch das letzte weggeben. Der Gedanke des Erbbaurechts bricht sich immer mehr Bahn. Wir haben auch auf die nach uns kommenden Generationen Rücksicht zu nehmen.

Stadtv. Jacobi (A. L.) erklärt sich gegen Ausschußberatung.

Stadt. Ewald: Ich habe nicht gesagt, daß der Preis der Grundstücke in ganz Berlin in die Höhe gegangen ist. Die hier fraglichen Grundstücke werden auch gar nicht länger liegen bleiben, von Zinsverlust kann also nicht die Rede sein.

Der Antrag Ewald wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Für den Zentralverein für Arbeitsnachweis hat der Magistrat für 1913 die Bewilligung von insgesamt 144 000 M. beantragt, d. h. eine Erhöhung um 60 000 M., wofür eine beträchtliche Einflußnahme der Stadt auf die Geschäftsführung des Vereins eingetauscht werden soll. Es wird neben der Aufrechterhaltung und dem Ausbau des Nachweises unter Beibehaltung der Höchstgebühr von 20 Pf. für den Arbeitsuchenden Beaufsichtigung des Nachweises durch die Stadt und Beteiligung der letzteren mit Stimmrecht an der Leitung und Vertretung des Nachweises geplant; auch sollen die Mittel dem Verein nach dem Ermessen des Magistrats zufließen, wenn er sich überzeugt, daß der Verein diesen Intentionen entspricht. Als nächste Aufgaben werden aufgeführt: Erweiterung des Dienstbotennachweises, neue Nachweise für Kellner, Herrenkonfektion, Erwerbsbeschränkte, Verbesserung des Nachweises für Jugendliche.

Stadtv. Brunzlow (A. L.) befürwortet Ausschußberatung. Er will im Ausschusse Aufschluß haben, warum gerade der Arbeitsnachweis für Herrenkonfektion und für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe indirekt von Stadt wegen unterstützt werden soll.

Stadtv. Dupont (Soz.): Für uns ist die Vorlage von erheblicher sozialer Bedeutung, und dementsprechend werden wir sie behandeln. Wir wünschen gleichfalls Ausschußberatung. In der Vorlage sind immerhin noch einige dunkle Punkte enthalten. Es ist da immer noch die Rede von einer Gebühr, wenn auch von einer „Höchstgebühr“ von 20 Pf. Wir verwerfen hier jede Gebühr. Weiter ist ein dunkler Punkt das Recht, das der Magistrat für sich in Anspruch nehmen will, „ein bestimmtes Vorgehen zu verlangen oder zu untersagen“, auch das muß aufgehellt werden. Angesichts der Vorlage ist es aber nur natürlich, daß wir jetzt mit unserem Antrage eines kommunalen Arbeitsnachweises wiederkommen. Auch der Magistrat erklärt, so wie jetzt könne es nicht weitergehen. Da wollen wir doch, daß dieser Wurstelei auch vollends ein Ende gemacht wird. Vor 20 Jahren schon, als der Zentralverein zum erstenmal um eine Subvention einkam, beantragten wir die Errichtung des städtischen Nachweises; da meinte ein Vertreter der großen Mehrheit, das gehöre nicht zu den Obliegenheiten der städtischen Behörden; und dabei war damals Berlin viel kleiner. Damals hat man uns mit solchen Redensarten abgetan, heute hat sich der Magistrat hoffentlich dahin durchgerungen, daß in absehbarer Zeit ein wirklicher kommunaler Arbeitsnachweis errichtet werden muß. Was heißt denn „Aufsicht“ und „Oberaufsicht“ über diesen Privatverein? Es wird anscheinend eine sukzessive Einführung beabsichtigt; nun, wenn schon, denn schon! Wir haben ja wiederholt versucht, Ihnen die Anschauung beizubringen (Heiterkeit), daß ein städtischer Arbeitsnachweis das bessere sei, wir hatten sogar eine Vorlage ausgearbeitet (Rufe: Ach, wie schade!), die liegt der Deputation zur Prüfung des Problems der Arbeitslosenversicherung schon bald 2 Jahre vor. Wohl erst nach einer neuen wirtschaftlichen Krise wird diese Vorlage aus dem Dunkel herausgeholt werden. Die Leitung des Arbeitsnachweises sollte eine Deputation von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten erhalten. Die gegnerischen Stimmen aus der Versammlung gegen einen kommunalen Arbeitsnachweis sollten jetzt doch endlich verstummen. In Großstädten wie Nürnberg funktioniert das städtische Arbeitsamt sehr gut; das Nürnberger Arbeitsamt scheut sich nicht, Berichte auch an die Gewerkschaften zu schicken, so auch dem Verbande, dem ich vorstehe. In Bayern wird, das vermerken diese Berichte, ein ermäßigter Fahrpreis auf den Bahnen den Arbeitslosen gewährt, welche eine Stelle vermittelt erhalten. So weit sind wir ja in Preußen noch nicht. Noch wie vor wehren sich leider gewisse Arbeitgeberverbände, wie die Metallindustriellen, die auch in dem paritätischen Arbeitsnachweise schon ein unberechtigtes Entgegenkommen gegen die Arbeiterschaft erblicken. Wir werden in der Richtung des paritätischen Arbeitsnachweises, wie ja auch die Vorlage anstrebt, gern mitarbeiten, und manche Gewerkschaften sind gern bereit, ihre eigenen Fachnachweise zugunsten eines städtischen Arbeitsnachweises aufzugeben. Gegen das Terrorismusgerede muß man doch schließlich abgestumpft werden; jeder einzelne Fall, den die eine Seite vorbringt, kann durch Fälle der anderen Seite paralysiert werden; solche Fälle gehören überhaupt nicht in eine Versammlung wie die unserige. Ich bitte, unseren Antrag ebenfalls dem Ausschuß zu überweisen, wenn Sie ihn nicht sofort annehmen wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Wermuth: Gewiß hat die Gemeinde die Pflicht der Fürsorge für den Arbeitsnachweis, insbesondere die Gemeinde von Berlin mit einem Wirtschaftsgebiet von etwa 4 Millionen Einwohnern. Wir müssen von dem gegenwärtigen Zustand einen Schritt weiter kommen. Die Frage der Kommunalisierung wird auch nicht von der Hand gewiesen; aber jetzt können wir nicht so vorgehen, es wäre das schon für den nächsten Etat zu spät. Es handelt sich jetzt um die Hergabe sehr beträchtlicher neuer Summen, die nicht hergegeben werden können, ohne daß eine verstärkte Einflußnahme der Stadt garantiert wird. Damit wird weiteren Erwägungen in keiner Weise vorgegriffen, sie werden aber auch nicht zu vorzeitigem Abschluß gebracht. Jedenfalls wollen Sie unser diesem Vorschlag unsere Vorlage nicht leiden lassen.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Wir hätten die Vorlage auch ohne Ausschußberatung angenommen. Die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises lehnen wir für heute ab.

Stadtv. Ullstein (Fr. Fr.) stimmt der Ausschußberatung bei, auch um zu prüfen, ob die Versammlung ihr Recht des Mitredens durch den mit dem Verein zu schließenden Vertrag genügend gewahrt sieht. —

Stadtv. Dupont erklärt, daß sein Antrag der Vorlage keinen Stein in den Weg wälzen soll.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Uebernahme des Arbeitsnachweises in städtische Regie wird abgelehnt. Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Eine umfangreiche Vorlage betrifft die Neuordnung des Berliner Rettungswesens. Der Magistrat sucht für die neuen städtischen Rettungsstellen, für die die bisherigen Rettungswachen und Unfallstationen die Grundlagen bilden sollen, und für die Regelung des ärztlichen Dienstes nach Maßgabe der vom Kuratorium aufgestellten und vom Magistrat genehmigten Grundsätze die Zustimmung der Versammlung nach.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Die Vorlage erfüllt uns mit lebhafter Befriedigung. Schon in den 80er Jahren haben wir dahingehende Anträge gestellt; sie wurden schroff abgelehnt. Heute wird wahrscheinlich die Vorlage auf Verstadtlichung des Rettungswesens einstimmig gutgeheißen werden. Die Vorlage bedeutet einen beträchtlichen Fortschritt. Gewiß haften ihr noch einige Schönheitsfehler an, aber die sollen uns heute wenig kümmern. Wir wollen auch für heute unsere weiter gesteckten Ziele ausschalten: Angliederung des Krankentransports und Vereinheitlichung des Groß-Berliner Rettungswesens. Wir können das, weil das Kuratorium diese Fragen eifrig und fleißig bearbeitet. Es wäre also geradezu zwecklos, Ausschußberatung beantragen. (Beifall.)

Stadtv. Sachs (A. L.) sieht sich genötigt, abermals Protest gegen die Manier des Vorredners zu erheben, alle Fortschritte auf das Konto seiner engeren Kollegen zu schreiben und die übrige Versammlung als rückständig hinzustellen. Wenn des Redners Freunde damals nicht dafür gestimmt hätten, hätten sie ihre Gründe dazu gehabt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Namentlich Bürgermeister Dr. Reicke habe sich um die Sache die größten Verdienste erworben.

Bürgermeister Dr. Reicke: Auf diese Anerkennung kann ich nicht besser antworten, als indem ich sie an diejenigen Kreise der Bürgerschaft weitergebe, die lange Jahre und Jahrzehnte auch ohne äußere Vorteile diese Arbeit geleistet haben, an das Kuratorium der Unfallstationen und den ärztlichen Verein für das Berliner Rettungswesen. (Stadtv. Sachs: Und die Sanitätswachen!)

Die Vorlage gelangt darauf einstimmig zur Annahme.

Schluß gegen 9 Uhr.

Neue Berliner

Genossenschafts-Bäckerei.

Eingeschriebene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 62.

Sonnabend, den 15. Februar 1913, abends 9 Uhr, im Versammlungszimmer der Bäckerei:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates.
2. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz.
3. Bericht über die stattgefundene gerichtliche Revision.
4. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.
5. Statutenänderungen u. Anträge.
6. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt im Kontor, Wilkestraße 62, für die Genossen zur Einsicht aus. 102/12

Der Vorstand.
Engel. Marschel.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Ziehung 6. Februar

7. Schlesische Pferde-Lotterie

Lose à 1 Mk. = 150000 Lose. Porto u. Liste 20 Pf. extra.
3842 Gewinne. Gesamtwert Mark

60 000

spec. 40 Pferde und 4 Equipagen im Werte von Mark

40 000

und 3000 Silbergewinne im Werte von Mark

20 000

1. Hauptgew.: Equipage mit 4 Pferden Mk.

10 000

Lose empfehlen und versenden

Lud. Müller & Co.
Bankgeschäft **Berlin C.,** Breitestraße 8.
Telegr.-Adr.: Glückmüller.

Lose auch in durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Zeitungs-Ausgabestellen
und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Habnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: J. Hönisch, Nazaretkirchstraße 49.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und **Buch:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und **Falkenhorst:** Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimerstraße 1.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Höselbarth, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernsee, Albenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 6.
Karlshorst: Richard Käter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 18.
Köpenick: Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leth, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Ley, Wollerstraße.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Neukölln, Britz: Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Lehme: Karl Freitag.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, II.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rikmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Borbagen 56.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hanischke, Dorfstraße 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Zenthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zenthen, Miersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Blandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Besichtigung. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnenstraße 70. 2839R*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2931R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Ulster, Beinkleider, auch Bauchanzüge. Prinzenstraße 28, I (Eckhaus Ritterstraße).

Inlettstoffe. Riesenauswahl. Nähen, umfüllen gratis, Kurfürstenstraße 24, Reinecke. Bettenreinigung Deckbett 1,25, Kissen 0,50. Freitransport — Inlettwäscherei. 2850R*

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lesöwe, Oranienstraße 158. Extraliste gratis. 2945R

Große Diwandecken 4,35, buntgestickt, doppelseitig 5,85, Pa. Plüsch 16,85, Diwanrückwände, reichgestickt 3,75. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Emil Lesöwe, Oranienstraße 158.

Pferdedecken, reine Wolle, Stück 3 Mark, wasserdicht bezogene 10 Mark, Kamelhaardecken gegen Rheuma 12,50—23,50. Gebrüder Pflaume, Berlin, Friedrichstraße 205. 2966R*

Bronzegaskronen, Gasglühlampen, Hängegaspendel, Gaswandarme. Moderne Hängegaskronen, Gaskocher. Inventurpreise. Zurückgesetzte Muster spottbillig. Schroeder, Hochstraße 43. 148*

Zehn Prozent Rabatt im Inventurausverkauf.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt fabelhaft billig.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände. 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Diwandecken, zurückgesetzte, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.

Läuferstoffe, Möbelstoffe, Linoleumreste, Schlafdecken und Reisedecken, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2911R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile à 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Uckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Blandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nath, Mulackstraße 14. *

Tambouriermaschinen Hofemeyer, alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 2059R*

Geschäftsverkäufe.

Milchgeschäft. Familienexistenz, Tageskasse zirka 60 Mark, verkauft alleinstehende Witfrau, Preis 1300,—. Neukölln (Bahnhof), Hermannstr. 110, Walter. †62

Möbel.

Moderne Nußbaumwirtschaft, gutes Plüschsofa, Umbau, Kommode, Zorndorferstraße 4, Liese. 18/13

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 89, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Vollständige Wohnungseinrichtung, alles noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. 14/9*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Möbel-Lechner, Spezial-Möbelhaus, auf Kredit und gegen bar. 1. Geschäft: Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Platz. 2. Geschäft: Müllerstraße 174, Ecke Fennstraße. Stube und Küche Anzahlung von 15.— an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5.— an. Riesen-Auswahl. Größte Kulanz. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50.— an 5.— gutgeschrieben. Liefere auch nach auswärts. Sonntags geöffnet von 12—2 Uhr. Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet von 12 bis 2 Uhr. 2724R*

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 geöffnet. 2930R*

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Raten. Auch einzelne Möbel. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Teppiche, Portieren, Läufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12 Postamt 22. 2964R*

Nußbaumwirtschaft, bildschöne Stube, herrliche Kücheneinrichtung für jeden annehmbaren Preis verkäuflich. Händler verbeten. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 18/11*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Mahagoni-Salon! hervorragend schöne Ausführung, 650,—. Nußbaumpianino, kreuzsaitig, erstklassiges Fabrikat, regulär 450,—, jetzt 350,—. Fabrik Skalitzerstraße 26, an der Hochbahn. 98*

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weimeisterstraße 2. 2218R

Kaufgesuche.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber. Metallschmelze Christianiat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehgold, Goldwatten, Quecksilber, Stannial sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin S, Köpenickerstraße 29. Teleph. Moritzplatz 6958. 2904R*

Platinabfälle, Gramm 5,60, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stannial, Quecksilber bis 3,85, Blattgold, Kehrgold kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. *

Goldschmelze. Altgold, Altsilber, Gebisse, Platina, höchste Preise. Goldschmied Bruckerd, Mulackstr. 22, nahe Rosenthalerstraße. 1901b*

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 17/8*

Fahrradankauf, höchstzahlend, (Postkarte.) Weberstraße 42. 17/10*

Platinabfälle 5,60, Zahngebisse, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stannial höchstzahlend Müller, Teltowerstraße 10. 2240b*

Alte Gaslampen kauft Dietrich, Invalidenstraße 16. 2261b

Unterricht.

Technikum Hoppe, Berlin, Mathieustraße 13. 200/161

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Klavierkursus. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00. Klavierüben frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147. Moritzplatz, Unionthealer. 18/12

Klavierschule, Harmonium-, Violin-, Mandoline-, Gitarre-, Zitherunterricht, 4,00, einen Monat gratis, Schönhauser Allee 64. †72*

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft Quitzowstraße 105. †83*

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei von Frau Kolosch Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098b*

Bockbierfest. Am Sonnabend, den 1. Februar stattfindenden Bockbierfest ladet alle Genossen freundlichst ein A. Schmidt, Müllerstr. 167.

Vermietungen.

Restauration mit großer Wohnung, worin seit 20 Jahren Geschäft mit Erfolg betrieben wurde, billig zu verpachten zum 1. April 1913 Weldenweg 52. 18/9

Zimmer.

Gut möbliertes Zimmer zum 1. Februar Auguststraße 51, vorn III rechts. †8*

Möbliertes Zimmer billig. Dubseler, Reinickendorferstraße 107. †96*

Möbliertes Erkerzimmer, Lüderitzstraße 7a III, Nähe Seestraße, Preisinger. †96

Möbliertes Zimmer, 16,00, sofort Grimmstraße 29, Bäckerei 2265b

Möbliertes Zimmer (12 Mark) vermietet Heine, Neukölln, Hansastraße 8, an Kaiser-Friedrichstraße.

Vorderzimmer, 2 Herren à 15 Mark, Rosenthalerstraße 11/12 III.

Möbliertes Zimmer mit Kaffee 16,00, fünf Minuten vom Bahnhof, Ludwig, Neukölln, Ringbahnstraße 20.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, eventuell mit Bad. Frau Griesert, Schwedterstraße 76. †72

Schlafstelle, freundliche, Herrn, vermietet Remakli, Dresdenerstraße 107/8, vorn II. 2258b

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren. Belzigerstraße 23 bei Kopczyk.

Freundlich möblierte Schlafstelle an Herrn oder Dame. Neumann, Neukölln, Pflügerstraße 64. 2250b

Möblierte Schlafstelle oder Zimmer vermietet an Herrn Frau Tuchen, Posenerstraße 12. †41

Möblierte Schlafstelle zum Ersten, 13,00 mit Kaffee, Langestraße 87, vorn II links, Nähe Schlesischer Bahnhof. †41

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Klavierspieler Sonnabends, Sonntags verlangt Muskauerstr. 18.

Frauen, welche großen Bekanntenkreis haben, wird durch Verkauf eines Konsumartikels Gelegenheit zu gutem Nebenverdienst geboten. Offerten P. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts"

Selbständig arbeitender

Former

für **Metallgießerei,** möglichst mit Massenherstellung auf Formmaschinen vertraut, wird für dauernde Stellung nach auswärts gesucht. Off. unt. **S. 4** an die Exped. d. Bl. erb.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für Holzarbeiter aller Branchen die Propellerwerke Garuda, Neukölln, Naumburger Straße 42.
Für Kistenmacher die Firma Coulnick & Co., Reichenberger Str. 155, und Hinz Nachf., Zeughofstr. 3.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Für das neuerbaute Gewerkschaftshaus einer Großstadt wird zum Antritt bis Mitte März ein zur Leitung eines Großbetriebes befähigter, mit den Verhältnissen des Gastwirtsgewerbes und dem Herbergswesen betrauter zweiter 102/14*

Geschäftsführer

gesucht. Bedingung fünf Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche sind unter „T. 4" an die Hauptexpedition des „Vorwärts" zu richten.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wiesepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.